

The cover features a grid of black lines. The top-left cell contains a red triangle and a yellow triangle meeting at a point. The top-right cell is a solid yellow rectangle. The middle-left cell is a solid orange rectangle. The middle-right cell contains a red square, a yellow triangle, and a blue circle. The bottom-left cell contains a yellow triangle and a blue semi-circle. The bottom-right cell contains a red square, an orange vertical bar, and a blue semi-circle. The text is centered in the white space between the middle-left and middle-right cells.

# AUFSUCHEND. POLITISCH. BILDEN.

## Praxiserfahrungen im Quartier

Maëlle Dubois, Wassili Siegert, März 2023

unter Mitarbeit von Jakob Quentin und Anne von Oswald



**AUFSUCHEND.** ■  
**POLITISCH.** ●  
**BILDEN.** ▲

Praxiserfahrungen im Quartier

Maëlle Dubois, Wassili Siegert, März 2023  
unter Mitarbeit von Jakob Quentin

## IMPRESSUM

### **AUFSUCHEND. POLITISCH. BILDEN. Praxiserfahrungen im Quartier**

Maëlle Dubois, Wassili Siegert, März 2023  
unter Mitarbeit von Jakob Quentin und Anne von Oswald

Gestaltung: ultramarinrot

»PartQ – Aufsuchende politische Bildung im Quartier«  
ist ein Projekt von Minor – Wissenschaft Gesellschaft mbH

Alt-Reinickendorf 25  
13407 Berlin  
Tel.: +49 30 – 45 79 89 544  
E-Mail: [minor@minor-wissenschaft.de](mailto:minor@minor-wissenschaft.de)

[www.minor-wissenschaft.de/partq](http://www.minor-wissenschaft.de/partq)

Gefördert durch die  
Bundeszentrale für politische Bildung



## INHALTSVERZEICHNIS

Das Wichtigste in Kürze.....	7
Einleitung.....	10
<b>1. AUFSUCHEND.....</b>	<b>16</b>
<b>1.1. Komm- und Gehstrukturen.....</b>	<b>16</b>
Ins Quartier und zu den Menschen.....	16
»Andocken«.....	20
Kommen und gehen.....	21
Brückenpersonen.....	22
<b>1.2. Lebenswelt- und Teilnehmendenorientierung.....</b>	<b>24</b>
»Nichts in die Menschen hineindenken«.....	24
Komplexe Themen, einfacher Zugang.....	26
Ergebnisdokumentation: »Unser Haus! – Unser Viertel! – Unsere Nachbarschaft!«.....	31
<b>2. POLITISCH.....</b>	<b>34</b>
<b>2.1. Politikdistanz und Politikverständnis.....</b>	<b>34</b>
»Realismus der politischen Enthaltsamkeit«.....	34
Über parlamentarische Politik hinaus.....	36
<b>2.2. Alltagsthemen politisch wahrnehmen.....</b>	<b>37</b>
Alltagsexpertise als Grundlage.....	37
Antenne für Bildungsgelegenheiten.....	40
<b>2.3. Brückenbildung zu politischen Prozessen.....</b>	<b>41</b>
Aushandlung von Interessen im Quartier.....	41
Demokratie und Partizipation ernst gemeint.....	42
Politisches Feld als Heimspiel.....	46
Ergebnisdokumentation: »Integration durch Bildung«.....	49
<b>3. BILDEN.....</b>	<b>52</b>
<b>3.1. (In)formelle politische Bildung.....</b>	<b>52</b>
Informelle politische Gespräche gestalten.....	52
Der Schritt zu strukturierten Angeboten.....	56
<b>3.2. Schlüsselkompetenzen und Kompass.....</b>	<b>58</b>
Konflikte, Kontroversen, Konfrontationen.....	59
Demokratischer Kompass.....	61
Den Bewohner*innen etwas zutrauen.....	63
(Selbst)Reflexion und Auswertungskultur.....	65
Ergebnisdokumentation: »Zusammen.Zukunft.Denken im Quartier«.....	68
Ausblick.....	71
Literatur.....	73



## Das Wichtigste in Kürze

- ▶ Politische Bildung hat zum Ziel, Menschen zu ermöglichen, sich selbstbestimmt politisch zu beteiligen. Sie vermittelt dafür Wissen und Fähigkeiten.
- ▶ Politische Bildung erreicht bislang nur geringe Teile der in der Bundesrepublik lebenden Menschen.
- ▶ Vor allem Menschen mit niedrigem Schulabschluss und wenigen finanziellen Mitteln, die sich ohnehin weniger politisch beteiligen, werden nicht (adäquat) angesprochen.
- ▶ Aufsuchende Angebote jenseits etablierter Bildungseinrichtungen zu entwickeln hat das Potenzial, politische Bildung für breite Teile der Bevölkerung zugänglicher zu machen.
- ▶ Brückenpersonen können Kontakte in bestimmte Communities herstellen, Angebote über ihre Kanäle bekannt machen sowie die inhaltliche Ausrichtung der Angebote mit ihrem Wissen über lokale Begebenheiten unterstützen.
- ▶ »Mund-zu-Mund-Propaganda« sollte angestoßen werden. Diese ist nach wie vor die wichtigste Informationsquelle für Quartiersbewohner\*innen.
- ▶ Eine direkte Ansprache im Wohnumfeld lohnt sich! Dabei sollten abschreckende Labels und eine strukturierte, formale Ansprache vermieden werden. Besser reagieren Bewohner\*innen auf ungezwungene Gespräche mit persönlichem Bezug zu ihrer Lebenswelt.
- ▶ Wichtig ist auch, hartnäckig zu bleiben und mehrfach anzusprechen statt sich zu schnell abschrecken zu lassen.
- ▶ Die inhaltliche und organisatorische Gestaltung der Angebote soll sich an den Teilnehmenden und ihrer Lebenswelt orientieren, ohne dass die Ziele politischer Bildung ins Hintertreffen geraten.
- ▶ Es gilt, den eigenen Blick auf die Menschen und die eigene Ausgestaltung des jeweiligen Angebots kontinuierlich kritisch zu hinterfragen, »nichts in die Menschen hineinzudenken« und nicht von etwaigen Defiziten der Menschen auszugehen.
- ▶ Die Teilnehmenden sollten aktiv einbezogen werden und idealerweise zu einer selbstbestimmten Ausgestaltung hingeführt werden.
- ▶ Teilnahmehürden abzubauen und Anreize (insb. kostenlose Verpflegung) zu schaffen ist zentral, um Menschen im Quartier eine Teilnahme zu ermöglichen.

### AUFSUCHEND.

#### Gehstrukturen etablieren und teilnehmendenorientiert arbeiten

- ▶ Existierende »Kommstrukturen« (Angebote bewerben und auf Teilnehmende warten) sollen durch »Gehstrukturen« (sich aktiv und ungefragt auf die Menschen begeben) ergänzt werden.
- ▶ In den Quartieren bestehen häufig bereits starke Netzwerke der Quartiers-, Gemeinwesen- und/oder Sozialarbeit, die über Vertrauensverhältnisse zu Quartiersbewohner\*innen verfügen und Angebote bereitstellen.
- ▶ Eine Möglichkeit für die politische Bildung ist an bestehenden Angeboten vor Ort (z.B. Begegnungsformate, Caférunden, Freizeitangebote) »anzudocken« und diese Angebote um Formate der politischen Bildung zu ergänzen.

## POLITISCH.

### Alltagsthemen politisch wahrnehmen und die Politik zum »Heimspiel« machen

- ▶ Die Distanz zwischen vielen Quartiersbewohner\*innen und »der Politik« wird häufig auf Defizite der Bewohner\*innen zurückgeführt.
- ▶ Gerade Bewohner\*innen sogenannter benachteiligter Quartiere sind aber Betroffene von sozialer Ungerechtigkeit und Armut. Ihre Interessen werden in den politischen Institutionen wenig vertreten, was zu Frustrationserfahrungen und geringem Vertrauen diesen Institutionen gegenüber führt.
- ▶ Tatsächlich interessieren sich Quartiersbewohner\*innen sehr für das alltägliche Geschehen und die aktuellen Themen im Quartier, die mit ihrer Lebenswelt in Verbindung stehen. Diese werden aber zu meist nicht als »politisch« verstanden.
- ▶ In der aufsuchenden politischen Bildung braucht es ein breites Verständnis des Politischen, das die lebensweltlichen Themen und Bedarfe einbezieht und die politische Dimension dieser Themen in den Fokus von Bildungsangeboten rückt.
- ▶ Für eine politische Bildung im Quartier benötigt es eine »Antenne für Bildungsgelegenheiten« seitens der Akteur\*innen der Quartiersarbeit: Die im Quartier vorhandenen Alltagsthemen und Bedarfe sollen durch die Akteur\*innen vor Ort kontinuierlich aufgegriffen werden.

- ▶ Im Quartier können kollektive und konkurrierende Anliegen wahrgenommen und ausgehandelt werden. Idealerweise werden sie an Verantwortliche adressiert.
- ▶ Aufsuchende politische Bildung hat die Aufgabe, eine Übersetzungsfunktion einzunehmen bzw. eine Brücke zu politischen Prozessen und Institutionen zu bauen.
- ▶ Es soll dafür gearbeitet werden, dass Demokratie (z.B. in Form von Beteiligungsprozessen) ernst gemeint wird und politische Entscheidungsträger\*innen für die Anliegen der Bewohner\*innen sensibilisiert werden.
- ▶ Es gilt, einen Rahmen (z.B. hinsichtlich Sprache oder Regeln) zu schaffen, in dem sich politische Akteur\*innen und Bewohner\*innen auf Augenhöhe begegnen können, sodass Politik mehr zum »Heimspiel« für die Quartiersbewohner\*innen wird.

## BILDEN.

### Informelle politische Gespräche in politische Bildungsangebote überführen

- ▶ Erster Ausgangspunkt, um politische Bildungsprozesse zu initiieren, sind informelle Gespräche. In Einzelgesprächen und bestehenden Gruppenformaten kann informell auf die politische Dimension von Themen aufmerksam gemacht werden.
- ▶ In informellen Gesprächen steckt enormes Potenzial, Menschen für eine weiterführende Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Thema zu gewinnen.



- ▶ Kontinuierlich sollte darauf hingearbeitet werden, informelle Situationen in stärker formalisierte Bildungsformate mit methodischen Herangehensweisen zu überführen.
- ▶ Im Sinne einer teilnehmendenorientierten Herangehensweise ist die Kernaufgabe, eine Balance zwischen den Bedürfnissen und Interessen der Teilnehmenden (z. B. positive Gruppenatmosphäre, Bearbeitung interessanter Themen, Spaß, kostenlose Verpflegung) und der Verfolgung der Ziele politischer Bildung auszuloten.
- ▶ Kontroverse Diskussionen, die Aushandlung und Bearbeitung von Konflikten und Thematisierung gesamtgesellschaftlicher Fragen darf nicht zu sehr in den Hintergrund geraten, sondern muss gezielt verfolgt werden.
- ▶ Für die Durchführung politischer Bildungsangebote im Quartier sind bestimmte Schlüsselkompetenzen wie Fachwissen oder Methodenkompetenz notwendig. Im Quartierskontext hat sich insbesondere die Fähigkeit, Konflikte und Konfrontationen nicht zu vermeiden, sondern produktiv zu bearbeiten als zentral für die Lerneffekte der Beteiligten herausgestellt.
- ▶ In den Angeboten muss einem »demokratischen Kompass« gefolgt werden. Das heißt, dass auf die Einhaltung demokratischer Grundwerte geachtet wird und diese zu gegebenem Anlass (z. B. bei diskriminierenden oder antidemokratischen Aussagen) direkt thematisiert und verteidigt werden.
- ▶ Um politische Bildung im Quartier teilnehmenden- und lebensweltorientiert zu gestalten und gute Lerneffekte zu erzielen, ist eine kontinuierliche Reflexion der eigenen Arbeit erforderlich.
- ▶ Im Idealfall lernen die durchführenden Personen mit den Teilnehmenden gemeinsam und entwickeln das Angebot kontinuierlich weiter.
- ▶ Es kann eine »Auswertungskultur« etabliert werden, um die eigenen Projektaktivitäten und die Lerneffekte der Teilnehmenden nachhaltig zu reflektieren.

## AUSBLICK.

- ▶ Allianzen von Sozial- und Gemeinwesenarbeit sowie politischer Bildung erscheinen als sinnvoller Weg, um bestehende Konzeptionen in der Quartiersarbeit um eine macht- und herrschaftskritische Haltung zu erweitern.
- ▶ Eine zentrale Frage ist: Wie kann sich die aufsuchende politische Bildung in das Feld der Quartiersarbeit einordnen und welche Rolle kann sie hier spielen, ohne dass Parallelstrukturen oder Konkurrenzen entstehen?
- ▶ In der Sozial- und Gemeinwesenarbeit existieren bereits demokratiefördernde Ansätze. Wie sind diese mit der aufsuchenden politischen Bildung vereinbar?
- ▶ Nicht zuletzt muss sich die politische Bildung fragen, wie sie ihre Angebote für mehr Menschen zugänglich machen kann. Denn eine Demokratie ist dann stabil, wenn sich viele Menschen an ihrer Ausgestaltung beteiligen.

# Einleitung

Demokratie ist darauf angewiesen, dass sich möglichst viele Menschen daran beteiligen und sie mit Leben füllen. Nur so kann ihr Auftrag, das Gemeinwesen durch die gesamte Gesellschaft (das *demos*) mitgestalten zu lassen, verwirklicht werden. Gleichzeitig ist Demokratie »*die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein*« (Negt 2016).

Demokratie ist also darauf angewiesen, dass alle die gleiche Möglichkeit haben, Demokratie zu lernen und zu üben, damit die Pluralität der in der Gesellschaft konkurrierenden Interessen in der gemeinsamen Willensbildung berücksichtigt werden kann.

## Ziele von politischer Bildung

Politische Bildung ist das Instrument, um diesem Versprechen der Demokratie gerecht zu werden. Hauptziel der politischen Bildung ist politische Mündigkeit, das heißt, dass Menschen »*selbstbestimmt in Politik und Gesellschaft agieren [...] können – unter Berücksichtigung von Grund- und Menschenrechten*« (Gill et al. 2020: 8). Aus diesem Hauptziel resultieren konkrete Ziele. Über die (oft als einziges Ziel der politischen Bildung wahrgenommene) Wissensvermittlung über politische Prozesse und Themen gilt es auch bestimmte Fähigkeiten zu fördern: Urteilsfähigkeit, Handlungsfähigkeit und Kritikfähigkeit (Gill et al. 2020: 8ff.).

- ▶ Urteilsfähigkeit bezeichnet die Fähigkeit, selbstständig und reflektiert ein Urteil über politische Probleme zu fällen. Das Urteil geht über die bloße Meinung hinaus, indem es für andere in argumentierter Art und Weise nachvollziehbar gemacht werden kann.
- ▶ Mit Handlungsfähigkeit ist die Fähigkeit zum Argumentieren, zum Verhandeln und zum Entscheiden gemeint, um die eigenen Interessen geltend zu machen und dadurch das Zusammenleben mitzugestalten und zu verändern.
- ▶ Die Kritikfähigkeit bezieht sich sowohl auf politische und gesellschaftliche Situationen und Prozesse, die hinterfragt werden können, als auch auf eine Selbstkritik, um bspw. die eigenen Meinungen zu reflektieren oder Vorurteile abzubauen.

Die oben erwähnte Wissensvermittlung, auch wenn sich politische Bildung nicht darauf einschränken lässt, ist gleichzeitig unerlässlich. Nur mit den entsprechenden Informationen und der damit zusammenhängenden Auffassungsgabe können Urteile gefällt werden und zu politischem Handeln führen.

Politische Bildung findet in vielen Kontexten und vielen Lebensaltern statt. Der Politikunterricht in der Schule ist das bekannteste Beispiel – besonders für diejenigen, die ihre Schuljahre in Deutschland oder anderen Ländern verbracht haben, wo Politik als Fach unterrichtet wird. Darüber hinaus findet politische Bildung in Institutionen wie den Lan-

deszentralen für politische Bildung, in Bildungsstätten, Vereinen und Verbänden, Museen und Theatern statt und erfolgt auch über politisches Engagement und das Nutzen politischer Partizipationsmöglichkeiten.

### Aufsuchende politische Bildung

So divers die Möglichkeiten sind, sich politisch zu bilden, werden doch nicht alle von politischer Bildung erreicht, und nicht alle beteiligen sich gleichermaßen an der Demokratie (siehe Seite 34). Problematisch ist, dass dabei eine soziale Selektivität am Werk ist: *»Es werden insgesamt zu wenige Menschen mit politischer Erwachsenenbildung erreicht. Es werden aber auch insbesondere diejenigen nicht erreicht, die einen eher niedrigen Schulabschluss aufweisen und die wenig finanzielle Mittel einsetzen können. Genau dies sind die Menschen, die von der sozialen Spaltung in unserem Land bereits betroffen sind«* (Witt 2016: 317). Diese Selektivität korreliert mit den von Bourdieu (2000) identifizierten sozialen Bedingungen für den Zugang zur »politischen Kompetenz«: Ökonomisches Kapital, Bildung und Freizeit.

Dieser ungleiche Zugang zu Demokratie und politischer Bildung bildet die Grundlage für den Ansatz der aufsuchenden politischen Bildung, dessen Ziel ist, bisher nicht durch politische Bildung erreichte Menschen einzubeziehen. Dabei muss aufsuchende politische Bildung an zwei unterschiedlichen Strängen ziehen: Sie *»ist bestrebt, sozial-kulturelle wie physisch-räumliche Distanzen zu potenziellen Teilnehmenden durch aktives Zugehen zu überwinden«* (Ludwig 2019: 17).

---

*»Politische Bildung muss sich auf den Weg machen, muss hingehen zu den Menschen, ganz gezielt auch zu denen, die bisher von solchen Angeboten nicht erreicht werden oder nicht erreicht werden wollen: weil sie sich ›der Politik‹ fern, entfremdet oder abgehängt fühlen, weil sie sozial benachteiligt sind oder weil sie aus ihren Herkunftsländern politische Partizipation oder einen Ansprechpartner, der sich als überparteilich versteht, einfach nicht kennen. Diese Gruppen sind deshalb nicht gleich Verächter der Demokratie, aber sie fehlen der Demokratie. Demokratie braucht alle!«*

(Frank-Walter Steinmeier, 2019)

---

Die physisch-räumliche Distanz legt den Finger auf die geografische Entfernung zu den Orten der Politik. Diese konzentrieren sich oft in bestimmten Stadtteilen, bspw. in der Innenstadt. Nur wenige Gremien (wie z. B. der Ortsbeirat, der für einen Stadtteil zuständig ist) tagen in Räumlichkeiten von peripheren und sozial benachteiligten Stadtteilen, auch sind politische Parteien mit ihren Büros nur selten präsent. Dies betrifft auch Lernorte: Die meisten Universitäten, Bildungsstätten oder kulturellen Institutionen befinden sich in wenigen Stadtteilen.

Die sozial-kulturelle Distanz bezeichnet die Kluft zwischen den sozialen Hintergründen und Praktiken von Quartiersbewohner\*innen auf der einen Seite und von Professionellen der Politik auf der anderen Seite. Zwischen

sozial benachteiligten Menschen und Bildungseinrichtungen ist eine ähnliche »Kulturschranke« zu beobachten, die an nicht-passenden »Angebots- und Themenstrukturen, Arbeitsformen, pädagogischen Settings, Lehrenden, Lernorten usw.« sichtbar wird (Ludwig 2019: 2).

Politik und Bildung – und zwangsläufig auch politische Bildung – werden also für Menschen aus sozial benachteiligten Gruppen als »Auswärtsspiel« und nicht als »Heimspiel« wahrgenommen (Bremer 2020) – sowohl im physisch-räumlichen Sinne, indem das Spiel in einem unbekanntem Feld gespielt wird, aber auch im sozial-kulturellen Sinne, indem das Spiel nach unbekanntem Regeln gespielt wird.

### **Soziale Segregation in den Quartieren**

Beide Aspekte (die physisch-räumliche und die sozial-kulturelle Distanz) sind dabei nicht stark voneinander zu trennen, weil sie in Verbindung zueinanderstehen. In vielen deutschen Städten nimmt die soziale (aber auch ethnische und altersdemografische) Segregation zu, wonach sich Teile der Bevölkerung in bestimmten Stadtteilen konzentrieren. In einzelnen Wohnquartieren wirken sich gesamtgesellschaftliche Entwicklungen wie der demografische Wandel, Migration sowie die regional sehr ungleiche wirtschaftliche Entwicklung verstärkt aus.

So kommt es in Bezug auf soziale Segregation zu einer Situation, »dass diejenigen, denen die geringste Kapitalausstattung zur Verfügung steht, die höchsten Kosten und Aufwendungen aufzubringen und die längsten Wege zu beschreiten haben, um Zugang zu Diensten, Gütern und Netzwerken – und politischen Einflussmöglichkeiten – zu erhalten« (Hannemann 2022: 69).

Vor diesem Hintergrund hat sich Minor – Wissenschaft Gesellschaft mbH mit dem Modellprojekt PartQ zur Aufgabe gemacht, Maßnahmen der aufsuchenden politischen Bildung in sozial benachteiligten Quartieren zu initiieren, zu begleiten und zu evaluieren. Es sollen Gelingensbedingungen sowie Hürden identifiziert werden, um die politische Partizipation von Bewohner\*innen zu stärken.

In einer ersten Projektrunde (2021–2022) arbeitete das Projektteam in sechs Modellstandorten, im Folgenden »Modellquartiere« genannt: dem Märkischen Viertel in Berlin, der Weststadt in Braunschweig, Neuenkamp in Duisburg, der Silberhöhe in Halle (Saale), dem Piusviertel in Ingolstadt und Toitenwinkel in Rostock.

Die Modellstandorte wurden so ausgewählt, dass sie in Bezug auf die geografische Aufteilung sowie die Städtetypen einen ausgewogenen Querschnitt darstellten. So wurden mit Berlin eine Metropole sowie fünf Großstädte (Einwohnerzahlen zwischen 135.000 und 500.000) ausgewählt, mit schrumpfender, konstanter oder wachsender Bevölkerung, in östlichen und westlichen Bundesländern, in Nord- und Süddeutschland.

Das Hauptkriterium bildete jedoch der Segregationsindex, der für deutsche Städte von dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung berechnet wurde. Dieser »gibt die differenzielle Verteilung einer Gruppe gegenüber der restlichen Bevölkerung an« (Helbig & Jähnen 2018: 19), in dem verwendeten Fall die Verteilung der Personen mit Bezug von SGB-II-Leistungen (auch »Hartz IV«, ab 2023 »Bürgergeld« genannt). So wird das Ausmaß der Armutsegregation in einer Stadt gemessen.

Mit einem hohen Index der sozialen Segregation ist es naheliegend anzunehmen, dass bestimmte Stadtteile eine hohe Konzentration sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen aufweisen. Die Städte, in denen die erste Projektrunde von PartQ umgesetzt wurde, weisen diverse Grade (mittelmäßig, hoch, sehr hoch) und Entwicklungstendenzen für den Segregationsindex auf.

Eine Kurzrecherche zu allen Städten ergab, dass in nahezu allen dieser Städte benachteiligte Quartiere, die durch ein Quartiersmanagement und teilweise im Programm »Sozialer Zusammenhalt« des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen gefördert begleitet werden oder wurden, existieren. Einige Quartiere erschienen jedoch aufgrund von Hinweisen auf gesellschaftliche Polarisierungen (z. B. Medienberichte) oder bestimmter Quartierseigenschaften (z. B. Rückbau, starkes Wachstum, Ankunftsquartier, Quartiersgeschichte) besonders geeignet.

Eine nachfolgende Situationsanalyse zeigte, dass weitere Merkmale die ausgewählten Quartiere einten: eine im Vergleich zur Stadt

jüngere und mehr durch Migration geprägte Bevölkerung, eine negative Wahrnehmung des Quartiers innerhalb der Stadt, häufige Konflikte zwischen Bewohner\*innengruppen, ungleich verteiltes zivilgesellschaftliches Engagement und niedrige Wahlbeteiligung. Viele der untersuchten Aspekte veranschaulichten gleichzeitig, wie groß das Potenzial politischer Bildung ist.

### Entwicklung und Umsetzung von Partizipationsprojekten

Um Projekte der aufsuchenden politischen Bildung in den Modellquartieren zu initiieren, wurde als erster Schritt Kontakt mit den Quartiersmanagements und den im Quartier präsenten und engagierten Wohnungsunternehmen aufgenommen. Diese Akteure entwickelten sich während der gesamten Umsetzungsphase zu wichtigen Partnern für PartQ. Projekte wurden von den Quartiersmanagements durchgeführt oder unterstützt, Wohnungsunternehmen stellten öffentlichkeitsarbeitswirksame Netzwerke, Räumlichkeiten und weitere Sachmittel zur Verfügung.

Zusammen mit diesen Partnern wurden zunächst sogenannte Partizipationswerkstätten organisiert, zu denen alle engagierten Organisationen und Bewohner\*innen des Quartiers eingeladen wurden. Ziel der Werkstätten war, Themen und Bedarfe zu identifizieren, an denen die Projekte im Quartier ansetzen sollten sowie erste Ideen für Formate und Methoden zu entwickeln, die angewandt werden sollen. Dabei erwies es sich als besonders wichtig, mögliche Ziele und Ansätze politischer Bildung mit den Quartiersakteur\*innen zu besprechen.

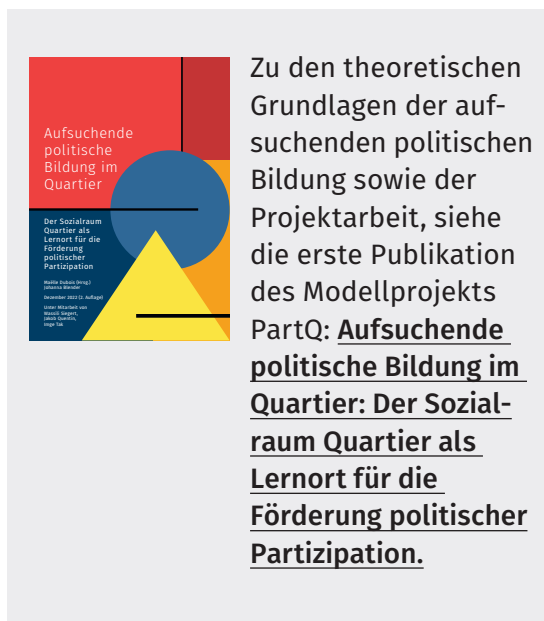
Ausgehend von diesen Partizipationswerkstätten wurden mit einer intensiven Begleitung des Projektteams Konzepte für mehrere sogenannte Partizipationsprojekte in allen Modellquartieren entwickelt. Die Auswahl der Projekte erfolgte durch einen Projektbeirat, der sich aus Expert\*innen der politischen Bildung, der Gemeinwesenarbeit, der sozialen Stadtentwicklung und der Wohnungswirtschaft zusammensetzt. Insgesamt wurden in den sechs Modellquartieren des Projekts zwischen Januar und September 2022 elf **Partizipationsprojekte** umgesetzt.

Die Ansätze der Partizipationsprojekte zeichnete sich durch eine hohe Diversität in der Zusammensetzung der Beteiligten sowie der Themenschwerpunkte, die gesetzt wurden oder sich im Laufe des Projekts ergaben, aus. Es wurden ein Repair Café und ein Bürgergarten gegründet, eine Stadtteilzeitung partizipativ entwickelt, eine Hausfassade unter demokratischer Mitbestimmung der Einwohner\*innen gestaltet, Begegnung zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gefördert, Kulturveranstaltungen organisiert, eine Freiraumplanung mit proaktiver Partizipation der Bewohner\*innenschaft begleitet, Umwelt und Verkehr im Quartier thematisiert, ein Mentoringprogramm für Jugendliche mit Migrationserfahrung auf die Beine gestellt und politische Diskussionen ausgehend von den Alltagsthemen, Interessen und Bedarfen der Teilnehmenden geführt.

Alle Projekte wurden von dem Projektteam von PartQ eng begleitet und auf der Basis von Zielen, die mit den Projektträgern vereinbart wurden, evaluiert. Mit allen Projekten wurden Zwischen- und Abschlussgespräche durchgeführt. Anschließend wurden die Erkenntnisse, die aus der Evaluierung der Projekte gewonnen werden konnten, im Rahmen von zwei **Fachaustauschen** mit den lokalen Beteiligten sowie mit einem Fachpublikum aus den Bereichen der politischen Bildung, der Gemeinwesenarbeit, der Stadtentwicklung und der Wohnungswirtschaft aus verschiedenen Perspektiven vorgestellt und diskutiert.

In dieser Publikation werden die Erkenntnisse aus den Projekten der ersten Projektrunde sowie Überlegungen zu den Herausforderungen und Gelingensbedingungen aufsuchender politischer Bildung im Quartier präsentiert. Angelehnt an den drei Wortbestandteile des Begriffs werden AUFSUCHEND, POLITISCH und BILDEN mit Blick auf den Sozialraum Quartier einzeln, voneinander losgelöst analysiert. Gleichzeitig werden einzelne Dokumentationen exemplarisch dargestellt, um einen konkreten Einblick in die Partizipationsprojekte zu geben.

Im Kapitel AUFSUCHEND werden zunächst die Potenziale und Möglichkeiten der Gehstrukturen erörtert und folgenden Fragen nachgegangen: Wie können Angebote der politi-



schen Bildung aussehen, die nicht in der klassischen Kommstruktur auf ihr Publikum warten, sondern sich aktiv an einer Einbindung der Bewohner\*innen bemühen? Anknüpfend daran werden die Rahmen und die Inhalte der Angebote thematisiert, denn aufsuchende politische Bildung ist zum Scheitern verurteilt, wenn sie Lebenswelt- und Teilnehmendenorientierung nicht als Grundpfeiler ihrer Arbeit annimmt.

Das Kapitel POLITISCH widmet sich diesem innerhalb der Bewohner\*innenschaft sehr negativ konnotierten Begriff im Quartier. Die Distanz, die alle Quartiersakteur\*innen zwischen den Bewohner\*innen und »der Politik« wahrnehmen, sowie das enge Politikverständnis, das dahintersteht, werden eingangs angesprochen. Basierend auf einem breiten Politikverständnis werden die Notwendigkeit sowie Möglichkeiten dargestellt, die politische Dimension des Alltags für die Bewohner\*innen hervorzuheben. Zu guter Letzt werden Wege der Brückenbildung mit politischen Prozessen zwischen dem Erleben demokratischer Erfahrung und dem Abbau von Ausschlussmechanismen aufgeführt und diskutiert.

Mit dem Begriff BILDEN setzt sich das letzte Kapitel der Publikation auseinander. Dabei wird in einem ersten Schritt das Spannungsfeld zwischen dem bildenden Auftrag und dem informellen Charakter niedrigschwelliger Quartierskontexte in den Blick genommen. Anschließend wird der Fokus auf Kompetenzen und Haltung gelegt, die für die Umsetzung von Projekten der aufsuchenden politischen Bildung förderlich sind.

# 1. AUFSUCHEND.

Der *aufsuchende* Aspekt ist derjenige, der die aufsuchende politische Bildung von anderen Formen der politischen Bildung unterscheidet. In den vielen Bereichen der Quartiersarbeit wie Gemeinwesenarbeit oder Straßensozialarbeit wird bereits seit Langem aufsuchend gearbeitet, für die politische Bildung ist aufsuchende Arbeit aber relativ neu. Grundsätzlich kann das Aufsuchen auf zwei Ebenen beschrieben werden. Dass Angebote der politischen Bildung an Lernorten abseits etablierter Bildungseinrichtungen direkt im Quartier stattfinden, ist bereits eine Form des Aufsuchens.

Weiterhin beinhaltet das Aufsuchen in seiner unmittelbaren Form – ausgehend von der Frage »Wie erreiche ich Menschen im Quartier?« – die konkrete Ansprache und Aktivierung von Quartiersbewohner\*innen sowie die Ausrichtung der Angebote an den Menschen mit ihren Interessen, Bedarfen und Fähigkeiten. Im Kern der aufsuchenden Arbeit geht es also darum, »Kommstrukturen« durch sogenannte »Gehstrukturen« zu ersetzen oder diese miteinander zu verbinden (1.1.). In diesem Prozess spielen besonders Kriterien der Lebenswelt- und Teilnehmendenorientierung (1.2.) eine wichtige Rolle für die Aktivierung und den Vertrauensaufbau zu Menschen im Quartier.

## 1.1. Komm- und Gehstrukturen

Kommstrukturen, also das Empfangen von Teilnehmenden in etablierten Bildungsräumen, sind im Bildungskontext nach wie vor weit verbreitet. Die typischen Formate sind

z.B. Workshops, Ausstellungen, Vorträge oder Konferenzen, zu denen Interessierte von sich aus kommen müssen. Die aufsuchende politische Bildung kehrt diese Kommstruktur in eine Gehstruktur um, begibt sich also aktiv – und ungefragt – in neue Räume sowie zu bisher nicht erreichten Menschen. *»Zentrales Prinzip der aufsuchenden politischen Bildung ist die sogenannte ›Geh-Struktur‹. Sie wartet nicht darauf, dass Menschen in sozial benachteiligten Lebenslagen endlich den Weg in die Seminar- und Tagungsräume der klassischen politischen Bildung finden. Stattdessen suchen die aufsuchenden politischen Bildner:innen diese Menschen dort auf, wo sie sich alltäglich aufhalten«* (Wöss&Wallentin 2021: 34).

## Ins Quartier und zu den Menschen

Das Quartier ist im städtischen Kontext zu einer zentralen Einheit für die aufsuchende Arbeit geworden, insbesondere in den Feldern Streetwork bzw. Straßensozialarbeit, aufsuchende Sozialarbeit und Gemeinwesenarbeit. Auch für die politische Bildung sind insbesondere sogenannte sozial benachteiligte Quartiere geeigneter Ausgangspunkt für die Entwicklung von aufsuchenden Angeboten, weil hier die Distanz zwischen Adressat\*innen und Einrichtungen der politischen Bildung am größten ist (vgl. Bremer 2020: 11). Sozialräume, in denen bisher nur wenig oder keine politische Bildung angeboten wird und wo Träger der politischen Bildung kaum vertreten sind, als potenzielle Lernorte auszuwählen, ist also der erste Schritt des Aufsuchens in der aufsuchenden politischen Bildung.



---

*»Ich finde auch wirklich an der Arbeit richtig gut, dass man dadurch, dass man aufsucht und nicht aufgesucht wird, man in die Rolle kommt, dass man angewiesen ist auf die Leute. [...] Und es dreht diese Hierarchie ein bisschen um. Das finde ich richtig gut. Also ich bin darauf angewiesen, dass ich Leute finde, die Bock haben, das mit mir zu machen, die mich mögen, die überhaupt das in Erwägung ziehen, mit mir was auf die Beine zu stellen. Das finde ich, und das gilt ja dann auch für die aufsuchende politische Bildung, einen super guten Ausgangspunkt.«*

---

Die politische Bildung kann viel von den bereits existierenden aufsuchenden Ansätzen der Quartiersarbeit lernen, übernehmen und für die eigenen Ziele nutzbar machen. Jedoch zeigt ein Blick auf die PartQ-Modellquartiere, dass aufsuchende Arbeit nicht flächendeckend verbreitet ist: Während im Märkischen Viertel (Berlin) diverse aufsuchende Ansätze wie die Straßensozialarbeit und die Mobile Stadtteilarbeit existieren, bestehen in anderen Quartieren so gut wie keine Vorerfahrungen mit aufsuchender Arbeit und entsprechenden Gehstrukturen.

In den Partizipationsprojekten von PartQ wurden Gehstrukturen im Quartier in verschiedener Form umgesetzt und ausprobiert. Dabei war die aufsuchende Ansprache sehr erfolgreich; es konnten darüber Personen für eine Teilnahme am Projekt oder gar für ein Engagement gewonnen werden.

Dabei wurden verschiedene Ansprachewege genutzt:

1. Direkte Ansprache im Wohnumfeld
2. Werbung und digitale Ansprache
3. Andocken an bestehende Gruppen und Netzwerke
4. Zugang über Brückenpersonen

Insbesondere die Kombination von analogen – insbesondere die persönliche Ansprache auf Straßen, Plätzen oder an der Haustür – und digitalen Zugangswegen im Quartier, stellte sich als erfolgreich für die Gewinnung von diversen Gruppen an Quartiersbewohner\*innen heraus.

Entscheidend für eine Aktivierung ist bei nahezu allen Gruppen der persönliche Kontakt oder die persönliche Empfehlung, sei es über direkte Ansprache, »Mund-zu-Mund-Propaganda« von Familie, Freunden oder Empfehlungen seitens vertrauter Personen und Institutionen wie Schulen, Arbeitskontext, Sportverein (vgl. Becker 2011: 26–36).

Bei der direkten Ansprache im Wohnumfeld ist auf eine lockere und ungezwungene Art zu achten, Klemmbretter und strukturierte Fragenkataloge wirken meist abschreckend. Auch Labels wie »Politik« oder »politische Bildung« sollten anfangs vermieden werden. Es ist zu empfehlen, konkrete Bezüge zum Leben der Adressat\*innen herzustellen und möglichst offen zu fragen, wie es bspw. im Projekt »Zusammen.Zukunft.Denken im Quartier« (siehe Seite 68) in Toitenwinkel (Rostock) gemacht wurde: »Bei regelmäßigen Quartiersrunden [...] sprechen wir aktiv Leute an,

sammeln von ihnen Eindrücke, haben auch Fragen, wie es den Leuten in Toitenwinkel so geht und was ihre Lebenssituation ist« (Projektevaluierung)<sup>1</sup>. Am Ende des Gesprächs ist eine konkrete Einladung zu einer Veranstaltung oder einem Gespräch sinnvoll, um den Kontakt direkt in einen anderen Rahmen zu übertragen: »Das sammeln wir alles und wenn wir uns trauen, sammeln wir die Kontakte und laden zu Runden hier [im Zukunftsladen] ein« (Projektevaluierung).

Jedoch können je nach Kontext und Persönlichkeit der ansprechenden Person andere Anspracheformen oder -zeiten sinnvoll sein. Hierfür ist es wichtig, die eigene Ansprache immer wieder zu reflektieren und nach und nach anzupassen: »Wir haben immer wieder neue Wege ausprobiert, unterschiedliche Zeiten. Am Anfang waren das Zeiten, die in meinen Arbeitsrhythmus hier passten. Und dann haben wir das immer aufgeschrieben, was jetzt gut war und was nicht. Und sind dann auch mal abends gegangen. Oder die Abendzeiten hat dann auch Lukas\* [ein Ehrenamtlicher] übernommen, weil der auch hier wohnt. Für den war das auch einfacher, spontan so was einzuschieben« (Projektevaluierung). Darüber hinaus hilft das Üben der Ansprache, um bereits im Vorfeld eine konkrete Idee davon zu entwickeln, wie die Ansprache ablaufen soll.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist Hartnäckigkeit bzw. die Kontinuität der Ansprache. Sollte die Ansprache einer Person beim ersten Mal nicht klappen, kann es dennoch gut

sein, dass sie sich beim zweiten oder dritten Mal offener zeigt. Menschen brauchen Zeit, um sich an eine solche Situation zu gewöhnen und müssen erst Vertrauen gewinnen. Eine regelmäßige Präsenz und Ansprache an einem bestimmten Ort kann Sichtbarkeit hervorrufen und bewirken, dass Menschen erst mit der Zeit für das Angebot Interesse entwickeln: »Wer als politische:r Bildner:in regelmäßig an einem bestimmten Punkt im Stadtraum steht, hat gute Chancen, dass die Menschen zwar nicht beim ersten Mal, aber doch bei der dritten oder vierten Begegnung stehenbleiben« (Wöss & Wallentin 2021: 34).

An welchen Orten die Ansprache stattfindet, kann vom Thema und Rahmen des Projekts abhängen. Ein Partizipationsprojekt hatte z.B. Bewohner\*innen eines bestimmten Wohnblocks als Zielgruppe, weswegen Gespräche an den Wohnungstüren und vor den Hauseingängen geführt wurden. Auch hier ist eine wiederholte und hartnäckige Ansprache wichtig. Andere, weniger festgelegte Projekte führten sogenannte »Quartiersrunden« durch: Sie streiften einzeln oder zu zweit frei durch den Stadtteil, teilweise auch bestimmte Orte wie Straßenbahnhaltestellen oder belebte Plätze aufsuchten, um dort Menschen anzusprechen.

---

*»Leute erzählen darüber, dass sie hierherkommen, ja, also, wirklich eher Mund zu Mund glaube ich, ist das erfolgreiche hier im Stadtteil. Weil du nicht die Leute hast, die suchen nicht aktiv solche Veranstaltungen.«*

---

<sup>1</sup> Die Zitate der Projektevaluierung wurden aus Zwischen- und Abschlussgesprächen mit den Trägern der Partizipationsprojekte gezogen. Alle hervorgehobenen Zitate stammen aus der Projektevaluierung.

\* Name geändert

### Der öffentliche Raum: wirklich öffentlich?

Sogenannte öffentliche Räume sind niemals nur Aufenthaltsort von Bewohner\*innen, sondern Räume, wo in der Regel bestimmte Gruppen dominieren und andere Gruppen ausgeschlossen sein können. Außerdem sind bestimmte Orte, die zwar prinzipiell für alle offen zugänglich sind, gar keine öffentlichen Räume, da sie bspw. mit einem Konsumzwang einhergehen (z.B. Gaststätten) oder privater Kontrolle unterliegen (z.B. Einkaufszentren) und bestimmte Praktiken dort nicht geduldet werden.

Dementsprechend ist der öffentliche Raum als Kategorie in Bezug auf eine aufsuchende Ansprache nicht leicht zu verwenden, schon allein deshalb, weil unklar bleibt, wer hier im Einzelfall überhaupt aufgesucht werden kann. Darüber hinaus muss immer mitgedacht werden, dass durch die eigene Anwesenheit und Praxis Räume mitgestaltet werden und so auch abschreckende Wirkungen auf Nutzer\*innen entstehen können. *»Der öffentliche Raum wird [daher] in der Sozialen Arbeit eher als »Wohnzimmer der Klient\*innen« betrachtet. In diesem Sinne agieren Sozialarbeiter:innen hier eher mit einer »abwartenden Zurückhaltung««* (Haag 2020: 74f.).

Als Thema für die politische Bildung eignet sich der öffentliche Raum im Quartier gerade wegen seiner politischen Dimension besonders gut. Hier kann betrachtet werden, für welchen Zweck und für welche Gruppen Räume im Quartier zur Verfügung stehen und für wen Möglichkeiten für Partizipation und Mitbestimmung geschaffen werden können.

Neben der direkten Ansprache im Wohnumfeld ist Werbung nach wie vor ein wichtiger Aspekt, um Menschen auf Angebote der politischen Bildung aufmerksam zu machen. Sie reicht allerdings im Quartierskontext nicht aus, um diverse Bewohner\*innengruppen zu erreichen. In den Partizipationsprojekten wurden Angebote überwiegend mit Aushängen, Flyern und digitaler Werbung über Whatsapp- und Facebook-Gruppen, E-Mail-Verteiler sowie über Nebenan.de und Ebay Kleinanzeigen – in der Rubrik »Nachbarschaftshilfe« – beworben. Auch in diesem Fall ist die Kombination von analogen als auch digitalen Kanälen sinnvoll.

In den Projekten wurde Werbung vor allem als Unterstützung zur persönlichen Ansprache eingesetzt. Darüber wurden Ansprechpersonen, Kontaktdaten und Termine zugänglich gemacht, auf die Interessierte jederzeit zurückgreifen konnten. Die unterschiedlichen digitalen Formate erfüllten unterschiedliche Funktionen. Während über Ebay-Kleinanzeigen Menschen das erste Mal auf ein Projekt aufmerksam wurden, wurden Whatsapp-Gruppen und -Chats auch für die Planung von Aktivitäten und den Austausch untereinander genutzt. Welche Kanäle eingesetzt werden, hängt also auch hier mit den Zielen und dem Rahmen des Vorhabens zusammen.



#### Werkstatt »vor der Haustür«

»Unser Haus! – Unser Viertel! – Unsere Nachbarschaft!«, Weststadt (Braunschweig)

© Kulturpunkt West, Stadt Braunschweig

Dementsprechend ist im Einzelfall zu reflektieren über welche Kanäle welche Gruppen erreicht werden können und welche Tools für die Projektumsetzung sinnvoll sind.

#### »Andocken«

Ein weiterer wichtiger Weg der Ansprache ist das sogenannte »Andocken«, also dass gezielt bestehende Gruppen wie Nachbarschaftscafés oder der lokale Nähkurs aufgesucht und um Bildungsangebote ergänzt werden. Über die Vernetzung im Quartier und die Zusammenarbeit mit Brückenpersonen (siehe Seite 22) können bisher im Quartier unbekannte Akteur\*innen der politischen Bildung Zugang zu bestehenden Strukturen erhalten und von vorhandenen Vertrauensverhältnissen zu Bewohner\*innen profitieren. Hierbei handelt es sich um eine Form der indirekten persönlichen Ansprache: soziale Kontakte, sei es über Freunde und Familie

oder über Institutionen wie Schule, Vereine oder Nachbarschaftseinrichtungen sind essenziell für die Herstellung von Brücken zwischen Angebot und Interessierten (Becker 2011: 36f.).

Gerade zu Beginn ist ein umsichtiges Vorgehen angemessen. Beim Andocken wird die Rolle eines Gastes eingenommen. Dabei ist die Gastrolle nicht im Sinne des Sprichwortes »Der Gast ist König« zu verstehen. Vielmehr bestimmen die Gastgeber\*innen die Regeln und es muss trotz des bestehenden Vertrauensvorschlusses ein eigenes Vertrauensverhältnis aufgebaut werden: *»[...]Es] empfiehlt sich, bei solchen »Gastauftritten« in bestehenden Gruppen und Kursen eine ausreichend lange, informelle Phase zu Beginn der Kurseinheiten einzuplanen, in der die gastgebende Gruppe sich und ihre Arbeit oder ihre Aktivitäten vorstellt. Dies ist eine gute Basis für eine gleichberechtigte Begegnung von Teil-*

*nehmer:innen und Bildner:innen und eine weitere Möglichkeit für die Bildungsbegleitung, die Lebenswelt der Teilnehmer:innen kennenzulernen« (Wöss & Wallentin 2021: 41).*

In den meisten Partizipationsprojekten wurde eine Ansprache über bestehende Einrichtungen genutzt, um an verschiedene Gruppen anzudocken. Teilweise wurden diese Gruppen auch mit anderen Gruppen zusammengeführt, um verschiedene Perspektiven zum jeweiligen Thema (z. B. Kindheit, Freiheit, Gestaltung eines Platzes) in Austausch zu bringen. Im Piusviertel (Ingolstadt) wurde bspw. eine Nachhilfegruppe, bestehend aus Kindern und Jugendlichen, durch extern geleitete, interaktive Workshops zu den Themen Werte, Demokratie und Migration begleitet, verbunden mit Besuchen in politischen Gremien wie dem Jugendparlament der Stadt. Es gelang u. a., dass sich Jugendliche in Zukunft selbst für das Jugendparlament aufstellen lassen wollen. Auch Nachbarschaftsfeste und andere Veranstaltungen im Quartier bieten eine Plattform, um das eigene Angebot zu bewerben und mit Menschen ins Gespräch zu kommen.

Nicht nur die Ansprache, sondern auch die Angebote selbst können aufsuchend sein und damit einer Gehstruktur folgen. Eine Möglichkeit ist das bereits thematisierte »Andocken«, indem Ansprache und Angebot in gewisser Weise ineinander übergehen. Eine andere Möglichkeit sind sichtbare und öffentlichkeitswirksame Aktionen im Wohnumfeld wie Zukunftswerkstätten, Interventionen oder spielerische Formate (z. B. Stadtteilrallye), die Interesse wecken und bei denen eine spontane Teilnahme möglich ist. In der Weststadt (Braunschweig) wurden

bspw. aufbauend auf einer aufsuchenden Ansprache an der Wohnungstür eine Werkstatt direkt vor dem Wohnhaus durchgeführt. Werden solche Aktionen wiederholt, können auch zuvor skeptische Menschen neugierig werden und sich beteiligen.

### **Kommen und gehen**

Auch wenn Gehstrukturen sich immer lohnen, sind damit Herausforderungen verbunden. Während ein Andocken ein relativ schneller Weg sein kann, um Menschen für politische Bildungsprozesse zu gewinnen, ist die aufsuchende Ansprache im Wohnumfeld sehr aufwändig und zeitintensiv. Zudem erfordert eine Gehstruktur viel Reflexion, Anpassungsfähigkeit, Kreativität und ist damit eine anspruchsvolle Form der Aktivierung, die Kompetenzen erfordert (siehe dazu Seite 58). Da Gehstrukturen viel Beziehungsarbeit beinhalten, ist auch die Reichweite zunächst auf kleinere Personengruppen beschränkt. Jedoch ist davon auszugehen, dass die erreichten Personen langfristig als Multiplikator\*innen wirken und über »Mund-zu-Mund-Propaganda« das Angebot in die Breite tragen können (Becker 2011: 26–36).

In der digitalen Ansprache brachten bürokratische Hürden wie Datenschutzfragen Herausforderungen für eine aufsuchende Arbeit mit sich. Eine Projektleiterin durfte auf ihrem Arbeitshandy Whatsapp nicht nutzen. Digitale Ansprache wurde dann in mehreren Fällen über private Telefone betrieben oder weggelassen. Auch sind persönliche Grenzen beim Aufbau einer Gehstruktur zu beachten. Gibt es Gruppen, die ich mich nicht traue anzusprechen? Traue ich es mir zu, abends in die lokale Eckkneipe zu gehen und mich

mit dem Skat-Stammtisch zu unterhalten? Auch die üblichen Arbeitszeiten professioneller Quartiersakteur\*innen können die Ausprägung einer Gehstruktur stark einschränken, denn viele Gruppen sind eher abends oder am Wochenende erreichbar. Flexibilität und die Bereitschaft zu unregelmäßigen Arbeitszeiten sind für eine gute Gehstruktur erforderlich. Hier ist darauf zu achten, sich die eigenen Grenzen bewusst zu machen und sich nicht zu überfordern.

Neben den Herausforderungen, mit denen sie einhergehen, stellen Gehstrukturen keine Alternative zu Kommstrukturen dar. Das Ziel ist vielmehr blinde Flecken von Kommstrukturen zu beleuchten und Zugang zu neuen Teilnehmendengruppen aufzubauen. Gehstrukturen sind ein maßgeblicher Weg, um das eigene Wissen über das Quartier und seine Bewohner\*innen, über vorhandene Bedarfe, Konflikte und brisanten Alltagsthemen, zu erweitern und bedarfs- und teilnehmendenorientiert offene (Bildungs-)Angebote zu entwickeln. Dazu gehört aus Perspektive der politischen Bildung ein kontinuierliches »Wach bleiben« (Haag 2020: 76f.), um Anknüpfungspunkte für politische Partizipation und Bildungsprozesse erkennen und aufgreifen zu können.

Wenn Gehstrukturen lange genug umgesetzt werden, besteht Aussicht darauf, dass die Angebote durch die zunehmende Vernetzung und die »Mund-zu-Mund-Propaganda« zum Selbstläufer werden und der Übergang in eine Kommstruktur vollzogen werden kann. Es sollte also in regelmäßigen Abständen reflektiert werden, wann es Gehstrukturen benötigt und wann Kommstrukturen ausreichen, um bedarfs- und teilnehmendenorientiert einen guten (Mittel)Weg zu finden.

## Brückenpersonen

Wie bereits anhand des »Andockens« angedeutet, nehmen Brückenpersonen im Quartier eine wichtige Rolle für den Zugang zu bestimmten Gruppen ein: Über ihre Vertrauensverhältnisse stellen sie Kontakte zwischen politischen Bildner\*innen und Quartiersbewohner\*innen her (Becker 2011: 26–36). Darüber hinaus trägt ihre Expertise über die lokalen Gegebenheiten zu einer teilnehmendenorientierten Entwicklung der Angebote bei: »Damit wir die Motivlagen und die Alltagserfahrungen der Menschen vor Ort kennen können, ist eine gute Vernetzung mit den unterschiedlichen Akteur:innen im Sozialraum nötig« (Wöss & Wallentin 2021: 40). Sie können außerdem eine Verweisfunktion übernehmen, Bewohner\*innen an die richtigen Stellen und Angebote übermitteln und je nach Vernetzung in Stadt und Quartier eine Brückenbildung zum politischen Feld ermöglichen (siehe dazu Seite 46). Auch Vermittlung zwischen und Begegnung von verschiedenen Gruppen können mittels Brückenpersonen angestoßen werden.

Im Quartierskontext sind Brückenpersonen meist Bewohner\*innen oder Mitarbeitende von lokalen Organisationen und Einrichtungen. Bewohner\*innen, die im Quartier viele Kontakte haben oder innerhalb bestimmter Communities bekannt sind, können Menschen Teilnahme an einem Angebot bewegen. Häufig üben sie ein Ehrenamt aus (z. B. Stadtteilmütter) oder betreiben zentrale Orte im Quartier (z. B. Kiosk, Café oder Restaurant) und verfügen darüber über Beziehungen zu vielen Menschen. Auch professionelle Akteur\*innen der Quartiers- und Sozialarbeit wie Streetworker\*innen, die eng mit Jugend-

lichen arbeiten, Mitarbeitende eines Familien- oder Frauenzentrums, die vielfältige Kontakte zu Eltern bzw. Frauen pflegen, Sozial- und Pflegekräfte, die mit Senior\*innen arbeiten usw. können als Brücke fungieren (Bremer 2020: 11).

---

*»Und diese Ansprache geschah ja dann über die Personen, die dann halt irgendwie im sozialen Rahmen da mit den Leuten arbeiten. Und da hat es ja dann auch noch funktioniert. [...] Heißt, es hat ja ganz klar gezeigt: Wir brauchen halt diese Bezugspersonen. Und mit diesen Bezugspersonen kriegt man dann halt auch die politische Bildung hin. Aber ohne Bezug funktioniert es halt nicht.«*

---

Akteur\*innen, die im Quartier und eventuell darüber hinaus gut vernetzt sind, z. B. Quartiersmanager\*innen, Mitarbeiter\*innen von Wohnungsunternehmen oder Vertreter\*innen aus der Lokalpolitik können insbesondere bei der Brückenbildung zwischen institutionellen Kontexten unterstützen, indem sie Kooperationen im Quartier initiieren oder eine Schnittstelle zur kommunalen Verwaltung und Politik bilden. Die Arbeit mit Brückenpersonen ist kein Selbstläufer, sondern erfordert eine gute und klare Kommunikation sowie gegenseitiges Vertrauen. Eine Absprache zu den Zielen, die erreicht werden sollen, ist maßgeblich dafür, dass Kooperationen nachhaltig funktionieren. In einem Partizipationsprojekt führte bspw. eine unterschiedliche Vorstellung über die Rahmenbedingungen des Projekts sowie darüber, wie Kinder lernen, dazu, dass eine Kooperation

zwischen einer Lehrerin, die als Brückenperson zu einer Schulklasse fungierte, und einem Projektträger nicht weitergeführt wurde und damit der Kontakt zur Klasse wieder verloren ging.

In der Zusammenarbeit mit Bewohner\*innen als Brückenpersonen ist zu beachten, dass sie womöglich ihr Vertrauen aufs Spiel setzen, indem sie ein Projekt oder Angebot unterstützen. Den Brückenpersonen sollte transparent und ausführlich deutlich gemacht werden, worum es geht und wofür sie mit einstehen. Damit ist verbunden, dass eine Beziehung aufgebaut und die Brückenpersonen dafür gewonnen werden sollen, an politischer Bildung mitzuarbeiten. Eine solche Beziehungsarbeit ist aufwändig (Becker 2011: 38f.). Brückenpersonen müssen darüber hinaus in gewisser Weise für das jeweilige Angebot qualifiziert werden.

Brückenpersonen sind nicht immer per se vorhanden, sie entwickeln sich auch zu solchen. Die Einbindung von Bewohner\*innen in die Quartiersarbeit und in Projekte der politischen Bildung kann dazu führen, dass diese selbst vielfältige Kontakte und Vertrauensverhältnisse zu Menschen im Quartier aufbauen und dadurch zu Brückenpersonen werden. Bewohner\*innen haben durch die Gemeinsamkeit, mit anderen Menschen im Quartier zu leben, den Vorteil, dass sie authentischer wirken können als professionelle Quartiersarbeiter\*innen, die nicht im Stadtteil leben und auf Basis ihrer Aufträge bestimmte Ziele verfolgen.

Neben Akteur\*innen der Quartiersarbeit und Bewohner\*innen können auch politische Bildner\*innen im Quartier selbst Brückenperso-

nen sein bzw. werden. Dies hat zudem den Vorteil, dass sich die Brückenbildung zum politischen Feld leichter gestaltet. Denn dafür ist es maßgeblich, lokale Bedarfe schnell mitzubekommen und in der Lage zu sein, diese in Richtung von politischem Handeln zu steuern.

## 1.2. Lebenswelt- und Teilnehmendenorientierung

Aufsuchend zu arbeiten, bedeutet nicht nur, räumlich zu den Menschen zu gehen oder sie über Vernetzung und Brückenpersonen zu erreichen, es bedeutet auch, sich auf sie einzustellen und ihre Bedarfe und Interessen als Ausgangspunkt für die eigene Arbeit zu nehmen. Lebenswelt- und Teilnehmendenorientierung sind maßgebliche Kriterien für eine gute aufsuchende Bildungsarbeit.

In der politischen Erwachsenenbildung ist die Teilnehmendenorientierung sogar das einzige unbestrittene und akzeptierte didaktische Kriterium. Dazu gehört:

1. die Aufgabe der Antizipation, d.h. sich als Lehrperson auf das Vorwissen, die vorhandenen Kompetenzen sowie die Erwartungen und inhaltlichen Interessen der (potenziellen) Teilnehmenden einzustellen,
2. die partizipative Planung und inhaltliche Mitgestaltung durch die Teilnehmenden und
3. idealerweise die Abgabe der Verantwortung des gesamten Lernprozesses an die Teilnehmenden (Hufer 2021: 173).

Teilnehmendenorientierung beginnt also nicht erst, wenn die Teilnehmenden des eigenen Angebots bereits feststehen, sondern deutlich früher. Schon die Ideenfindung und die Entscheidung überhaupt ein Angebot zu konzipieren, erfolgen idealerweise teilnehmendenorientiert. Es muss die Frage gestellt werden, wer adressiert werden soll. Unter den Partizipationsprojekten gab es solche, die sich explizit an einer festen, bestehenden Gruppe orientierten – z.B. wurde ein existierendes Nachhilfeangebot um Workshops zu Werten und Demokratie ergänzt – und solche, die sich sehr offen an alle Bewohner\*innen des Quartiers wandten – z.B. zum Thema Freiraumgestaltung im Viertel.

Das Angebot muss dann auf Basis von Kenntnissen über die potenziellen Teilnehmenden erfolgen. Nicht selten ist im Vorfeld wenig über sie bekannt. Es ist schwer vorauszusagen, welche Gründe Menschen zu einer Teilnahme an einem Angebot bewegen können. Sinnvoll ist es also, frühzeitig im Prozess Methoden zur Abfrage von potenziellen Teilnehmenden einzusetzen und Brückenpersonen einzubinden, die über die nötige Expertise verfügen.

### »Nichts in die Menschen hineindenken«

Grundsätzlich sollte vermieden werden die eigenen Adressat\*innen ausgehend von soziodemografischen Merkmalen zu definieren und Angebote z.B. für »Migrant\*innen« oder »Senior\*innen« anzubieten, denn dies blendet eine große Heterogenität aus, bspw. in Bezug auf die Alltagserfahrungen oder das Bildungsniveau (Bremer 2010: 04-2; Beckmann et al. 2022: 23). Dies ist jedoch *»stets mit einem Dilemma verbunden: Für die Konzeption von politischen Bildungsangeboten dürfen*



*auf der einen Seite keine benachteiligend wirkenden Zuschreibungen ihrer Adressat\*innen vorgenommen werden; auf der anderen Seite sind für eine gute Unterstützung von politischen Bildungsprozessen aber Differenzierungen in Form einer Auseinandersetzung mit den Merkmalen verschiedener Personengruppen erforderlich*« (Beckmann et al. 2022: 30). Nicht defizitorientiert zu denken, erfordert, die eigenen Vorstellungen über die Adressat\*innen durchaus selbstkritisch zu hinterfragen (siehe Seite 65). Eine Projektleiterin rät in diesem Sinne, »*nichts in die Menschen hineinzudenken*« (Projektevaluierung).

Der Fokus ist also eher auf Merkmale zu richten, die keine Pauschalisierungen oder Zuschreibungen darstellen, sondern der Selbstdefinition von potenziellen Teilnehmenden entsprechen, wie z. B. Interessen, Hobbies oder selbst gewählte Zugehörigkeiten zu (Sub)Communities. So wurden potenzielle Teilnehmende des Projekts »Wertstatt« im Märkischen Viertel (Berlin) hinsichtlich ihres Interesses fürs Handwerken und Basteln angesprochen.

Zu einer teilnehmendenorientierten Ansprache gehört immer die Frage: »Wen erreiche ich bisher nicht und warum nicht?«. So wurde bspw. in Toitenwinkel (Rostock) vorgegangen: »*Ich finde, Senioren sind am einfachsten zu kriegen. [...] Das Alter 20–50 finde ich sehr interessant. Und so haben wir dann auch geguckt, dass wir eher diese Altersgruppe ansprechen*« (Projektevaluierung).

Damit ist in gewisser Weise eine Logikumkehr verbunden. Dass ein Angebot (von bestimmten Gruppen) nicht wahrgenommen

wird, kann aus einer teilnehmendenorientierten Perspektive nicht auf mangelndes Interesse zurückgeführt werden. Vielmehr sind dann die eigene Ansprache und ggf. die inhaltliche Ausrichtung des Projekts zu hinterfragen, ganz nach dem Motto: »*Wir sind darauf angewiesen, dass Leute mitmachen, sonst machen wir etwas falsch*« (Projektevaluierung).

Anderenfalls besteht die Gefahr, dass immer die gleichen Menschen – »die üblichen Verdächtigen«, die ohnehin schon über eine starke Durchsetzungskraft verfügen – an Angeboten teilnehmen, dadurch im schlimmsten Fall eine Abschreckung für andere Gruppen entsteht und so Angebote politischer Bildung ohnehin schon starke Machtinteressen unterstützt und ungleiche Machtverteilungen reproduziert (Knabe 2020: 136). Aufgabe der politischen Bildner\*innen ist dementsprechend, etwaige Ausschlüsse zu erkennen und zu bearbeiten.

Zudem birgt eine diverse Zusammensetzung an Teilnehmendengruppen für die politische Bildung große Potenziale. »*Perspektivwechsel sind so leichter als in anderen Räumen zu erreichen. Die Zusammensetzung der Teilnehmenden und die darin enthaltene Vielfalt von Perspektiven hat einen entscheidenden Einfluss darauf, welche Aspekte eines Themas authentisch aus einer Gruppe heraus vorgebracht und in einen Austausch gebracht werden können*« (Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend 2020: 340). Deutlich schwieriger ist es in homogenen Gruppen, in denen Perspektivwechsel seitens politischer Bildner\*innen quasi konstruiert erfolgen müssen.

## Prinzipien der Teilnehmendenorientierung

Der Kern teilnehmendenorientierter Arbeit ist es, das eigene (Bildungs-)Angebot an den Vorkenntnissen, Bedarfen und Interessen der Teilnehmenden auszurichten (Hufer 2021: 173). Damit ist eine wertschätzende und machtkritische Haltung (siehe Seite 63) verbunden, aus der sich einige Prinzipien für eine teilnehmendenorientierte Arbeit ergeben:



### Freiwilligkeit

Menschen dürfen nicht dazu gedrängt werden, an einem Angebot teilzunehmen, sondern sollen dies freiwillig tun. Ein »Nein« muss akzeptiert werden.



### Korrektivfunktion

Sowohl die Teilnehmenden als auch die Lehrperson wirken als Korrektiv. Durch Rücksprache mit den Teilnehmenden, nehmen diese direkten Einfluss auf die Gestaltung des Angebots und helfen der Lehrperson dabei, das Angebot allmählich zuzuschneiden. Idealerweise übernehmen Teilnehmende ab einem gewissen Zeitpunkt selbstständig die Verantwortung. Die Lehrperson erfüllt hingegen die Aufgabe, fehlende Perspektiven und gesellschaftliche Positionen einzubringen und subjektive Meinungen mit Fakten und Wissen zu konfrontieren.



### Selbstreflexion

Teilnehmendenorientierung bedeutet, die eigene Arbeit, die eigene Sprache und den eigenen Habitus kontinuierlich einer Prüfung zu unterziehen und anzupassen, in dem sie immer wieder in Beziehung zu den Lernenden gesetzt und selbstkritisch hinterfragt werden.

Eigene Darstellung nach Hufer 2021: 173; Becker 2011: 58–59

## Komplexe Themen, einfacher Zugang

Niedrigschwelligkeit spielt in der aufsuchenden politischen Bildung genauso wie in vielen Bereichen der Quartiersarbeit eine zentrale Rolle. »Doch was unter Niederschwelligkeit abseits der Idee, Menschen möglichst ohne Zugangsvoraussetzungen zu erreichen, verstanden wird, bleibt in der Praxis oft genau-

so undefiniert wie die Bedeutung für die Ausrichtung der Arbeit, die Ziele und Positionierung der Tätigen, und damit das professionelle Selbstverständnis. Denn Niederschwelligkeit per se sagt noch nichts darüber aus, ob das Angebot als Kontrolle, Hilfestellung oder gar gesellschaftliche Teilhabemöglichkeit verstanden wird [...]« (Hofer 2020: 206).



Ich freue mich auf einen guten Start des Projekts und auf viel Spaß beim gemeinsamen reparieren.

### WIE KANN ICH MITMACHEN?

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen zu unserem ersten Kennenlernen- und Informationstreffen am 31.01.2022 in die GESOBAU Nachbarschaftsetage (Wilhelmsruher Damm 124) zu kommen. Wir treffen uns um 14:00 Uhr

Bei Fragen vorab können Sie sich gerne bei mir (Eva Dahms) unter [e.dahms@albatros-gmbh.de](mailto:e.dahms@albatros-gmbh.de) oder meine Telefonnummer. 015785006987 melden



### HANDWERKER UND BASTLERINNEN GESUCHT

Wir reparieren, statt wegzuerwerfen!



**Projektflyer**  
»Wertstatt«,  
Märkisches Viertel  
(Berlin)  
© Albatros gGmbH

In den Partizipationsprojekten wurde Niedrigschwelligkeit überall großgeschrieben, aber auch sehr unterschiedlich verstanden. Gemeinsam hatten alle Projekte, dass sie versucht haben, bestimmte praktische Hürden für eine Teilnahme zu verringern, indem z.B. Übersetzungen oder eine Kinderbetreuung angeboten wurden oder Veranstaltungen abends oder am Wochenende, also außerhalb der üblichen Arbeitszeit von Bewohner\*innen stattfanden (siehe dazu Seite 28). In einigen Fällen wurde Niedrigschwelligkeit eher inhaltlich verstanden: Die Teilnehmenden sollen nicht mit überkomplexen Inhalten und Themen wie z.B. Geschlechtergerechtigkeit oder Rassismus überfordert und damit abgeschreckt werden.

Niedrigschwelligkeit im Sinne einer Lebenswelt- und Teilnehmendenorientierung zu verstehen, bedeutet aber eben nicht die Inhalte selbst zu vereinfachen, sondern die Zugänge zu den Inhalten niedrigschwellig zu gestalten,

indem die Adressat\*innen bzw. Teilnehmenden mit ihren Voraussetzungen, Bedarfen und Interessen zum Ausgangspunkt genommen werden. So zeigte sich in mehreren Veranstaltungen mit unterschiedlichen Gruppen, dass mit einer guten Begleitung und Moderation auch Themen wie Freiheit, Werte, Kultur, Krieg, Frauenrechte, Massentierhaltung usw. diskutiert werden konnten und diese Gespräche zudem von den Teilnehmenden als sehr spannend wahrgenommen wurden.

Komplexe Themen zum Inhalt von Veranstaltungen zu machen, gelang durch eine lebensweltorientierte Herangehensweise. Die besprochenen Themen wurden dabei bspw. von den Teilnehmenden selbst festgelegt und hingen oft direkt mit Lebenssituationen der Teilnehmenden zusammen (z.B. Arbeitskontext). Es ist folglich eher eine Frage wie (politisch) über solche Themen gesprochen werden kann als ob. In den Projekten zeigt sich, dass die Gestaltung niedrigschwelliger Ler-

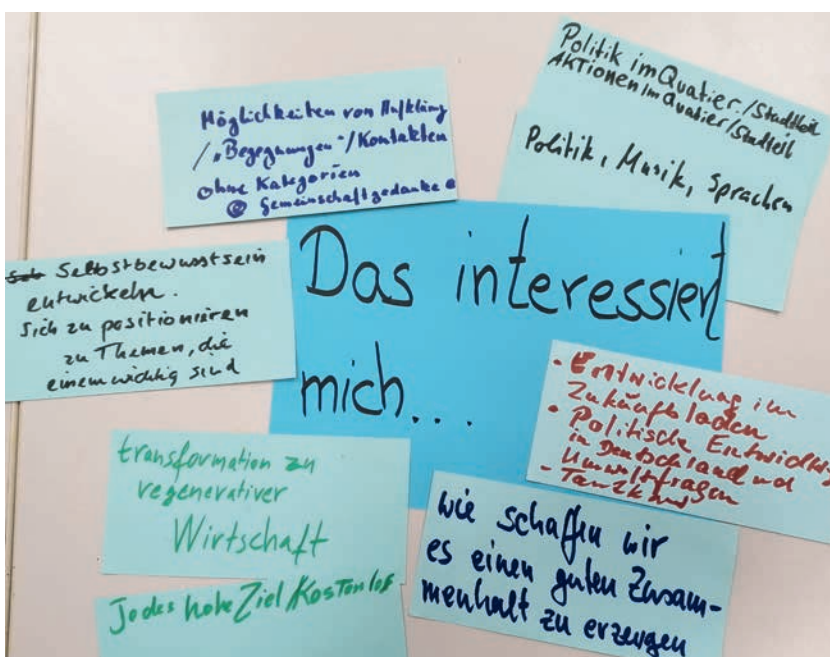
nens durchaus hohe pädagogische und fachliche Kompetenzen erfordert, die geschult werden müssen (siehe dazu Seite 58).

Es gibt eine Reihe an Faktoren, die Menschen zu einer Teilnahme an einem Format der politischen Bildung bewegen oder aber davon abhalten. Dazu zählen einerseits praktische Hürden. Als wesentliche praktische Hürde für eine Teilnahme an den Angeboten der Partizipationsprojekte ist an erster Stelle der Zeitmangel zu nennen, z.B. aufgrund von Schichtarbeit, Kinderbetreuung oder Pflege von Familienmitgliedern: »Die alleinstehende Mutter war nicht dabei. Sie wusste vielleicht nicht, wo sie das Kind lassen soll« (Projektelevaluierung).

Andererseits kann auch der sprachliche Zugang eine Hürde sein. Mehrsprachige Angebote stellen immer eine besondere Herausforderung dar. Zwar ist es gut möglich, sprach-

lich diverse Gruppen zusammenzubekommen, jedoch gestaltet sich meist der Austausch untereinander behäbig und letztlich nehmen überwiegend jene an Gesprächsrunden teil, die Deutsch sprechen. Auch Übersetzungen sind sperrig und zeitintensiv. Eine Schlussfolgerung kann sein, dass bei mehrsprachigen Angeboten mit den Teilnehmenden zunächst nach Sprachen getrennt gearbeitet wird, diese aber zu einem späteren Zeitpunkt nach einer ausreichenden Vorbereitung in Austausch gebracht werden.

Eine große Bedeutung für den Erfolg des Angebots hat die Qualität des Lernortes. Je nach Ziel und Adressat\*innen sind unterschiedliche Aspekte relevant. Für die Aktivierung von möglichst vielen Menschen kann es hilfreich sein, Aufmerksamkeit erregende Aktionen und Veranstaltung im Wohnumfeld zu organisieren, an denen Menschen spontan und ohne großen Aufwand teilnehmen kön-



Kartenabfrage »Das interessiert mich ...«  
 »Zusammen.Zukunft.Denken im Quartier«, Toitenwinkel (Rostock) © Sense.Lab e.V.

nen. Für kleinere feststehende Gruppen hingegen, sind geschützte Räume zentral, um sich zu öffnen. Die MyStory-Veranstaltungen des Projekts »DU. ICH. WIR. – Gemeinsam in Neuenkamp« (Duisburg) wurden bspw. in Räumlichkeiten von Sozialträgern organisiert, die für die Teilnehmerinnen vertraut waren. Das Projekt »Zusammen.Zukunft.Denken im Quartier« (siehe Seite 68) in Toitenwinkel (Rostock) wurde größtenteils im »Zukunftsladen«, einem Begegnungsort in der Nachbarschaft umgesetzt. In dem Laden achtet die Leitung darauf, dass demokratische Regeln eingehalten werden und dass alle Anwesenden respektvoll miteinander umgehen. So konnte ein Raum mit einer gemeinschaftlichen, schützenden Atmosphäre entstehen, der einen Rahmen für offene Diskussionen und Begegnung bietet.

Weiterhin spielt die Schaffung von Anreizen eine zentrale Rolle, um Menschen im Quartier zur Teilnahme an einer Veranstaltung zu bewegen. Kostenlose Bewirtung ist sehr attraktiv für viele, sei es Kaffee und Kuchen oder ein interkultureller Kochabend. Auch eine Kinderbetreuung anzubieten oder Formate für Kinder selbst zu veranstalten, sind praktische Anreize, um Eltern eine Teilnahme zu ermöglichen oder mit Ihnen in einen ersten Kontakt zu kommen.

Zum anderen müssen die Formate vor allem für die Teilnehmenden interessant sein. Mit einem Interesse an einem Angebot können verschiedene Motivationen verbunden sein. Menschen wollen sich weiterbilden, um ihre beruflichen Chancen zu steigern, um soziale Kontakte zu knüpfen oder positive Gruppen Erfahrungen zu machen, um Spaß zu haben und etwas Neues zu erleben oder um etwas zu verändern. Auch die Themen der Angebote sind ein wichtiger Faktor dafür, ob sich Men-

schen für das Angebot interessieren oder nicht (Becker 2011: 67–95).

Entgegen der verbreiteten Vorstellung ist ein Interesse an politischen Themen keine Voraussetzung für die Teilnahme an Formaten der politischen Bildung (Becker 2011: 60f.). In den Partizipationsprojekten wurde vielmehr das Interesse am allgemeinen Austausch und an anderen Menschen und Perspektiven als positiver Faktor für Gruppenprozesse herausgestellt: »*Eigentlich [ist es] gar nicht so das Wissen und der Bildungsgrad und sowas, dass das eigentlich gar nicht entscheidend ist. Sondern eher die Kompetenz im Austausch zu sein, mit anderen Menschen, andere Perspektiven überhaupt zu hören, auszuhalten, wahrnehmen zu wollen, ein Interesse mitzubringen. [...] Hauptsache die Menschen sind offen für Perspektiven*« (Projektevaluierung).

Jedoch ist die Erfahrung der Projektträger eindeutig: Die Labels »Politik« oder »Politische Bildung« sind für viele Menschen abschreckend. Solche Labels sollten besonders bei Projektbeginn vermieden werden. Erfolgreicher ist es, gerade die Bedürfnisse und den Alltag der Menschen in den Fokus zu stellen und nach und nach die politische Dimension der Themen sichtbar zu machen, die die Teilnehmenden selbst mitbringen: »*Wenn man jetzt aber erst einmal auf die Menschen als Menschen eingeht und erst einmal nur auf die Bedürfnisse eingeht, ohne da jetzt Politik mit reinzubringen und dann diese Beziehung aufbaut, dann kann man dann halt auch zu einem späteren Zeitpunkt meiner Meinung nach, das Ganze auch politisch branden und dann halt auch auf die politische Bildung gezielt eingehen*« (Projektevaluierung).

Auch bei Projekten, in denen Menschen für die Beteiligung an konkreten politischen Prozessen (wie z.B. an einer Freiraumplanung) aktiviert werden sollen, kann eine offene thematische Diskussion über den Alltag der Menschen als Grundlage dienen, um das Besprochene später mit dem Beteiligungsprozess zusammen zu bringen. Ein Anknüpfungspunkt findet sich immer.

Zu einer teilnehmendenorientierten Arbeit gehört es nicht zuletzt, die Teilnehmenden selbst in die Prozessgestaltung einzubinden. Hierzu gehört, dass die Teilnehmenden entsprechend einer Themen- und Ergebnisoffenheit (siehe Seite 65) in die inhaltliche und thematische Ausgestaltung sowie die Auswahl von Methoden und Formaten eingebunden werden. Das geht so weit, dass im Idealfall schließlich die Teilnehmenden selbst die Kontrolle über die Prozessgestaltung eigenverantwortlich übernehmen. Eine solche partizipative Prozessgestaltung traut den Menschen zu, Verantwortung zu übernehmen und ist insofern eine Möglichkeit für Teilnehmende Anerkennung und Selbstwirksamkeit zu erfahren, indem sie interaktiv den Prozess mitgestalten (Becker 2011: 89).

In einigen Partizipationsprojekten gelang dies vor allem über den Aufbau von Kerngruppen. Es wurden Gruppen aus drei bis fünf freiwilligen Personen aufgebaut, die die zentrale Rolle der Projektgestaltung unter Begleitung der Projektleitung übernahmen. Die Kerngruppen bildeten selbst einen Lernprozess, da hier Ziele selbst gesetzt, Entscheidungen demokratisch getroffen und verschiedene

Ansätze ausprobiert und ausgewertet wurden: »[...] in der Kerngruppe besprechen wir, was wollen wir eigentlich raushaben? Wo stehen wir auch gerade? Was haben wir eigentlich an Themen, die präsent geworden sind, oder was/ wer ist so da, wer wird wahrscheinlich wiederkommen? Wie geht es damit weiter? Das überlegen wir uns im Vorfeld« (Projektelevaluierung).

Teilnehmenden- und Lebensweltorientierung in der politischen Bildung bedeutet jedoch nicht, dass Teilnehmende unkritisch in allen ihren Anliegen akzeptiert und unterstützt werden. Der Auftrag politischer Bildung, politische Urteilsfähigkeit und demokratische Aushandlung zu schulen, darf nicht in den Hintergrund treten. Maßgeblich ist die aktive Einforderung eines demokratischen Wertekonsenses (siehe Seite 61). Aufsuchende politische Bildung im Quartier muss insofern den Balanceakt vollbringen, demokratische Werte mit der Lebenswelt und den Interessen und Anliegen der Bewohner\*innen in Einklang zu bringen: »Nieder- oder niedrigschwellige Ansätze in der politischen Bildung sollen diejenigen erreichen, die traditionelle und bewährte Angebote – zum Beispiel Podiumsdiskussionen oder Seminare – aus Unwissenheit oder Angst nicht nutzen. Dabei gilt es nicht dem Fehler zu erliegen, sozialpädagogische Ansätze unkritisch auf die politische Bildung zu übertragen. Menschen zu erreichen ist das eine, ihnen Bildungsanreize zu geben für die Auseinandersetzung mit politischen Fragen ist das andere« (Wehner 2011: 168).

## Unser Haus! Unser Viertel! Unsere Nachbarschaft!

***Eine Hausfassade wird im Austausch zwischen Bewohner:innen des Häuserblocks, dem Projektteam und einem Künstler partizipativ gestaltet. In einer hausweiten Wahl entscheiden die Bewohner:innen, welches Motiv auf die Fassade kommt.***

Modellquartier: Weststadt Braunschweig

Projektlaufzeit: 01.01.–30.09.2022

ProjektTräger: Kulturpunkt West

### Projektidee und Ziele

Im Projekt »Unser Haus! Unser Viertel! Unsere Nachbarschaft!« soll die Fassade eines Häuserblocks partizipativ gestaltet werden. Dafür werden die Bewohner:innen des Wohnblocks mittels einer aktivierenden Befragung aufsuchend angesprochen und zu einem Hausfest eingeladen. Dort kommen sie miteinander und mit einem Künstler ins Gespräch und tauschen sich darüber aus, welche Symbole sie mit dem Leben in der Weststadt verbinden und was sie auf der Fassade repräsentieren möchten. In darauffolgenden Werkstattgesprächen soll die Aushandlung darüber vertieft werden, auf deren Basis der Künstler Entwürfe entwickelt, die abschließend in einer hausweiten Wahl zur Abstimmung gegeben werden.

So sollen Bewohner:innen sich über ihre Vorstellungen und Perspektiven austauschen, Nachbarschaft positiv erleben sowie durch eine formelle demokratische Wahl eine Selbstwirksamkeit erfahren. Niedrigschwellig gelebte Demokratie – ganz einfach, oder?

### Projektumsetzung

Erster Schritt im Projekt ist der Kontaktaufbau zu den Bewohner:innen des ausgewählten Wohnhauses. Mit Aushängen im Haus wird eine Befragung an der Haustür angekündigt, die kurze Zeit später von Sozialarbeiterinnen durchgeführt wird. Die Reaktionen sind sehr unterschiedlich: von starker Ablehnung bis hin zu Interesse und positiven Reaktionen hinsichtlich der Fassadengestaltung (z.B. »Macht was Ihr wollt, Hauptsache sauber« oder »Ja, das höre ich mir auf jeden Fall an«). In mehreren Durchgängen werden strukturiert alle Haushalte, auch in verschiedenen Sprachen, kontaktiert und zu einem Hausfest eingeladen. Trotz persönlicher Einladung wird das Hausfest nicht gut besucht. Das Projektteam bleibt hartnäckig und führt die aktivierende Befragung nun weniger formell weiter. Der Künstler und ein Bewohner des Hauses sprechen Bewohner:innen direkt an und es gelingt auf diesem Weg Interesse zu wecken, viele Ideen und Wünsche für die Gestaltung zu sammeln (am häufigsten wurden Natur, bunte Farben und Tiere genannt). Einige Bewohner:innen finden in einer Werkstatt zusammen, in der sie gemeinsam entscheiden, wie die Wahl über die Fassadengestaltung umgesetzt werden soll.



### Der Eisvogel

Ergebnis der partizipativen Fassadengestaltung  
© Kulturpunkt West, Stadt Braunschweig

Der Künstler erarbeitet auf Basis der Vorschläge der Bewohner:innen mehrere Entwürfe, von denen nach Abstimmung mit der kooperierenden Wohnungsgenossenschaft zwei zur Abstimmung gegeben werden. Die Stimmzettel werden in alle Briefkästen verteilt. Bei der Wahl fungieren vier Briefkästen von engagierten Bewohner:innen als Wahlurnen für ihren jeweiligen Aufgang. Schließlich beteiligen sich 75 Prozent der Haushalte an der Wahl und es gibt einen eindeutigen Sieger: den Eisvogel, den der Künstler in den nachfolgenden Wochen auf die Hauswand bringt. Das fertige Bild erregt viel Aufmerksamkeit und erfährt in persönlichen Gesprächen als auch über soziale Medien überwältigende positive Reaktionen. Auch in Zeitungen wird darüber berichtet.

Im Anschluss an die Wahl wird eine zweite Werkstatt durchgeführt, bei der die Beteiligten offen über Themen, die sie beschäftigen, diskutieren und das Ergebnis der Wahl auswerten. Dabei kommen auch kritische Themen zur Sprache, z. B. die Angst, dass mit der Aufwertung durch die Fassadengestaltung eine Mieterhöhung folgt. Der Prozess wurde von einem Dokumentarfilmer in einem Film festgehalten. Dieser ist aufrufbar über den untenstehenden QR-Code. Auf einer Abschlussveranstaltung wird das Projekt unter Beteiligung von Bezirksräten vorgestellt. Zudem findet eine Open-Air-Filmvorführung direkt neben dem Haus statt.

## Erkenntnisse für die politische Bildung

### Aktivierende Befragung – hartnäckig bleiben!

Bei der aufsuchenden Ansprache hartnäckig zu bleiben, ist im Projekt zentral dafür, dass die Menschen gemerkt haben, dass das Interesse an ihrer Meinung besteht und sie mit dem Prozess etwas mitentscheiden können. So öffnen sich die Menschen nach mehrfacher Ansprache und die teils wahrnehmbare tief verankerte Frustration kann ein Stück weit aufgebrochen werden. Eine Stärkung des Vertrauens kann zudem dadurch erreicht werden, dass ein Bewohner in die Befragung involviert ist. Das Interesse steigert sich auch durch die Möglichkeit zum direkten Austausch mit einem Künstler. Es kann identifiziert werden, dass eine lockerere Ansprache (z. B. ohne Klemmbrett und feste vorbereitete Fragen) zumeist angenehmer für die Befragten ist. Bereits existierende Entwürfe als Gesprächsbasis zu nutzen, funktioniert ebenfalls sehr gut.

### Prozess- statt Ergebnisorientierung

Das Projekt folgt einem engen Zeitrahmen und fokussiert mit der Fassadengestaltung ein konkretes Ergebnis. Da einige Schritte länger dauern als geplant (insbesondere die Aktivierung), kann die Besprechung der Motive durch die Bewohner:innen nicht im geplanten Umfang stattfinden. Aus Sicht der politischen Bildung ist gerade das aber ein





#### **Abschlussveranstaltung mit Filmvorführung**

© Kulturpunkt West, Stadt Braunschweig

zentraler Aspekt der Meinungsbildung und demokratischen Aushandlung, der im Projekt im Verhältnis zum Ergebnis geringer priorisiert wurde. Hier ist eine Prozessorientierung und Ergebnisoffenheit vonnöten, um zu garantieren, dass das Projekt demokratisch und im Sinne der Bewohner:innen durchgeführt wird.

#### **Demokratie niedrigschwellig erlebbar machen**

Im Projekt gelingt es durch die Sammlung von Wünschen und Ideen sowie vor allem durch die umgesetzte Wahl im Wohnhaus, Demokratie aufsuchend zugänglich und erlebbar zu machen. Die in der Organisation der Wahl beteiligten Bewohner:innen übernahmen eine zentrale Rolle und konnten so direkt ein demokratisches Abstimmungsverfahren gestalten. Die hohe Beteiligung an der Wahl weist letztlich auf eine positive Wahrnehmung des Prozesses hin. Zu berücksichtigen ist auch, dass es um eine klare Entscheidung der Bewohner:innen ging. Mit der Beteiligung an der Wahl konnte Selbstwirksamkeit erlebt werden: »Wenn ich wähle, entscheide ich mit, wie die Fassade in Zukunft aussehen soll!« Ein Defizit des demokratischen Prozesses war, dass im Vorfeld der Wahl eine Auswahl der Entwürfe durch das Projektteam in Abstimmung mit der Wohnungsgenossenschaft stattfand. Diesbezüglich sollte die Projektleitung stets den demokratischen Prozess priorisieren.

#### **Über den Träger**

Der Kulturpunkt West ist eine soziokulturelle Einrichtung der Abteilung Erinnerungskultur, Literatur und Musik der Stadt Braunschweig und besteht seit 1988 in der Braunschweiger Weststadt. Hier können interessierte Menschen jeden Alters Musik-, Tanz- und Kindertheaterveranstaltungen besuchen oder an verschiedenen Kursangeboten teilnehmen.

**Webseite:** [www.braunschweig.de/kultur/kulturelle\\_einrichtungen/ghw/kulturpunktwest.php](http://www.braunschweig.de/kultur/kulturelle_einrichtungen/ghw/kulturpunktwest.php)

**Projektkontakt:** Maria Porzig | [Maria.Porzig@braunschweig.de](mailto:Maria.Porzig@braunschweig.de)

## 2. POLITISCH.

Mit dem *politischen* Aspekt wird hier zweifellos der am schwersten beladene Bestandteil der aufsuchenden politischen Bildung behandelt. In nahezu allen sechs Modellquartieren der ersten Runde des Projekts PartQ (siehe Seite 12) wiesen die lokalen Akteur\*innen am Anfang des Prozesses darauf hin, wie negativ konnotiert das Politische innerhalb der Quartiersbewohnerschaft ist. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich dieses Kapitel eingangs mit der wahrgenommenen Politikdistanz und dem damit einhergehenden Politikverständnis (2.1.). Anschließend wird der Blick auf das gelegt, was im Gegenteil als »unpolitisch« wahrgenommen wird: Themen des Alltags und deren immanente politische Dimension. Dabei geht es um die Frage, wie diese Themen an politischer Relevanz für die Bewohner\*innen gewinnen können (2.2.). Zuletzt sollen die Möglichkeiten einer Brückenbildung zwischen Quartiersbewohner\*innen und politischen Prozessen aufgezeigt werden (2.3.).

### 2.1. Politikdistanz und Politikverständnis

»Politikverdrossenheit«, »politikfern«, »Politikentfremdung«, »Politikabstinenz«, »Gefühle des Abgehängtseins« »Politikdistanz«... Das Vokabular fehlt nicht, um die Kluft zwischen Teilen der Bevölkerung und »der Politik« zu beschreiben. Dass diese Distanz existiert, lässt sich an mehreren Indikatoren feststellen: niedrige und sinkende Wahlbeteiligung, schrumpfende Mitgliederzahlen in politischen Parteien und Vereinen, geringere Teilnahme an gesellschaftspolitischen, de-

mokratischen Prozessen, usw. Die Beschreibungen dieser Distanz folgen jedoch meistens einem defizitären Blick auf die »Betroffenen« und münden in Zuschreibungen, die dieselbe Distanz verstärken können und die Verantwortung auf die Menschen allein, anstatt »der Politik«, abschieben.

#### »Realismus der politischen Enthaltensamkeit«

Diese sogenannte Politikdistanz lässt vor allem für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen nachweisen. Bei der Bundestagswahl 2013 lag die Wahlbeteiligung der unteren sozialen Schichten<sup>2</sup> 32 Prozentpunkte unter derjenigen der oberen Schichten (Roßteutscher & Schäfer 2016: 458). Andere Formen von politischer Partizipation wie z. B. die Teilnahme an einer Demonstration oder einer Unterschriftensammlung, die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder in einer politischen Partei sind sogar stärker sozial ungleich verteilt (Bödeker 2012: 36).

Die ungleiche Wahlbeteiligung lässt sich auch in den Modellquartieren von PartQ beobachten, die durch eine besondere Konzentration von Prekarität und Armut betroffen sind. Im Schnitt ist diese um 16 Prozentpunkte niedriger im Quartier als in der gesamten Stadt. Die Akteur\*innen vor Ort beschreiben eine starke »Abschreckung« innerhalb der Bewohnerschaft: »Die hören nur Politik und schalten schon ab«, sagt bspw. ein Projektträger, während der Mitarbeiter eines Stadtteiltreffs von »kritischen ausgeprägten Grundeinstellungen gegenüber der Politik« spricht.

2 Selbstzuordnung und angegebene Wahlbeteiligung der Befragten

### **Politische Bildung: Name ist Programm?**

Das Angebot von PartQ, Projekte der aufsuchenden *politischen* Bildung im Quartier zu entwickeln, stieß teilweise auf skeptische Reaktionen unter lokalen Akteur\*innen. Teilweise wurde darunter lediglich Wissensvermittlung über das politische System verstanden, was das verbreitete enge Politikverständnis der im Quartier tätigen Träger aufzeigt. Auch wurde angemerkt, dass politische Bildung für manche migrantische Bewohner\*innen mit staatlich forcierter Meinungsbildung in Zusammenhang gebracht werden könnte.

Genauso wie »Politik« ist in unteren sozialen Milieus »der Begriff ›politische Bildung‹ [...] überwiegend negativ besetzt und führt zu Distanzierung und ›langen Gesichtern‹« (Bremer 2008: 266). In den PartQ-Modellquartieren wurde in diesem Zusammenhang teilweise vorgeschlagen, an der Stelle von politischer Bildung eher von demokratischer Bildung zu sprechen. Diese Frage bettet sich in eine breitere Diskussion zum Spannungsfeld zwischen politischer Bildung und Demokratieförderung ein, die hier nicht geführt werden kann (siehe dazu *Journal für politische Bildung*, Ausgabe 2/2019).

Abwehrende Reaktionen auf die Frage nach »Politik« wie ein niedriges politisches Selbstvertrauen, schwache Erwartungen, dass Parteien den eigenen Wünschen und Bedarfe Rechnung tragen (»Responsivität«) oder

dass es einen Unterschied macht, wer regiert, sind bei Menschen mit geringerem Einkommen stärker ausgeprägt und wirken sich negativ auf die Wahlbereitschaft aus (Schäfer 2011: 145ff.). Diese Reaktionen sind aber nicht mit demokratiefeindlichen Einstellungen gleichzusetzen – politische Entscheidungsträger\*innen weisen tatsächlich eine mangelnde Responsivität gegenüber einkommensschwachen Gruppen auf (vgl. Elsässer et al. 2017).

Dass die Interessen vieler Quartiersbewohner\*innen wenig Berücksichtigung finden, ist also nicht nur ein Gefühl, das es zu entkräften gilt, sondern eine Erfahrung, die anerkannt werden muss und »weder als *politisches Desinteresse* noch als ›Demokratieförderung‹ zu interpretieren [ist], sondern als eine legitime und zutiefst politische Haltung eines schmerzhaft entstandenen Realismus der politischen Enthaltensamkeit« (Hannemann 2022: 110f.). Diese Aspekte gilt es für die Grundhaltung von politisch Bildenden stärker zu berücksichtigen (siehe dazu Seite 63).

Weitere Erfahrungen können zu dieser politischen Enthaltensamkeit beitragen. Erwerbslose und weitere Personen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, haben eine »*institutionelle Beziehung zum Staat*«, die durch Gefühle der Ungerechtigkeit oder der Scham geprägt sein können (Gies & Stephan 2022: 275ff.). Quartiersakteur\*innen weisen außerdem darauf hin, dass für Bewohner\*innen mit eigener oder familiärer Migrationserfahrung, die in vielen der PartQ-Modellquartiere einen großen Teil der Bevölkerung ausmachen, die negative Konnotation des Politikbegriffs auch mit Erfahrungen im Herkunftsland verbunden sein kann: »*Weil die kom-*

*men alle von Ländern, die nicht besonders politisch, demokratisch sind. Die haben schlechte Erfahrungen, besonders die Eltern, die Kinder vielleicht nicht so sehr. Sie haben auch Trauma, auch Geflüchtete dabei» (Projektevaluierung).*

### Über parlamentarische Politik hinaus

All diesen einführenden Bemerkungen zu Politikdistanz ist gemeinsam, dass sie auf einem engen Politikverständnis basieren. Quartiersbewohner\*innen sind hier nur insoweit politisch »abgeschottet« oder »entfremdet«, als dass unter dem Politikbegriff lediglich die Wahlen, die politischen Parteien, die Parlamente, die Regierung oder das Funktionieren von politischen Systemen verstanden werden. Dieses sehr eingegrenzte Politikverständnis konnte verbreitet innerhalb der Bewohnerschaft sowie unter den Quartiersakteur\*innen beobachtet werden.

Entsprechend wird unter »Politik« scheinbar nur das verstanden, was Bourdieu (2000) das politische Feld nennt: ein sozialer Mikrokosmos, der sich aus Professionellen der Politik zusammensetzt (neben Politiker\*innen auch Journalist\*innen, sogenannte Expert\*innen usw.). Das politische Feld spricht eine spezielle Sprache, verfolgt interne Ziele und spielt nach eigenen Regeln. Demgegenüber stehen die Bewohner\*innen als »Laien«, die nicht dieselbe Sprache sprechen, andere Ziele verfolgen und nicht nach denselben Regeln spielen.

Die Professionellen der Politik besitzen außerdem die Definitionsmacht darüber, was als politisch kodiert wird. Dementsprechend gelten vorrangig Themen als politisch, die

am Rednerpult des Bundestages oder in Polit-Talk-Shows diskutiert werden. »Die Laien drücken [...] ihre politischen Anschauungen nicht in den Begriffen aus, die als »politisch« gelten, sondern in Form von ethischen, moralischen Beurteilungen. Diese werden im engeren politischen Feld nicht anerkannt« (Bremer 2008: 268).

Bewohner\*innen aus benachteiligten Quartieren werden dadurch an die Seitenlinie verdrängt. Sie nehmen die etablierte, parlamentarische Politik als »Auswärtsspiel« wahr, in dem ihre eigenen Themen und Interessen keinen Platz haben. »Konsequenterweise empfinden sie alle Lebensaspekte, die sie selbst betreffen, als dezidiert »unpolitisch«, da sie in den entsprechend als politisch kodierten Medienformaten nicht vorkommen bzw. nicht als solche wiedererkannt werden« (Calmbach & Borgstedt 2012: 62).

Im Rahmen von Angeboten der aufsuchenden politischen Bildung ist es notwendig, mit einem breiten Politikverständnis zu arbeiten, das die politische Dimension des Sozialen, also die Biografien und Lebenswelten der Menschen miteinbezieht. So geraten Themen in den Blick, die gleichzeitig eindeutig politisch und im Alltag der Bewohner\*innen relevant sind, wie soziale Ungleichheit, Armut, Bildung, Gestaltung des öffentlichen Raums, Geschlechterverhältnisse oder Nachhaltigkeit.

Als politische Prozesse werden damit auch solche verstanden, die in alltäglichen Kontexten verortet sind. Es geht also z. B. darum, »Ungerechtigkeit im eigenen Umfeld und in der Gesellschaft wahrzunehmen und dazu Stellung zu beziehen; Interesse an Gestaltung

von Lebensräumen zu haben; Sprachrohre zu suchen, die die eigenen Probleme, Sehnsüchte, aber auch (politischen und sozialen) Interessen artikulieren (können) – und zwar in ›ihrer‹ Sprache und mit Bezug zu ›ihren‹ Themen; Bereitschaft und Selbstverpflichtung zu zeigen, sich für andere (z. B. Schwächere) einzusetzen; sich persönlich für eine konkrete soziale Sache im Nahumfeld zu engagieren« (Calmbach & Borgstedt 2012: 77).

---

»Das haben wir auch von politischer Bildung gelernt. Politik ist nicht nur Regierung. Wie wir miteinander reden, ist politisch. Wie wir zuhause reden, ist politisch.«

---

## 2.2. Alltagsthemen politisch wahrnehmen

Angelehnt an einem breiten Politikverständnis soll die politische Dimension der Alltagsthemen, die von vielen Bewohner\*innen als »unpolitisch« wahrgenommen werden, herausgearbeitet werden. Diese Politisierung von Alltagsthemen basiert auf dem exemplarischen Prinzip, wonach abstrakte gesamtgesellschaftliche Themen anhand konkreter Alltagsbeispiele bearbeitet werden können (siehe dazu auch Wöss & Wallentin 2021: 40).

### Alltagsexpertise als Grundlage

Die breite Vielfalt der Themen, die in den elf Partizipationsprojekten der ersten Projektrunde von PartQ auftauchten, zeigt das Potenzial, das dieses exemplarische Lernen für



#### My Story-Veranstaltung

»DU. ICH. WIR. – Gemeinsam in Neuenkamp« (Duisburg)  
© Muslimisches Familienbildungszentrum – MINA e.V.

aufsuchende politische Bildung birgt. Bewohner\*innen sprachen – sei es gefragt oder ungefragt – über Mieterhöhungen, Geschlechtergleichstellung, Corona-Maßnahmen, Demonstrationsrecht, Upcycling und Vieles mehr. Mit all diesen Themen waren persönliche Erfahrungen verbunden.

Um Themen zu ermitteln, ist biografische Arbeit sehr hilfreich. In mehreren Veranstaltungen unter der Überschrift »My Story«, die in unterschiedlichen Einrichtungen in Neuenkamp (Duisburg) durchgeführt wurden, konnten die Teilnehmerinnen Fragen diskutieren wie »Was hat sich durch Corona für dich verändert?« oder »Was macht dir Angst?«. Dabei fiel den Teilnehmerinnen auf, dass die Erlebnisse und Empfindungen zu den gestellten Fragen sehr ähnlich waren, was auf gemeinsame Interessen hinweist.

In Toitenwinkel (Rostock) versuchte die Projektgruppe von »Zusammen.Zukunft.Denken im Quartier« die Bewohner\*innen direkt auf der Straße im Rahmen von »Quartiersrunden« zu aktivieren (siehe Seite 68). Durch Fragen zu der Lebenssituation kamen erste Themen zur Sprache. In den später organisierten Treffen kamen entlang der Fragen »Was interessiert dich?«, »Was motiviert dich?« und »Was inspiriert dich?« weitere Themen auf, teilweise methodisch unterstützt aber auch in informellen, offenen Diskussionen. Ausgehend von den Erfahrungen eines Teilnehmers, der auf einem Schlachthof arbeitet und eines anderen, der aus Syrien geflüchtet ist, beschäftigten sich die Teilnehmenden mit Klima und Ernährung sowie mit unterschiedlichen politischen Systemen und Gesellschaftsformen.

Über diese Erfahrungen hinaus bringen Bewohner\*innen auch in Anlehnung an Hobbies und Freizeitaktivitäten viel Wissen mit. So z. B. im Reparatur-Café »Wertstatt« im Märkischen Viertel (Berlin): »Peter\* hat da sehr viele [...] Informationen [...]. Aber so grundsätzliche Fragen: Wie gehen wir mit den Sachen um? Warum macht es Sinn, Dinge zu reparieren, anstatt sie wegzuworfen? Was passiert mit den Fahrrädern, die die Gesobau aussortiert? Dieser Diskurs findet schon statt. Aber meistens auf dieser ganz konkreten Ebene. Außer bei Peter, der weiß dann beispielsweise über Gesetze über Müll und solche Sachen« (Projektelevaluierung).

---

*»Und die Freitagrunde, da war zum Beispiel auch die Frau, die eben gekommen ist. Die Marie\* auch mit dabei. Die so sagt, sie würde gar nicht zu solchen politischen Sachen unbedingt gehen. Aber der Freitagvormittag ist hier manchmal so ein/ das ist hier so ein Treff und dann sitzen die Leute und schnattern. Und da bin ich halt rein mit meinen Fragen. Genau. Und was sich dann gezeigt hat: natürlich ist es hochpolitisch. Also, was wir dann alles da so durch Themen durchgegangen sind, durch das, was die Leute mitbringen, in ihrem Alltag.«*

---

\* Name geändert



### **Kinder machen auf kurze Ampelschaltung aufmerksam**

»Da Geht Noch Was!«, Märkisches Viertel (Berlin)  
© Albatros gGmbH

In Projekten, in denen das Thema bereits von vornherein definiert wurde, sollte die Lebensweltnähe des Themas erstmal verdeutlicht werden. So wurden z.B. in einem Projekt zum Thema Verkehr im Märkischen Viertel (Berlin) die teilnehmenden Kinder gebeten, Missstände im lokalen Verkehr zu benennen. Im Rahmen einer Aktion machten sie auf eine zu kurze Ampelschaltung im Quartier aufmerksam. In einem Projekt in der Weststadt (Braunschweig) wurde das Oberthema Umwelt ausgewählt. Dieses wurde in verschiedene kleinere Themenbereiche unterteilt wie z.B. Müllentsorgung und Biodiversität und anhand praktischer Bezüge aus dem Alltag der Teilnehmenden bearbeitet.

Vor dem Hintergrund ihrer gesammelten Erfahrungen verfügen die Bewohner\*innen über eine einzigartige Expertise zu vielen Themen, die sie im Leben begleiten und beschäftigen. Ein erster, wichtiger Schritt ist, diese Expertise zu würdigen: Um aktive Beteiligung zu fördern, soll der Mehrwert davon, was Bewohner\*innen einbringen können, betont werden. Nur so können sie sich selbst als politische Akteur\*innen und nicht nur als Betroffene wahrnehmen. Die Themen und diese Alltagsexpertise können und sollten zum Ausgangspunkt von politischen Bildungsprozessen gemacht werden.

### Antenne für Bildungsgelegenheiten

In vielen Partizipationsprojekten wurden angesprochene Themen nicht als Bildungsanlässe wahrgenommen. Es gelang oft nicht, Themen, die von Bewohner\*innen angesprochen wurden, zu bearbeiten. Aussagen verblieben im luftleeren Raum, manche wurden sogar ignoriert.

Vorwegzunehmen ist, dass nicht alle Themen, die im Rahmen von Gesprächen auftauchen, bearbeitet werden können – allein aus dem Grund, dass es sich um eine große Menge in einem reduzierten Zeitraum handeln kann. Wichtig ist aber, dass bestimmte Themen, die in zentralen Momenten angesprochen werden, aufgegriffen und in Angebote der aufsuchenden politischen Bildung überführt werden. Mehrere Gründe können benannt werden, warum dies oft nicht der Fall war.

Obwohl im Rahmen von PartQ als Modellprojekt, das die Erprobung von Maßnahmen zum Ansatz hat, eine Offenheit für Nachsteuerungen und Anpassungen vorhanden ist, konnte beobachtet werden, dass viele Projektträger an ergebnisorientierten und dadurch wenig flexiblen Projektlogiken gewöhnt waren. In einem straffen Zeitplan lässt sich aber die Bearbeitung eines von Bewohner\*innen angesprochenen Themas nur schwierig einbauen. Projekte der aufsuchenden politischen Bildung sollten entsprechend von Beginn an als Möglichkeitsrahmen verstanden und entwickelt werden, der Raum für eine spontane Auseinandersetzung lässt.

Auch kann sich eine gewisse Machtlosigkeit bei den bildenden Personen einstellen. Werden prekäre Lebenssituationen offenbart, kann es problematisch sein, von einer persönlichen, drängenden Erfahrung zu abstrahieren und die politische Dimension des Themas Sozialleistungen oder zu hohe Energiekosten zu diskutieren – auch wenn diese zweifellos politisch verantwortet sind. Lösungen liegen nicht unmittelbar auf der Hand und die Chancen, im Zusammenhang mit diesem Thema eine Selbstwirksamkeit zu erfahren, sind kaum vorhanden.

---

*»Viele Menschen haben eben keine gesicherte Perspektive, Bleibeperspektive, und dann kommt dazu, dass viele auch keine gesicherte soziale Perspektive haben, hier im Quartier. Das macht es auch nicht unbedingt einfacher, sich in einem Kampf um das tägliche Überleben noch über das eigene hinaus zu interessieren.«*

---

Wichtig ist es, im Kontext aufsuchender politischer Bildung, weder die persönliche noch die gesamtgesellschaftliche Dimension aus den Augen zu verlieren. Werden bspw. Zukunftsängste in Bezug auf die Erhöhung von Mietkosten formuliert, soll sowohl zum Einzelfall eine Aussage getroffen und/oder Beratung angeboten werden als auch eine Auseinandersetzung mit dem gesamtgesellschaftlichen Thema initiiert und kollektive Handlungsoptionen aufgezeigt werden.



Ein Ansatz, der den gesellschaftlichen Aspekt ausklammert, ist wenig empowernd, auch wenn er mit guter Absicht gemeint ist (als Unterstützung zur Alltagsbewältigung). Anders formuliert ist für den Umgang mit sozial benachteiligten Bewohner\*innen also »eine Arbeitsweise zu wählen, durch die sie sich selbst als aktiv Handelnde erfahren können und nicht als Hilfsbedürftige« (Sturzenhecker 2015: 42). Dafür sind bestimmte Kompetenzen und eine sensible Haltung gefragt (siehe dazu Seite 58).

Um die gesamtgesellschaftliche bzw. politische Dimension von Themen zu verdeutlichen, sollten Akteur\*innen der aufsuchenden politischen Bildung eine »Antenne« dafür entwickeln, welche Themen gute Anknüpfungspunkte für Lernprozesse bieten – und sie entsprechend aufgreifen.

### 2.3. Brückenbildung zu politischen Prozessen

Werden Themen aufgegriffen, so können politische (Lern-)Prozesse initiiert werden. Das Quartier wird zum Ort der Aushandlung der Interessen der Bewohner\*innen, um die Regeln des Zusammenlebens gemeinsam zu definieren. Darüber hinaus werden im Kleinen und Großen demokratische Erfahrungen erlebbar gemacht. Nichtsdestotrotz sollte über die alltägliche politische Dimension im Quartier die etablierte Politik nicht aus dem Blick verloren werden, um Ausschlussmechanismen nicht zu verstärken.

### Aushandlung von Interessen im Quartier

Die eigenen Bedarfe und Interessen, die die Bewohner\*innen ansprechen, werden oft individuell, aber auch kollektiv bearbeitet. Bewohner\*innen vernetzen sich und unterstützen sich gegenseitig, bspw. im Familienkreis, im Freundeskreis oder in der unmittelbaren Nachbarschaft, manchmal auch im Rahmen von solidarischen Strukturen und Initiativen. So wurden während der COVID-19-Pandemie bspw. Einkaufshilfen und eine Laptopausleihe fürs Homeschooling in den Quartieren organisiert.

Mit diesen interindividuellen Initiativen ist der Schritt zum politischen Handeln jedoch noch nicht gegangen. »Politisches Handeln zielt auf die Beeinflussung der strukturellen, rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen von gesellschaftlichen und politischen Organisationen und Institutionen. [...] Soziales Handeln, die Kompetenz, in Gruppen miteinander zu agieren usw., ist daher ein Teil der Fähigkeit des politischen Handelns und nicht damit gleichzusetzen« (Wohnig 2021: 256f.). Ein politisches Handeln im Quartier kennzeichnet sich also dadurch aus, dass es auf gemeinsame und bindende Regeln abzielt.

Ziel von Projekten der aufsuchenden politischen Bildung im Quartier kann es in diesem Zusammenhang sein, Probleme, die von den Bewohner\*innen identifiziert und benannt werden, durch politisches Handeln zu bearbeiten (siehe Merkzettel Seite 42). Dies kann parallel zur kollektiven Bearbeitung stattfinden, denn politische Lösungen brauchen oft mehr Zeit und können keine direkte Entlas-

tung anbieten – dafür sind sie oft nachhaltiger. So soll es bspw. beim Umgang mit der Wasserknappheit in den »Bürgergärten« im Piusviertel (Ingolstadt) nicht nur darum gehen, ob eine elektrische Pumpe oder ein Brunnen eingesetzt werden kann. Wichtig ist auch, sich mit den Regeln und der Priorisierung der Wasserversorgung auseinanderzusetzen, um ggf. politische Forderungen im Sinne einer Veränderung zu artikulieren.

### **Merkzettel: Problembearbeitung als politischer Lernprozess**

1. **Analysieren: Problem identifizieren und verstehen, Ursachen und Verantwortung für das Problem diskutieren**
2. **Urteilen: Sich eine Meinung/ein Urteil unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven bilden**
3. **Handeln: Beteiligung an politischen und gesellschaftlichen Prozessen bewirken**

Aufsuchende politische Bildung im Quartier soll zur Bearbeitung politischer Probleme einen Raum für die Aushandlung der unterschiedlichen Interessen der Bewohner\*innen geben und diesen Prozess begleiten. Erster Schritt dafür ist, die Einzelinteressen wahrzunehmen. In mehreren Modellquartieren wurden Anliegen unterschiedlicher Gruppen identifiziert und deren Bearbeitung begleitet. So setzten sich Bewohner\*innen in Toitenwinkel (Rostock) erfolgreich für den Erhalt

eines Kiosks ein, in der Weststadt (Braunschweig) forderten Kinder den Erhalt eines Bolzplatzes.

Diesem ersten Schritt soll jedoch ein zweiter folgen, nämlich die Auseinandersetzung mit anderen, ähnlichen oder gegenseitigen Interessen. Vielleicht war der Erhalt des Kiosks oder des Bolzplatzes nicht im Sinne von anderen Bewohner\*innengruppen. In einem Bürgerdialog in Neuenkamp (Duisburg) kam es teilweise zu einer solchen Auseinandersetzung. Ein Bewohner beschwerte sich, dass er wegen wildgeparkter Autos mit seinem Rollator nicht gut durch manche Straßen laufen könne – darauf erwiderte eine Autofahrerin, dass sie ansonsten keine Parkplätze finde. Diese unterschiedlichen Interessen sollten aufgenommen und bestenfalls im Sinne einer gemeinsamen, für alle tragfähigen Lösung ausgehandelt werden.

Von den Bewohner\*innen werden in diesem Zusammenhang Handlungskompetenzen gefordert, die es in Projekten der aufsuchenden politischen Bildung zu fördern gilt:

- ▶ Argumentationsfähigkeit
- ▶ Empathie
- ▶ Konfliktfähigkeit
- ▶ Ambiguitätstoleranz
- ▶ Frustrationstoleranz
- ▶ Kompromissfindung

### **Demokratie und Partizipation ernst gemeint**

Neben der Bearbeitung von Themen und Problemen, die vor Ort liegen und von Bewohner\*innen angesprochen werden, kann auf-

suchende politische Bildung auch dazu beitragen, demokratische Erfahrungen im Alltag erlebbar zu machen. Dies fängt schon klein an, dafür hat sich der Ansatz der Kerngruppe (siehe Seite 30) als erfolgsversprechend dargestellt. In Projektgruppen können Prozesse so gestaltet werden, dass die Gruppenmitglieder Meinungsunterschiede im Austausch auszuhalten lernen, und dass Entscheidungen für alle nachvollziehbar sind – auch wenn nicht alle sie unterstützen.

Nach diesen Prinzipien funktionierten z. B. die Kerngruppen des Reparatur-Cafés »Wertstatt« im Märkischen Viertel (Berlin), des Projekts »Zusammen.Zukunft.Denken im Quartier« in Toitenwinkel (Rostock) und die ursprüngliche Projektgruppe von »MusiQ« in der Silberhöhe (Halle). In diesen Projektgruppen wurde bspw. über die nächsten Aktionen des Projekts diskutiert und Flyer-Entwürfe gemeinsam entwickelt und demokratisch abgestimmt. Dieser partizipative Ansatz in der Projektplanung wurde auch für die Vorbereitung der zweiten Sonderausgabe der »Stadtteilzeitung Silberhöhe« (Halle) aufgegriffen. Offene Redaktionssitzungen ermöglichten Bewohner\*innen, gemeinsam die Beiträge zu diskutieren und kollektiv zu entscheiden, was in die Zeitung aufgenommen wird. In den Gruppen wurde der Umgang miteinander und die Entscheidungsfindung als fair und wertvoll geschätzt.

Dennoch benötigt eine demokratische Gruppenorganisation Zeit und Aufwand, was in der Projektplanung von vornherein berücksichtigt werden sollte. *»Das ist für andere auch schwer auszuhalten, dass andere dann zu jeder Entscheidung noch etwas sagen können«* (Projektelevaluierung), berichtet eine

Projektleiterin. In vielen Projekten landete – nach einigen Versuchen oder von Anfang an – die Projektgestaltung in den Händen einer Person. Demokratische Prozesse sollten aber konsequent durchgezogen werden, um keine Frustration zu wecken. Um eine gewisse Effizienz beizubehalten, ist es ratsam, Verantwortungsbereiche klar aufzuteilen. Dadurch kann auch die Akzeptanz von Entscheidungen gefördert werden.

Über den Ansatz der Kerngruppe hinaus können demokratische Entscheidungsinstrumente in größeren Maßen eingesetzt werden. So wurde z. B. im Partizipationsprojekt »Unser Haus! – Unser Viertel! – Unsere Nachbarschaft!« eine Wahl organisiert, um über die Auswahl des Fassadenmotivs zu entscheiden (siehe Seite 31). Über das Wahlverfahren entschieden Vertreter\*innen der unterschiedlichen Hausaufgänge, die zudem ihre Briefkästen als Wahlurnen zur Verfügung stellten. Jedoch fand im Vorfeld der Wahl eine Auswahl der Entwürfe durch das Projektteam in Abstimmung mit der Wohnungsgenossenschaft statt, was eine Einschränkung des demokratischen Prozesses war.

Alle demokratischen Entscheidungsprozesse finden in einem bestimmten Rahmen statt, hier z. B. die Wahl zur Fassade an einem Haus, das einer Wohnungsgenossenschaft gehört. Dass diese ein Vetorecht über die künstlerische Gestaltung der eigenen Immobilie hat, kann nachvollziehbar gemacht werden, indem der Rahmen von Anfang an dargestellt wird. Werden Rechte im Laufe des Prozesses von Beteiligten eingefordert, so soll eine Aushandlung oder zumindest eine Auseinandersetzung damit stattfinden – was auch Zeit und Aufwand kostet.



### Planungsrunde im Emsviertel

»Freiraum-Baustelle Emsviertel«, Weststadt (Braunschweig)  
© Stadtteilentwicklung Weststadt e.V.

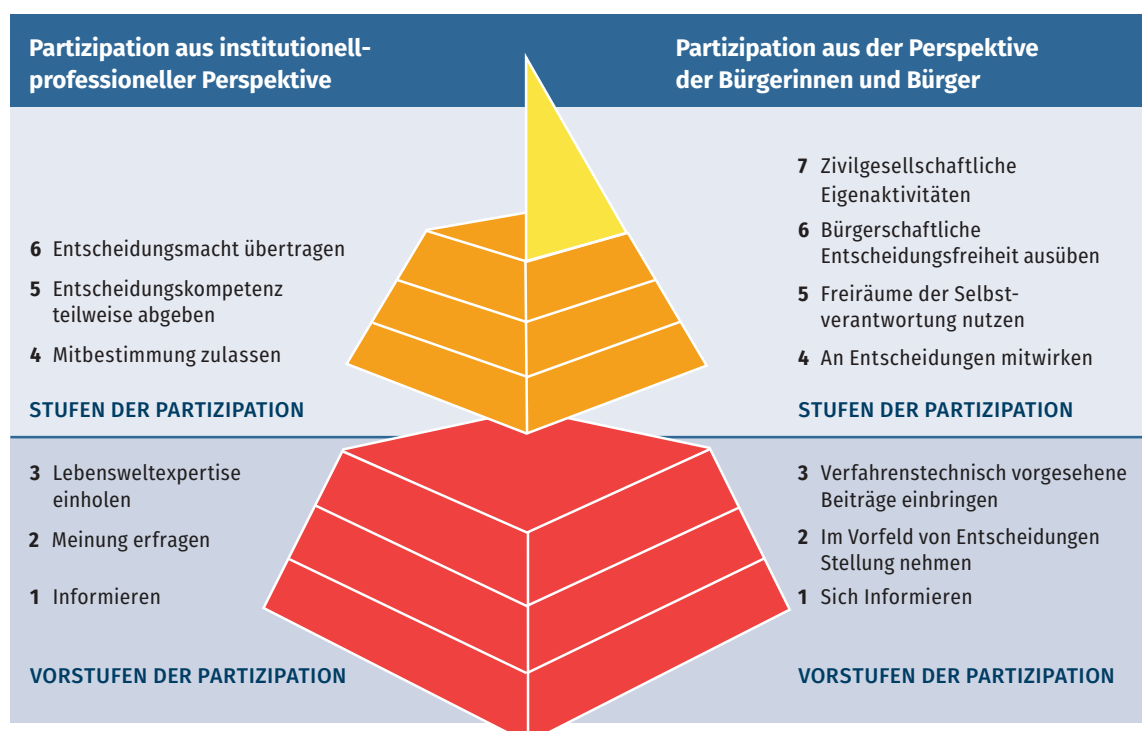
In allen ähnlichen Partizipationsprozessen wie auch in Beteiligungsverfahren, die bspw. von der Kommune initiiert werden, ist es unerlässlich, Transparenz zu schaffen. Es sollte für alle klar sein, wie breit der Entscheidungsspielraum und was der finanzielle Möglichkeitsrahmen ist, wie verbindlich die Ergebnisse des Prozesses und wie sicher die Absicht auf Umsetzung ist, oder auch wie der Zeitplan aussieht. *»Gelingt es nicht, die genannten Bedürfnisse und deren Veränderungen möglichst zeitnah im Stadtteil sichtbar zu machen, verstärkt [dies] [...] die Politikverdrossenheit und den [...] Eindruck, dass ›hier ja sowieso nichts passiert‹. Deshalb muss neben der wichtigen Arbeit des Sichtbarmachens von Bewohner\*innenanliegen auch die Transparenz der tatsächlichen Möglichkeiten und politischen Verhältnisse im Vordergrund stehen«* (Knabe 2020: 139f.).

Im Partizipationsprojekt »Freiraum-Baustelle Emsviertel« in der Weststadt (Braunschweig) wurde ein proaktiver Beteiligungsprozess im Rahmen einer von der Stadt ausgeschriebenen Freiraumplanung initiiert. Jedoch mangelte es an einem klaren Rahmen und an transparenten Umsetzungsperspektiven, was die Motivation vieler Bewohner\*innen bremsete: *»Und was wir auch festgestellt haben, dass die Perspektiven zwischen ich gebe meinen Vorschlag ab und daraus entwickelt sich irgendetwas, das sind so viele Jahre, die dazwischen liegen, dass da die Menschen schon so demotiviert sind, sich da weiter einzubringen und da dranzubleiben. Und dann kommt noch dazu, dass ja die Realisierung all dessen, ist ja nicht gewiss. Es ist gewünscht, sage ich mal ganz vorsichtig, aber mehr auch nicht«* (Projektelevaluierung).

Scheinpartizipation ist also in allen Fällen zu vermeiden. Damit demokratische Selbstwirksamkeitserfahrungen in solchen Prozessen erlebt werden können, ist Partizipation sehr ernst zu nehmen – als Recht, über das eigene Lebensumfeld mitzubestimmen und nicht als Gnade, die gewährt wird. Ein solches Verständnis von Partizipation erfordert auch von machtvollen Akteur\*innen eine entsprechende Haltung und eine gewisse Machtabgabe. Hilfreich als Orientierung zur Gestaltung von Beteiligungsverfahren kann bspw. die Partizipationspyramide sein (siehe unten).

Die Rolle der politischen Bildung ist in diesem Zusammenhang, Prozesse zu begleiten und Partizipation zu schaffen bzw. zu unterstützen. Im Partizipationsprojekt »Freiraumbaustelle Emsviertel« in der Weststadt

(Braunschweig) hatten die Bewohner\*innen die Möglichkeit – wie es in den meisten Beteiligungsverfahren selten der Fall ist –, sich mit den Planer\*innen regelmäßig an einen Tisch zu setzen. Inhaltlich wurden die Prozesse jedoch nicht konsequent begleitet. Die Fachsprache der Planer\*innen war wenig verständlich und die Kommunikation zwischen den Beteiligten wurde wenig moderiert oder gestaltet. Idealerweise würde eine Projektleitung diese Lücke durch eine Übersetzung in beide Richtungen mit geeigneten Formaten füllen. Darüber hinaus fehlte es an Informationen zu den Regeln und dem Möglichkeitsrahmen des Prozesses. All die aufgezeigten Schwachpunkte in der Kommunikation, Moderation und der Häufigkeit des Austausches zeigen deutlich, wie aufwendig es ist, Partizipation zu ermöglichen.



**Die Partizipationspyramide**

Eigene Darstellung nach Straßburger & Rieger

### Politisches Feld als Heimspiel

Die Reflektion über eigene Problemlagen und ihre gesellschaftliche Relevanz in Gruppen, die Aushandlung von Interessen im Quartier und das damit einhergehende Erleben von demokratischen Erfahrungen in Kerngruppen oder im Rahmen von Partizipationsprozessen ermöglichen es, politische Prozesse – nach dem breiteren Verständnis – im nahen Umfeld zu verankern. Nach dem engeren Verständnis bleibt die etablierte Politik jedoch ein »Auswärtsspiel«. Aufsuchende politische Bildung soll dazu beitragen, eine Brücke zwischen dem politischen Feld (siehe Seite 36) und den Bewohner\*innen zu schlagen, um sowohl die physisch-räumliche als auch die sozial-kulturelle Distanz (siehe Seite 12) zu verringern.

Die physisch-räumliche Distanz kann entweder dadurch überbrückt werden, dass Bewohner\*innen politische Institutionen besuchen oder Politiker\*innen in die Quartiere kommen. In den Partizipationsprojekten wurden beide Ansätze ausprobiert. In allen Fällen ließ sich feststellen, dass Besuche von Bewohner\*innen in politischen Gremien weniger gut funktionierten als Besuche von Politiker\*innen im Quartier. Besuche von politischen Orten können sogar kontraproduktiv sein, indem sie dazu beitragen, Selbstausschlüsse zu verstärken.

Im Piusviertel (Ingolstadt) besuchten die Jugendlichen des Partizipationsprojekts »Integration durch Bildung« (siehe Seite 49) eine Sitzung des Migrationsrates. »Als die

*Sitzung vorbei ist, ich habe direkt gefragt: »Wie findet ihr das?« »Interessant«, »was Neues«, »schwierig«, »kompliziert« – solche Wörter habe ich gehört - »Anstrengend«« (Projektleitung), berichtet die Projektleiterin. In Neuenkamp (Duisburg) kamen ähnliche Reaktionen auf den Besuch des Landtags Nordrhein-Westfalen. Die Gespräche mit Mitgliedern des Jugendparlaments der Stadt und mit einer Stadträtin, die im Piusviertel organisiert wurden sowie der Bürgerdialog mit einem Lokalpolitiker in Neuenkamp funktionierten deutlich besser.*

Diese Erkenntnis spricht dafür, dass externe Besuche, vielmehr als Gespräche im Quartier, eine intensive Vorbereitung und eine gut überlegte Planung benötigen, um keine frustrierenden Erfahrungen zu wecken. Hier kommt der zweite Aspekt, nämlich die sozial-kulturelle Distanz, ins Spiel. Denn Sitzungen von politischen Gremien können für Bewohner\*innen, die nicht in Politikprozessen geübt sind, extrem voraussetzungsvoll sein: Sie erfolgen in einem streng hierarchischen Format mit festen Regelstrukturen, wobei die Spielregeln oft ungeschrieben sind (Hannemann 2022: 126ff.). Professionelle politische Akteur\*innen haben auch ihre eigene Sprache, die für Bewohner\*innen oft schwer verständlich ist.

Um diese sozial-kulturelle Distanz zu überbrücken, kann es hilfreich sein, Kontaktaufnahmen mit dem politischen Feld mit einem Anlass oder einem Aufhänger zu verknüpfen, wie z. B. an einem alltagsnahen Anliegen der Bewohnerschaft. So wird der Bezug

### Selbstausschluss und Fremdausschluss aus der Politik

Um Exklusionsmechanismen aus dem politischen Feld zu beschreiben, kann zwischen Fremdausschluss und Selbstausschluss differenziert werden. Fremdausschlüsse beschreiben die (bewusste oder unbewusste) Exklusion der »Laien« durch die Professionellen – bspw. durch Delegitimierung bestimmter Ausdrucksweisen, Emotionen, Aktions- oder Protestmittel. Selbstausschlüsse gehen wiederum von den »Laien« aus, indem sie sich selbst nicht zutrauen, sich an Politik zu beteiligen. Beide Mechanismen sind eng miteinander verknüpft: *»Kurz gesagt haben die Laien den Eindruck, dass sie die Eintrittskarte zum ›politischen Spiel‹ nicht haben und die unsichtbare, trotzdem deutlich spürbare Grenze zur engeren Welt der Politik nicht übertreten dürfen bzw. können. Im Ergebnis führt das zu der im Grunde resignativen Aussage: ›Politik – das ist nichts für mich‹, verbunden mit der Delegation des politischen Mandats an kompetente Experten oder Institutionen. Diese Selbstexklusion muss demnach interpretiert werden als eine Art vorweggenommene Fremdexklusion«* (Bremer 2008: 269).

Politische Bildung setzt primär bei den »Laien« an, um Selbstausschlüsse zu entkräften. Die Förderung bestimmter Fähigkeiten (Urteilsfähigkeit, Handlungsfähigkeit) und die Aneignung von Wissen sollen die Eintrittskarte zum politischen Spiel schaffen, damit sich Bewohner\*innen frei nach ihren Wünschen an Politik beteiligen können. Dennoch stellt sich gleichermaßen die Frage, inwiefern politische Bildung zur Bekämpfung der Fremdausschlüsse beitragen kann und soll. Genügt es, den Selbstausschluss der Bewohner\*innen zu bearbeiten, damit sie sich gegen Fremdausschlüsse wehren können, oder braucht es eine politische Bildung für Professionelle der Politik?

zum Alltag und zur Lebenswelt gegeben. Politische Bildung übernimmt in diesem Fall eine Übersetzungsfunktion zwischen Bewohner\*innen und Politiker\*innen, und zwar in beide Richtungen, um eine Annäherung zu ermöglichen. Diese Übersetzungsleistung bezieht sich auf die Sprache, aber auch auf Regeln, Prozesse und Zuständigkeiten. Dies

benötigt teilweise Vorkenntnisse von der Projektleitung, bspw. zu Abläufen von Sitzungen. Die ausschließende Wirkung von politischer, professioneller Sprache und von komplizierten Abläufen sollte thematisiert werden, um den Besuch so vorzubereiten, dass inklusive Erfahrungen gemacht werden können.

---

*»Ich baue eigentlich nur Brücken, wenn ich weiß, dass es irgendwie sinnvoll ist. Also ich habe gerade nicht so einen positiven Eindruck vom Ortsbeirat und habe mich deswegen auch ein bisschen gescheut die Leute einzuladen. Man könnte ja auch sagen, man geht mal zusammen da hin und schaut sich so eine Sitzung an. Das haben wir auch mal gemacht, vor PartQ. Aber es ist so, dass dann die Leute noch mehr den Eindruck haben, dass es keine gute politische Vertretung ist.«*

---

Der Kontakt zu Politiker\*innen (Anmeldung für eine Sitzung, Einladung zu einer Veranstaltung) kann durch die Projektleitung hergestellt werden, es ist aber sehr förderlich, wenn diese Aufgabe von Teilnehmenden der Angebote selbst übernommen wird. Genau so wie die Übersetzungsleistung der politischen Bildung sowohl für die Bewohnerschaft als auch für das politische Feld gilt, soll der Kontakt in beide Richtungen aufrechterhalten und gestärkt werden. So reicht es nicht, wenn sich z. B. Kinder für den Erhalt eines

Bolzplatzes an eine Lokalpolitikerin wenden. Im Projekt »Unsere Umwelt im Viertel!« in der Weststadt (Braunschweig) wurde auch Wert daraufgelegt, dass zwischen den Kindern und der Lokalpolitikerin eine Feedbackkultur entsteht, sodass die Kinder nachvollziehen können, welche Schritte nötig sind und vorgenommen werden. So werden auch Selbstwirksamkeitserfahrungen gemacht. Diese Responsivität ist unerlässlich, wenn das politische Feld zum »Heimspiel« werden soll.

Um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen, sollen solche Prozesse nicht einmalig bleiben, sondern bestenfalls zur Schaffung von permanenten und nicht anlassbezogenen Strukturen führen. Dabei müssen neue Formate überlegt werden, weg von den dünn besuchten Sprechstunden. Niedrigschwellige Formate wie z. B. das »rote Sofa« können zum Einsatz kommen, auch eine Institutionalisierung in Form von Foren ist sinnvoll. Politische Akteur\*innen müssen dabei in ihrer Vertretungsverantwortung gehalten werden, im Rahmen institutionalisierter Formate kann eine Teilnahmepflicht erwägt werden.



**Besuch einer Sitzung des Ingolstädter Migrationsrates**

»Integration durch Bildung«, Piusviertel (Ingolstadt)  
© Nefas e.V.



## Integration durch Bildung

***In dem Mentoring-Projekt erhalten Schüler:innen durch Mentor:innen Nachhilfe. Daran werden politische Bildungsworkshops und interkulturelle Trainings angedockt, in denen die Kinder und Mentor:innen sich mit Herkunft, Werten und Identität beschäftigen. Zudem lernt die Gruppe mit dem Jugendrat, dem Migrationsrat und einer Stadträtin politische Entscheidungsträger:innen kennen.***

Modellquartier: Piusviertel, Ingolstadt

Projektlaufzeit: 01.04.–30.09.2022

ProjektTräger: Nefas e.V.

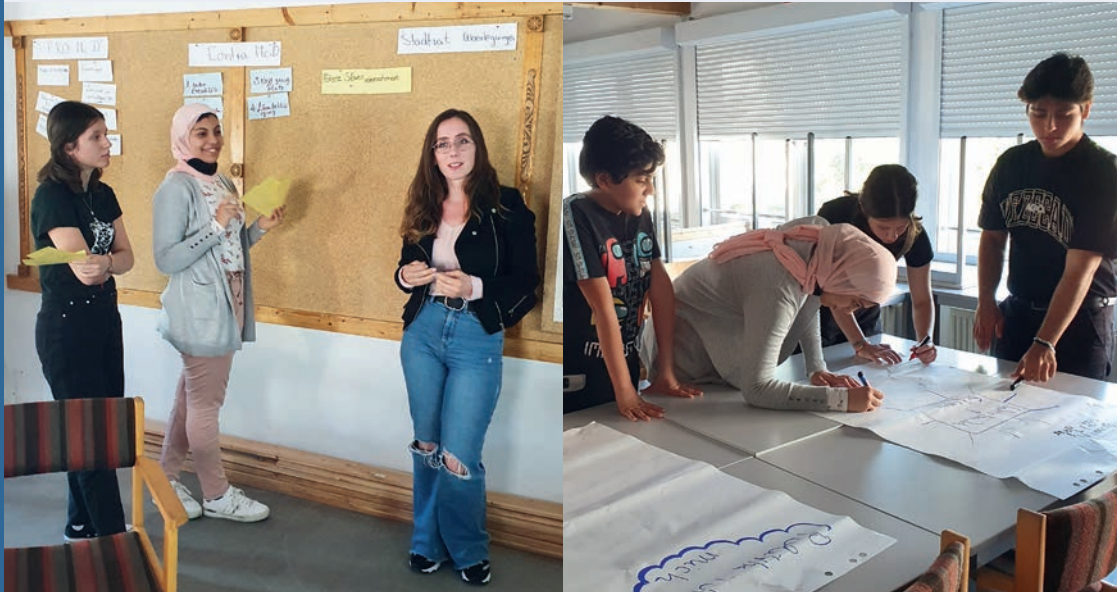
### Projektidee und Ziele

Das Projekt thematisiert die, durch ungleiche Bildungschancen bedingten, eingeschränkten Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte und hat zum Ziel, Begegnungs-, Lern- und Dialogräume zu schaffen. Darin sollen sich neuzugewanderte Schüler:innen über ihre schulische, gesellschaftliche und persönliche Situation austauschen können. Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationsgeschichte, die in ihrem schulischen und beruflichen Weg bereits eigene Erfahrungen gesammelt und Hürden überwunden haben, sollen als Mentor:innen gewonnen werden und die jüngeren Schüler:innen in ihrer politischen Teilhabe stärken und sie im Lernen über demokratische Prozesse unterstützen.

Die Mentoren:innen wirken dabei als Vorbild und Lotsen. Sie unterstützen die jüngeren Schüler:innen bei ihren schulischen Herausforderungen, stärken die Sprachkompetenz und die Ausdrucksfähigkeit. Neben der schulischen Unterstützung setzen sich die Beteiligten gemeinsam mit ihren Migrationsbiografien auseinander und befassen sich mit den Voraussetzungen für Teilhabe in Deutschland. Teil dieser Auseinandersetzung ist die kritische Reflexion der eigenen Werte. Verschiedene Formen der politischen Bildung wie die Auseinandersetzung mit verschiedenen politischen Themen in Workshops und vorbereitete Begegnungstreffen mit politischen Vertreter:innen fließen explizit in das Projekt ein.

### Projektumsetzung

Acht bis zehn Mentor:innen können über die Netzwerke der Projektleitung aktiviert werden und über die Kontakte in die migrantischen Communities finden sich schnell 15 bis 20 Schüler:innen, die an dem Projekt teilnehmen möchten. Ein Eröffnungsworkshop bietet allen Beteiligten die Möglichkeit zum Austausch und Kennenlernen. Mit den Mentor:innen findet ein Workshop der politischen Bildung statt, in dem sie sich tiefgehend mit Politik und Gesellschaft auseinandersetzen und Themen, wie den vorherrschenden Politikbegriff, das Spannungsfeld zwischen Individuum und Gesellschaft, das politische System in Deutschland und eigene Wertevorstellungen behandeln.



**Rollenspiel zum politischen Debattieren (Pro/Contra-Debatte)**

© Nefas e. V.

**Workshopeinheit zum Politikbegriff**

© Nefas e. V.

In der gesamten Projektlaufzeit treffen sich die Mentor:innen mit den Schüler:innen zweimal pro Woche für die schulische und sprachliche Unterstützung. Das Angebot wird sehr gut angenommen und es entsteht, insbesondere durch die zusätzlichen Aktivitäten, ein starker Gruppenzusammenhalt.

Im Laufe des Projektes werden mehrere interaktive interkulturelle Trainings durchgeführt. Hier werden Themen wie Demokratie, Wertevorstellungen und Teilhabemöglichkeiten in interaktiver Form bearbeitet. Die Trainings sind sehr gut besucht und ermöglichen, Lernen über Demokratie mit Spiel und Spaß zu verbinden.

Zudem finden mehrere Begegnungstreffen mit politischen Akteur:innen statt. Neben Besuchen im Jugendparlament und dem Migrationsrat, kommt eine Stadträtin zur Abschlussveranstaltung des Projektes. Ihr gelingt es, komplexe politische Themen wie das Bildungssystem oder steigende Energiepreise für die jungen Menschen verständlich zu machen.

## Erkenntnisse für die politische Bildung

### Teilnehmendenorientierte Begegnung mit politischen Akteur:innen

Besonders für Menschen, die jung oder politisch unerfahren sind, ist es bedeutend, Begegnungen zu schaffen, die ihrer Lebenswelt entsprechen. Die Sitzung des Migrationsrates war für die Teilnehmenden schwer zugänglich, wohingegen die Besuche des Jugendparlamentes und der Stadträtin empowernd waren, weil sie auf die Bedürfnisse und Voraussetzungen der jungen Menschen abgestimmt waren. Die Vor- und Nachbereitung solcher Begegnungen ist enorm wichtig, um Überforderungen zu vermeiden, Inhalte auswerten und offene Fragen besprechen zu können.

### **Verbindung von nützlichen Angeboten und politischer Bildung**

Für Projekte der politischen Bildung im Quartier ist es wichtig, den Adressat:innen etwas zu bieten und an ihre Interessen anzuknüpfen. Die Schüler:innen und ihre Eltern wurden über schulische Nachhilfe für das Projekt begeistert und die Mentor:innen wurden für ihr ehrenamtliches Engagement anerkannt und erhielten teilweise eine Aufwandsentschädigung. Politische Bildung kam als zusätzliches Angebot hinzu. Dieses Andocken und die Verbindung mit für die Teilnehmenden nützlichen Angeboten ist ein erfolgsversprechendes Modell.

### **Aufsuchen über Brückenpersonen**

Die Projektleitung ist selbst eine in den migrantischen Communities gut vernetzte Brückenperson, die es in kürzester Zeit geschafft hat, genug interessierte junge Menschen für die Teilnahme am Projekt zu gewinnen. Hier bestätigt sich das Potenzial von Brückenpersonen, die einen besonderen Zugang zu bestimmten Gruppen haben und darüber eine verbindliche Teilnahme an Angeboten der jeweiligen Kontakte ermöglichen können.

### **Weiter Politikbegriff**

Im Workshop zu politischer Bildung sprechen die Mentor:innen und die Projektleitung über ihr Verständnis von Politik. Viele der Teilnehmenden haben ein enges Politikverständnis, das ausschließlich das politische System, Wahlen, Gesetze und Regierungshandeln einbezieht. Der Workshop verdeutlicht den Teilnehmenden, dass Politik bereits auf Alltagsebene stattfindet und alle Menschen betrifft. Diese Erkenntnis hat bei den Teilnehmenden zu einer positiveren Besetzung des Politikbegriffs geführt, der für eine weitere Auseinandersetzung mit Politik und dem eigenen politischen Handeln zentral ist.

### **Über den Träger**

Der Verein NefAS e.V., Netzwerk für Arbeit und Sozialbelange, wurde im Jahre 2007 auf Initiative von engagierten Frauen, die viel Erfahrung in der Arbeit mit Menschen mit Migrationsgeschichte haben, gegründet.

Zweck des Vereins ist die Förderung von Benachteiligten, insbesondere von Menschen mit Migrationsgeschichte, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, bei der Arbeitssuche und im sozialen Bereich. Zu diesem Zweck erfolgt soziale, sozialpädagogische und therapeutische Arbeit nach dem Ansatz Hilfe zur Selbsthilfe.

Außerdem soll die hiesige Bevölkerung dafür sensibilisiert werden, wie viele Ressourcen die Menschen mitbringen und wie wertvoll und wichtig die Teilhabe dieser Menschen am gesellschaftlichen Leben für alle ist.

**Webseite:** [www.nefas-in.com](http://www.nefas-in.com)

**Projektkontakt:** Linda Qasem | [info@nefas-in.com](mailto:info@nefas-in.com)

## 3. BILDEN.

Wie schon beim Politikbegriff festgestellt, kann auch der Begriff der Bildung in Quartierskontexten negativ konnotiert sein. Schnell kann die Befürchtung aufkommen, Bewohner\*innen sollen im Rahmen von unattraktiven Seminarangeboten über das politische System belehrt werden. Doch die (aufsuchende) politische Bildung folgt einem anderen Bildungsverständnis: *»Menschen lernen und bilden sich ein Leben lang. Sie entwickeln berufliche, politische, kulturelle Interessen, entfalten ihre Potentiale, übernehmen Verantwortung und vielfältige Aufgaben im privaten Umfeld wie im öffentlichen Raum. Dies alles ist nur möglich, weil sie lernen und sich (weiter-)bilden«* (Zeuner & Pabst 2020: 2). Im Sinne der Teilnehmendenorientierung (siehe Seite 24) wird der Schwerpunkt auf die Lebenswelt der Bewohner\*innen und einen niedrighschwelligem Zugang gesetzt. Aus diesem Grund sollen mit Angeboten der aufsuchenden politischen Bildung informelle Lerngelegenheiten geschaffen werden, die dennoch an Lernzielen ausgerichtet sind (3.1.). Die Lernprozesse werden oft von Quartiersakteur\*innen initiiert, die im Vorfeld nicht zwangsläufig im Feld der politischen Bildung tätig waren. Vor diesem Hintergrund werden Schlüsselkompetenzen und die Grundhaltung diskutiert, die für politische Bildungsprozesse wichtig sind (3.2.).

### 3.1. (In)formelle politische Bildung

In nahezu allen Partizipationsprojekten von PartQ wurde schnell klar: Gerade zu Beginn von Prozessen der aufsuchenden politischen Bildung sollten informelle Lerngelegenheiten ein zentraler Teil der Angebote sein. Weit entfernt ist sie jedenfalls von der formalen,

schulischen und mit Noten verbundenen politischen Bildung. Auch klassische Formate der nonformalen politischen Bildung wie Kurse und Seminare, die von Trägern der politischen Bildung angeboten werden, stoßen auf Abneigungen und weisen diverse Hürden für eine Teilnahme von Quartiersbewohner\*innen auf. So erscheint es nicht sinnvoll, bekannte Formate und Methoden der politischen Bildung eins zu eins auf das Quartier zu übertragen.

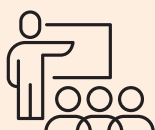
#### Informelle politische Gespräche gestalten

Es geht darum, in erster Linie das Potenzial von informellen Kontexten zu nutzen, um so nah wie möglich an der Lebenswelt der Bewohner\*innen anzusetzen. Denn im Quartiersalltag tauchen viele Themen durch diverse soziale Interaktionen auf (siehe Seite 37), teilweise entstehen spontan informelle politische Gespräche zwischen Bewohner\*innen, die für politische Bildungsangebote nutzbar gemacht werden können.

Freizeitaktivitäten oder ein Kaffeetisch haben bspw. meist geringe Zugangs- und Mitwirkungshürden. Sie betten sich direkt in den Alltag der Bewohner\*innen ein und knüpfen an ihren Interessen an. In solchen Konstellationen, die den Bewohner\*innen vertraut sind, trauen sie sich eher, das Wort zu ergreifen. *»Das ist freilich ein schmaler Grat, doch funktioniert ein halböffentlicher Gesprächsraum [...] nach völlig anderen Praxisprinzipien als eine öffentliche politische Veranstaltung, in denen es um den kompetitiven Austausch von Bekenntnissen und Botschaften sowie um Inszenierungen geht«* (Hannemann 2022: 110). Auf einen informel-

### Formale, nonformale und informelle Bildung

Oft wird zwischen drei unterschiedlichen Bildungskontexten unterschieden:



#### Formale Bildung

Organisierte Bildung im formalisierten Bildungswesenskonzext und oft mit Zertifizierung: Schule, Hochschule, Aus- und Weiterbildung usw.



#### Nonformale Bildung

Freiwillige Bildung ohne Qualifikationsrahmen, jedoch mit geplantem zeitlichem und räumlichem Rahmen: Seminare, Kurse und Workshops von Bildungsstätten, Volkshochschulen, Vereinen, Verbänden usw.



#### Informelle Bildung

Selbstgesteuertes und nicht zwangsläufig strukturiertes oder zielgerichtetes Lernen, das jedoch initiiert und gestaltet wird: Peer Group, Jugendclubs, soziale Einrichtungen, Nachbarschaftszentren, politisches Engagement usw.

Eigene Darstellung nach Gill et al. 2020: 29ff. und Overwien 2013: 162f.

len Austausch ohne »Gewinner\*innen« und »Verlierer\*innen«, der mitunter positiv und fröhlich erlebt wird, lassen sich die Bewohner\*innen leichter ein.

Gleichzeitig bieten diese informellen Gelegenheiten einen guten Ausgangspunkt für informelle politische Bildungsprozesse. Oft finden sich z. B. in einem Nachbarschaftscafé, in einem Begegnungsformat oder einer Freizeitgruppe Personen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Meinungen, was die Kontroversität der Diskussion befördert: »Es kommt darauf an, die unterschiedlichen Perspektiven in der Lerngruppe mit- und gegeneinander befragbar werden zu lassen. Erst in der begründeten Kenntnis von gegensätzlichen

Perspektiven können die eigenen Denk-, Handlungs- und Urteilmöglichkeiten erweitert und (noch besser) begründet werden« (Müller 2021: 234).

In der Lerngruppe können mittels informeller Diskussionsrunden Vorurteile ab- und Beziehungen aufgebaut werden – insbesondere in Quartieren, in denen soziale Beziehungen durch vermeintlich kulturelle oder sprachliche Faktoren bestimmt sind. »Denkbar ist [...], dass die kleinen Assoziationen am Kaffeetisch mit Menschen aus der Nachbarschaft helfen können, [...] Verhärtungen gegen das unmittelbare Nachbarschaftsumfeld aufzulockern« (Hannemann 2022: 115). So kamen sowohl in den Veranstaltungen »My Story«

in Neuenkamp (Duisburg) in einem Begegnungsprojekt im Märkischen Viertel (Berlin) verschiedene Bewohner\*innen aus unterschiedlichen Generationen, mit und ohne Migrationserfahrung ins Gespräch.

Damit wird deutlich, dass es Ziel der aufsuchenden politischen Bildung sein soll, Raum für solche informellen politischen Gespräche zu schaffen und sie zu initiieren, wenn diese nicht spontan entstehen. *»In einer Zeit, in der auch ohne Pandemie immer weniger Begegnung und Austausch zwischen unterschiedlichen Menschen auf den Straßen stattfinden, ist die Inszenierung von Gesprächen im öffentlichen Raum selbst schon ein demokratischer Akt«* (Wöss & Wallentin 2021: 34).

Hierfür gilt es die bereits thematisierte »Antenne für Bildungsgelegenheiten« (siehe Seite 40) zu entwickeln und Gelegenheiten für solche Denkanstöße zu verfolgen. Wenn Menschen von sich und ihrem Alltag berichten, entstehen nahezu immer Anknüpfungspunkte für diese informellen Gespräche, die potenziell in einen Lernprozess münden können: *»Gerade gestern habe ich die ja eben aus diesem Amazon Center kennengelernt. Und dann haben wir da ziemlich lange drüber gesprochen, so über die Arbeitsbedingungen, bei dem Center und wie sie das findet«* (Projektelevaluierung).

Zufällig auftretende – oder auch initiierte – politische Gespräche entsprechen jedoch an sich noch nicht dem Anspruch politischer Bildung, da diese an bestimmte Ziele gekoppelt ist.

---

*»Also ich glaube, was wir jetzt im Projekt irgendwie schon gemerkt haben, ist, dass politische Bildung schon ein bisschen mehr braucht als einfache Gespräche über politische Themen oder Begegnungen.«*

---

Politische Diskussionen sollen in diesem Rahmen zur Stärkung von politischer Urteilsfähigkeit beitragen (siehe Seite 10). Es gilt also, sie so zu gestalten, dass der Meinungsaustausch zu einer Reflexion anderer Meinungen und Perspektiven sowie der Auseinandersetzung mit inhaltlichen Fakten und demokratischen Wertemaßstäben führt. *»Es geht also immer darum sich zu fragen: funktioniert das, worüber wir hier sprechen, überhaupt und wollen wir das? Ist das auch unter ethischen Gesichtspunkten zu rechtfertigen?«* (John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie 2021: 4).

Als Grundlage der politischen Bildung dienen gewisse Qualitätskriterien, von denen die wichtigsten im sogenannten Beutelsbacher Konsens festgeschrieben sind (siehe Kästchen Seite 55). In spontanen politischen Gesprächen können Standpunkte unter den Tisch fallen, sodass Themen unkontrovers erscheinen, obwohl sie es in der Realität nicht sind. Auch kann es in solchen Diskussionen passieren, dass dominante Personen ihre Gesprächspartner\*innen überrumpeln. Daraus ergibt sich ein Bedarf nach Moderation und Begleitung sowohl in strukturierten als auch informellen Bildungsprozessen.

---

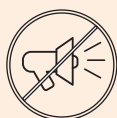
*»Das habe ich ja in meinem Projekt auch total gemerkt, dass es ein wahnsinniger Balanceakt ist, zwischen ich habe hier einen Plan und ein Ziel oder einen Antrag eingereicht, der erfüllt werden soll und auf der anderen Seite findet sich eine Gruppe, über die ich mich wahnsinnig freue und die ich unter gar keinen Umständen irgendwie überfordern möchte oder wegstoßen will [...]. Und dabei fand ich es schwer, nicht aus den Augen zu verlieren, dass es vielleicht an der ein oder anderen Stelle eigentlich einen total guten Anknüpfungspunkt gab, [...] nochmal eine andere Ebene aufmachen zu können, um eben mehr politische Bildung einzubringen. Weil für mich der Fokus total darauf lag, ich brauche diese Gruppe und ich will, dass die Spaß haben dabei.«*

---

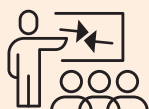
In vielen Partizipationsprojekten wurden durch die Projektleiter\*innen teilweise die Schwierigkeiten thematisiert, ihre Alltagsarbeit in politische Bildung zu überführen oder diese in die Projektaktivitäten zu integrieren. Viele empfanden es als schwer, in einer Projektgruppe eine gute Balance zwischen der Entwicklung einer Beziehung auf Augenhöhe, der Orientierung an den Wünschen und Bedarfen der Teilnehmenden und der Initiierung von Bildungsprozessen zu finden, ohne zu viel von der Gruppe zu fordern oder eine Gruppenhierarchie zu erzeugen.

Das Spannungsfeld liegt also zwischen der Orientierung an den Wünschen und Bedarfen der Beteiligten und dem Bildungsauftrag von politischer Bildung. Teilnehmendenorientierung darf nicht daran hindern, Lernziele festzulegen und zu verfolgen und nicht dazu führen, dass der Bildungsaspekt zugunsten von reinen Freizeitangeboten unter den Tisch fällt. Die bildenden Personen sollen im Kon-

### Der Beutelsbacher Konsens



**Überwältigungsverbot:** Es ist nicht erlaubt, die Schüler\*innen – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der »Gewinnung eines selbständigen Urteils« zu hindern.



Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.



Die Schüler\*innen müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.

takt mit den Teilnehmenden eine Rolle einnehmen, die es ihnen ermöglicht, Bildungsprozesse zu initiieren. Dafür werden auf der einen Seite Kompetenzen benötigt, um Bildungsprozesse auf Augenhöhe anzuleiten (siehe Seite 58). Auf der anderen Seite ist es hilfreich, die Lernziele selbst teilnehmendenorientiert zu definieren und sie mit der Gruppe zu reflektieren und ggf. anzupassen (vgl. Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend 2020: 345).

### Der Schritt zu strukturierten Angeboten

Zu einem späteren Zeitpunkt bietet es sich an, die spontanen informellen Diskussionsrunden und Lerngelegenheiten in nonformale, strukturierte und methodisch unterstützte Angebote zu überführen. Denn bestimmte Lernziele, wie z. B. Wissensvermittlung oder das Ausloten von Handlungsoptionen können in informellen Kontexten schwer erreicht werden. Um trotzdem teilnehmendenorientiert zu arbeiten, sollte der Übergang zu strukturierten Angeboten frühzeitig im Prozess mitgedacht und bei aufkommenden Gelegenheiten angestoßen werden. Die Teilnehmenden können gefragt werden, ob Interesse besteht, sich zu einem gesonderten Termin strukturiert mit einem für sie interessanten Thema auseinanderzusetzen. Eine andere Möglichkeit ist es, spontan ein passendes methodisches Vorgehen vorzuschlagen, mit dem die informellen Diskussionen (zum Teil) strukturiert werden.

In vielen Partizipationsprojekten fanden Veranstaltungen statt, die durch die Stärkung von Dialog und Begegnung eine gute Grundlage für weiterführende Ansätze der politischen Bildung boten. Jedoch wurde oft nicht

konsequent daran angeknüpft. Häufig wurden neue Angebote durchgeführt, die nicht immer mit den vorangegangenen Aktivitäten verbunden waren oder auch für andere Gruppen konzipiert wurden.

Beispielsweise wurde nach einer niedrigschwelligen Austauschveranstaltung ein Quartiersspaziergang organisiert, ohne an den Themen anzuknüpfen, die bei der Veranstaltung aufkamen. In einem anderen Projekt wurde an mehrere Veranstaltungen angedockt sowie eigene Freizeitaktivitäten umgesetzt und später Bürger\*innendialog mit Lokalpolitiker\*innen organisiert. Jedoch wurde die Dialogveranstaltung nicht von vornherein mitgedacht und nicht in den vorangegangenen Aktivitäten beworben, was eine geringe Zahl an Teilnehmenden zum Ergebnis hatte. Diese Diskontinuität zwischen Teilaktivitäten war oft eine Hürde für die Initiierung von Bildungsprozessen.

In strukturierten Angeboten müssen nicht zwangsweise komplexe Methoden zum Einsatz kommen. Schon die Arbeit in Kleingruppen, ein Brainstorming, aber auch Methoden wie Interviews, Pro- und Kontradiskussionen oder Planspiele ermöglichen es, an informellen Gesprächen und ihren Themen in einem strukturierten Rahmen anzuknüpfen. Biografische Arbeit nimmt auch angesichts der erforderlichen Lebensweltorientierung eine besondere Bedeutung ein: *»Lernende können sich so im politischen und sozialen Kontext begreifen. In vor allem offenen didaktischen Arrangements können sowohl individuelle Lebenslinien als auch Geschichtslinien reflektiert werden«* (Schudoma 2013: 152). Solche Methoden können auch in geselliger Atmosphäre eingesetzt werden.





#### **Veranstaltung »Schnippeln – Schnacken – Schmausen«**

»Zusammen.Zukunft.Denken im Quartier«, Toitenwinkel (Rostock)  
© Sense.Lab e.V.

So wurde in Toitenwinkel (Rostock) mit dem Format »Schnippeln – Schnacken – Schmausen« interkulturelle Kochabende organisiert, in denen z.B. ein ukrainisches Abendessen mit einer teilweise methodisch unterstützen und moderierten Diskussion zum Ukraine-Krieg verbunden wurde.

Die Methoden sollen im Sinne der Teilnehmendenorientierung (siehe Seite 24) zu den Beteiligten und zum Setting passen. Auch sollen sie an den Beziehungen und dem Vertrautheitsgrad der Teilnehmenden orientiert sein. Biografische Arbeit ist z.B. in einer neu zusammengefundenen Gruppe schwierig umzusetzen, während Kleingruppengespräche oder Interviewformate die Gruppe zusammenschweißen können. Nicht zuletzt macht es Sinn zu unterschiedlichen Zeitpunkten

im Projektprozess jeweils passende Methoden einzusetzen: Ein Erzählcafé macht zu Beginn mehr Sinn als ein Bürgerdialog, während dies zu späterem Zeitpunkt wahrscheinlich umgekehrt ist.

In erster Linie soll aber die Auswahl der Methoden zu den – von der Projektleitung oder zusammen mit den Beteiligten festgelegten – Lernzielen passen. In vielen der in den Partizipationsprojekten organisierten Veranstaltungen zeigte sich, dass den einzelnen Teilschritten keine Methoden oder mögliche Lerneffekte zugeordnet waren, auch wenn es einen formalen Ablaufplan gab. Auch für die Workshops und Aktionen wurden oft keine Lernziele festgelegt oder Lerneffekte bei den Teilnehmenden beobachtet.

### 3.2. Schlüsselkompetenzen und Kompass

Um Projekte der (aufsuchenden) politischen Bildung umzusetzen und Lernprozesse zu initiieren, sind bestimmte Schlüsselkompetenzen der politischen Bildung (siehe Kästchen) wichtig. Diese sollten in den Partizipationsprojekten entweder intern vorhanden sein oder extern hinzugezogen werden. Aus den Erfahrungen in den Partizipationsprojekten ist hier besonders die Methodenkompetenz zu nennen. Auffällig war, dass nur wenige Methoden eingesetzt wurden. Um Lernmethoden wirksam anwenden zu können, braucht es methodisches Grundlagenwissen und Sicherheit in der Durchführung von beispielsweise Werkstätten, Trainings, biographischem Lernen, Seminaren, Planspielen, aktivierenden Befragungen etc. Obwohl die zuvor genannten Formate in den Partizipationsprojekten durchgeführt wurden, reduzierte sich die methodische Bandbreite oft auf Elemente der Wissensvermittlung und auf Begegnungsformate, die mehr oder weniger in Einklang gebracht wurden.

Auch ist fachliches Wissen essenziell dafür, dass bestimmte Themen bearbeitet oder Prozesse adäquat begleitet werden können. Im Projekt »Freiraum-Baustelle Emsviertel« in der Weststadt (Braunschweig, siehe auch Seite 45) wirkte das Projektteam an der Schnittstelle zwischen Landschaftsplaner\*innen und Bewohner\*innen. Die Fachsprache der Planer\*innen auf der einen Seite und geringes Fachwissen der Bewohner\*innen auf der anderen, erschwerte eine Mitwirkung der Teilnehmenden auf Augenhöhe. Hier war zwar Fachwissen auf Seite der Planer\*innen vorhanden, dieses wurde jedoch nicht ver-

ständig und zugänglich gemacht. Zur Konzipierung der Angebote der aufsuchenden politischen Bildung soll es also gehören, dass eine gemeinsame Wissensgrundlage in der Gruppe geschaffen wird. Den Teilnehmenden gegenüber soll transparent gemacht werden, wenn fachliches Wissen nicht vorhanden ist. So kann auch gemeinsam mit allen Beteiligten die Expertise recherchiert und erarbeitet werden, bspw. als gemeinsam geführtes Interview.

#### Vier Kompetenzbereiche der politischen Bildung

1. **Fachkompetenz:** fachliches Wissen (bspw. zu Themen oder politischen Prozessen)
2. **Methodenkompetenz:** Fähigkeiten und Kenntnisse zur Planung und Durchführung von Lernprozessen
3. **Sozialkompetenz:** Kommunikation, Kooperation, Empathie
4. **Reflexionskompetenz:** Lernprozesse der Teilnehmenden und sich selbst reflektieren

(vgl. z. B. Zeuner 2013: 83f.)

Als Quartiersakteur\*innen, die oft in der Gemeinwesenarbeit tätig sind, brachten die Träger besonders ausgeprägte Sozialkompetenz in die Projekte ein. Das Aufgabenverständnis der Quartiersakteur\*innen geht mit einem besonders empathischen und bestärkenden Umgang mit der Bewohnerschaft

einher. In einem von Minor organisierten Rollenspiel konnte bspw. festgestellt werden, dass es vielen Trägern leichtfiel, in die Rolle bestimmter Quartiersbewohner\*innen zu schlüpfen.

### **Konflikte, Kontroversen, Konfrontationen**

Dennoch konnten auch Grenzen beobachtet werden, wenn es um die Anleitung und Moderation von Gruppen ging. In den Projektgruppen genauso wie im Quartiersalltag entstanden teilweise Kontroversen. Bestimmte Themen, wie bspw. die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine und die Ungleichbehandlung von syrischen und ukrainischen Geflüchteten, die in vielen Modellquartieren angesprochen wurden, riefen starke Gefühle und Emotionen sowie streng widersprüchliche Meinungen hervor. In vielen Fällen entschieden sich die Projektträger dafür, Kontroversen zu vermeiden, indem bspw. solche Themen nicht bearbeitet wurden, weil sie zu komplex seien und Menschen eher auseinanderbringen würden.

Kontroversen sind in der gesellschaftlichen – und politischen – Realität Alltag. Teilweise handelt es sich auch nicht nur um kleinere Differenzen, die es gilt, zu einem Kompromiss zu bringen, sondern um unvereinbare Positionen, die höchstens friedlich koexistieren können. Werden Kontroversen als off-topic unterdrückt, führt das eher dazu, dass sie in anderen Kontexten, oft ohne Rahmen und Moderation ausgelagert werden. Nach Aussage mancher Quartiersakteur\*innen können sie sogar zu gewaltbehafteten Situationen führen.

Aufgabe der bildenden Personen in solchen Kontexten ist, die kontroverse Darstellung zu ermöglichen und die Diskussion so zu moderieren, dass unnötige Spannungen abgebaut und die Wahrnehmungen und Emotionen aller Beteiligten berücksichtigt werden. Ziel soll sein, eine Streitkultur zu etablieren, in der respektvoll Meinungen ausgetauscht werden können und eventuell sogar ein gegenseitiges Verständnis entwickelt wird. Es macht Sinn, klare Grundregeln und bspw. einen Verhaltenskodex für Diskussionen zu etablieren und einzufordern. Eine gelungene Auseinandersetzung mit kontroversen Themen erfordert auch, Fachwissen zum Thema einzubringen und passende Methoden einzusetzen. Insbesondere bei kontroversen Themen ist es wichtig, die eigene Positionierung und die fachwissenschaftlichen Perspektiven zu unterscheiden und transparent zu kommunizieren (Müller 2021: 233).

Politische Diskurse werden häufig als sachlich und rational betrachtet. Emotionen werden dabei nur als pathologische Erscheinungen wahrgenommen und v. a. mit Populismus in Verbindung gesetzt. Politik ist jedoch kein »rein rationaler Akt, sondern ist verbunden mit emotionalen Komponenten. Empathie, Engagement und Begeisterung aber auch Verärgerung, Wut und Enttäuschung sind Bestandteile des Politischen« (Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend 2020: 527). Emotionen gehören zu politischen Diskursen, zur Wahrnehmung des eigenen Umfelds sowie zu sozialen Interaktionen und schaffen für viele einen leichteren Zugang zu politischen Themen.

---

*»Ich merke z. B., ich werde selten wütend, also ich halte eigentlich aus, wenn es sehr kontroverse Sachen sind und finde das von der Haltung her auch eher spannend, das zu moderieren, also gar nicht selbst so schnell Position zu ergreifen, obwohl es für mich völlig klar wäre, auf welcher Seite ich stehe, sondern ich finde dann eigentlich spannend, das auch anders zu formulieren und wieder in den Raum reinzuwerfen.«*

---

Kontroverse Themen und Konflikte werden in der Regel vermieden. Sie werden als Störungen und Zeichen von nichtfunktionierenden Prozessen gesehen. Hier muss *»politische Bildung [...] deutlich machen, dass Konflikte zwischen unterschiedlichen Interessen normal sind und dass sie auf demokratischem Weg friedlich bewältigt werden können«* (Gill et al. 2020: 23). Politik an sich ist ein Prozess der Aushandlung von unterschiedlichen Interessen und als solcher immer konfliktbehaftet. Es geht also vielmehr um die Frage, wie diese Konflikte bearbeitet werden.

In den Partizipationsprojekten erschien es wichtiger, aufkommende Konflikte zu vermeiden und die Gruppendynamik zu schützen. Dies ging auf Kosten von Lerneffekten. So entstand z. B. in einer Projektgruppe die Situation, dass die einzige Teilnehmerin nicht so oft zu Wort kam wie die männlichen Teilnehmer und ihre Kompetenzen öfter in Frage gestellt wurden: *»Wir haben da jetzt nicht offen [darüber geredet], bei Sexismus, Feminismus, bei solchen Wörtern kommt da schnell viel Gegenwehr. Aber ich habe das*

*Gefühl, wir haben das ausgehandelt irgendwann«* (Projektevaluierung). Jedoch erfolgte keine konkrete Aushandlung, indem das Thema angesprochen wurde; vielmehr musste sich die Teilnehmerin beweisen und ihren eigenen Umgang damit finden. Die Vermeidung der offenen Aushandlung ermöglicht es zwar, auf den ersten Blick den Konsens und die gute Stimmung zwischen den Beteiligten zu erhalten, aber der thematische Aushandlungsprozess und der Blick auf die Ursachen des Konflikts werden nicht angegangen. Damit bleibt der Lerneffekt für die Beteiligten des Konflikts partikular und un-deutlich.

Die Bearbeitung von Konflikten birgt nicht nur innerhalb von Gruppen Emanzipationspotenziale. Auch Konfrontationen politischer Entscheidungsträger\*innen können Bewohner\*innen ermöglichen, eine Mitbestimmung einzufordern (Knabe 2020: 145). Ein Beispiel aus Toitenwinkel (Rostock) zeigt, wie eine Konfrontation des Ortsbeirates zum Erhalt eines lokalen Kiosks führte: *»Und zwar gibt es hier einen Kiosk in Toitenwinkel, der hat jetzt den Eigentümer gewechselt. Und dann hat die Stadt gesagt: ›Nein, dann kündigen wir den Pachtvertrag.« Und dieser Kiosk ist so ein Ort, da hängen eigentlich sehr viele Leute ab, die auch so jeden Tag Bier trinken [...]. Die bieten auch Kaffee an, und wenn die Senioren aus ihrem Seniorenheim dahin dackeln, um einen Kaffee zu trinken, sitzen die halt auch mit den ganzen Alkis da zusammen. Und die Leute waren sehr empört darüber, dass dieser Kiosk schließen soll. Und dann haben wir erzählt: ›Es gibt ja auch einen Ortsbeirat.« Und das war halt ganz cool, da waren bestimmt 15 Leute, die [...] sind zum Ortsbeirat gegangen, da sind total Welten*

*aufeinandergeprallt. [...] Dann konnten sie ihre Sachen sagen, es wurde sich ausgetauscht, eine Entscheidung gefällt. [...] Und es war für die Leute eine total positive Erfahrung, weil sie haben sich für etwas eingesetzt und der Kiosk kann bleiben« (Projektelevaluierung).*

### Demokratischer Kompass

Politische Bildung kann nicht alle Anliegen und Interessen unterstützen, sondern unterliegt klaren Grenzen: *»Politische Bildung ist deutlich positioniert, wenn menschenfeindliche Haltungen, Ideologien der Ungleichheit und der Ungerechtigkeit oder antidemokratische Einstellungen propagiert werden« (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020: 527).* Politische Bildung ist demokratischen Grundwerten und den Menschenrechten verpflichtet und damit keinesfalls wertneutral. Die bildenden Personen müssen in ihren Angeboten einem demokratischen Kompass folgen.

In den Modellquartieren wurde die Schwierigkeit des Umgangs mit fremdenfeindlichen und diskriminierenden Aussagen häufig angesprochen: *»Also das ist eigentlich schon die bittere Erkenntnis, wie krass Alltagsrassismus, Chauvinismus, Sexismus, Klassismus [...] verbreitet sind« (Projektelevaluierung).* In diesem Kontext ist die Kompetenz, abwertende Aussagen zunächst aushalten zu können, wichtig, um ein Hinterfragen und einen Dialog zu ermöglichen. Es sollte außerdem vermieden werden, sich auf Provokationen einzulassen (Besand 2020). Gleichzeitig gilt es, abwertende und diskriminierende Aussagen nicht unwidersprochen zu lassen, eine

klare Haltung zu zeigen und (eigene) Grenzen zu kommunizieren, um sich selbst und andere zu schützen. Wichtig ist, *»alles schon klar zu benennen« (Projektelevaluierung).* Indem Menschen ihre eigenen Einstellungen gespiegelt und mit anderen Perspektiven konfrontiert werden, wird ein Denkprozess in Gang gesetzt, der bestenfalls in einen längerfristigen Lernprozess überführt werden kann. Eine indifferente Reaktion auf menschenverachtende Äußerungen trägt im Gegenteil dazu bei, solche als valide Meinungen zu legitimieren.

Viele Projektträger, die überwiegend aus dem Bereich der Sozial- und Gemeinwesenheit stammen, hatten Schwierigkeiten als ein solches Korrektiv (siehe Seite 26) zu wirken und demokratische Grundsätze einzufordern. Diese Rolle kompetent und selbstsicher zu erfüllen, erfordert Praxiserfahrungen und muss nach und nach gelernt werden: *»Ich bin ja nicht nur Beobachterin von Situationen, sondern selber Akteurin und habe auf jeden Fall gelernt, da auch viel präsenter zu sein und viel direkter auch meine Sachen zu sagen. Das war am Anfang ja, habe ich ja vorhin schon gesagt, ist gar nicht so leicht gewesen, irgendwie erstmal diese Rolle so zu finden« (Projektelevaluierung).* Teils verstanden sich die Projektträger eher als Fürsprecher\*innen einer bestimmten Agenda, z.B. für nachhaltige Konsumweisen oder Imageförderung im Quartier. Aktiv andere gesellschaftliche Sichtweisen in Diskussionen und Gruppen einzubringen ist eine zentrale Kompetenz der Projektleitungen, muss aber gelernt und geschult werden und erfordert Konfliktfähigkeit (Hufer 2021: 173).

In bestimmten Situationen erfordert der demokratische Kompass, dass Botschaften klar kommuniziert werden, um den Kern demokratischer Werte oder der Menschenrechte zu vermitteln: *»Ich merke hier echt immer wieder Botschaften. Immer und immer wieder die gleichen Botschaften: »Vielfalt ist Normalität«, »Wir lernen durch unsere Unterschiedlichkeit«, »Menschlichkeit ist wesentlich«* (Projektervaluierung). Jedoch darf die Botschaft nicht überrumpeln oder indoktrinieren (siehe Seite 55). Mit Methoden und gezielten Fragen kann z. B. eine Diskussion dahingehend gesteuert werden, dass Menschen ihre Gemeinsamkeiten erkennen. So wurde im Format *»Schnippeln – Schnacken – Schmausen«* in Toitenwinkel (siehe Seite 68) die Frage gestellt: *»Worauf können wir uns einigen?«* Damit wurde das Spektrum von ganz unterschiedlichen Meinungen in der Diskussion auf die wesentlichsten Aspekte über die sich alle einig sind wie z. B. ein respektvoller Umgang miteinander.

Zur Prävention von menschenverachtenden Äußerungen im Quartier ist es ratsam, dass Quartiersakteur\*innen Absprachen treffen und einen Verfahrensplan mit klarem Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten entwerfen. Kommt es zu rassistischen, sexistischen oder menschenfeindlichen Äußerungen, kann dann auf ein bereits existierendes Netzwerk zurückgegriffen werden.

Der demokratische Kompass gilt auch für die Organisation der Lernprozesse im Rahmen der Angebote der aufsuchenden politischen Bildung. *»Es ist konsequent, dass politische Bildung für eine demokratische Gesellschaft auch demokratische Lehr- und Lernformen praktizieren muss«* (Hufer 2021: 171). Demokratische Normen und Werte müssen die

Grundlage für den Umgang zwischen allen Beteiligten im Rahmen des Lernprozesses bilden.

Konkret bedeutet dies, dass *»die Settings und Formate der politischen Bildung [...] laufend daraufhin überprüft werden [sollten], ob und wie neue Partizipationsformen geschaffen werden können«* (Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend 2020: 528). Alle Beteiligten sollen idealerweise ein gleichwertiges Mitspracherecht in der Gestaltung der Angebote haben, gegenseitige Interessen im Lernprozess sollen ausgehandelt werden. Darauf soll die Lehrperson hinarbeiten. Auch Regeln und Rahmen sollen transparent gemacht werden – dies schließt bspw. auch ein, transparent zu machen, dass es sich um ein Angebot der politischen Bildung handelt. Somit knüpft diese demokratische Lernkultur an der Lebenswelt- und Teilnehmendenorientierung (siehe Seite 24) und an der Brückenbildung zu politischen Prozessen (siehe Seite 41) an.

---

*»Ich verteidige immer: Das ist hier ein Ort der Vielfalt und der Stadtteil kann nur gewinnen durch Vielfalt.«*

---

Zusammengefasst muss politische Bildung also zur schwierigen Aufgabe beitragen, sowohl durch das Erlebarmachen von demokratischen Prozessen als auch durch die Verankerung in klaren menschenrechtsschützenden Grundwerten, die Emanzipation gesellschaftlicher Mitglieder unter gleichzeitiger Wahrung und Verteidigung demokratischer Werte in Einklang zu bringen (Massing 2021).

### Den Bewohner\*innen etwas zutrauen

Demokratische Prozesse für alle erlebbar zu machen, bedeutet auch, das Recht aller an der Mitgestaltung anzuerkennen. Unter den Akteur\*innen der Quartiersarbeit in den PartQ-Modellquartieren konnten teilweise stark defizitorientierte Sichtweisen beobachtet werden, die durchaus mit einer unterstützenden Haltung einhergehen, aber durch wenig Zutrauen in die Bewohner\*innen geprägt sind. Das äußert sich z.B. darin, dass unterstellt wird: »Politische Themen sind eher

für 20 bis 50 Jährige aus der Innenstadt« (Projektelevaluierung), oder dass die Alltagsprobleme und Bedürftigkeit fokussiert werden: »Wenn man da so manchmal hört im Kiosk oder wenn es spät wird und wenn die Zungen lockerer sind, womit die Leute teilweise zu kämpfen haben, was sie beschäftigt und so, das ist schon krass« (Projektelevaluierung).

Solche Wahrnehmungen hängen durchaus mit realen Problemen und verbreiteten Abneigungen gegen Labels wie »Politik«, »Po-

Diskriminierungsverbot	Recht auf Leben	Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit
Gleichheit vor dem Gesetz	Recht auf Freizügigkeit	Schutz vor Eingriffen in die Privatsphäre
Recht auf Religionsfreiheit	Recht auf Meinungsfreiheit	Recht auf Vereinigungsfreiheit
Recht auf Versammlungsfreiheit	Recht auf Bildung	Recht auf Gesundheit
Recht auf angemessene Lebensstandards	Recht auf Arbeit und gerechte Arbeitsbedingungen	Recht auf soziale Sicherheit

#### Menschenrechte: Eine Auswahl

Eigene Darstellung nach Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte (1948)

litische Bildung« oder Bildung zusammen. Diese sind aber vor allem auf (mehrfache) Frustrationserfahrungen zurückzuführen, die bspw. aufgrund mangelnder Ernsthaftigkeit politischer Partizipation oder andauernder sozialer Ungerechtigkeit entstanden sind. Werden solche negativen Erfahrungen ernst genommen, aber nicht identifikatorisch mit den Menschen verbunden, können sie auch einen Ausgangspunkt für Lernprozesse bilden, um genau diese Frustrationen bedarfs- und lebensweltorientiert zu bearbeiten und die Menschen wertschätzend und machtkritisch als Subjekte mit einem Recht auf Teilhabe in den Vordergrund zu stellen (Hofer 2020: 210). Diese Gratwanderung zwischen Lebenswelt- und Defizitorientierung zugunsten einer wertschätzenden und authentischen Haltung ist eine schwierige Aufgabe, die Erfahrung und Kompetenzen erfordert.

Im Projekt »Unser Haus! – Unser Viertel! – Unsere Nachbarschaft!« in der Weststadt (Braunschweig) wurden Menschen bspw. hartnäckig, aber immer wertschätzend angesprochen (siehe Seite 31). Dies hatte zum Teil zur Folge, dass sich Bewohner\*innen öffneten und Reaktionen kamen wie: »*Ihr interessiert euch ja wirklich für uns*« (Projekt-evaluierung). Den Menschen zuzuhören und sie mit ihren Bedarfen und Themen ernst zu nehmen ist zentral, um einen positiven Kontakt zu ihnen aufzubauen.

Wird diese wertschätzende und subjektorientierte Haltung (Siebert 2016a: 356f.) in Gesprächsrunden, Bildungsformate und Nachbarschaftsräume übertragen, kann das eine Vorbildfunktion für die Beteiligten mit sich bringen und die Grundlage für eine Bearbei-

tung von Vorurteilen bilden: »*Und das Schöne ist hier irgendwie, es entstehen immer wieder neue Begegnungen zwischen den Leuten, irgendwie ständig vermischt sich das neu. [...] Ob ich jetzt an Marie\* denke oder auch an Ray\*, der hat vorhin gesagt: »Es ist so krass, dass du alle Menschen erst mal so akzeptierst.« Weil heute Morgen waren ja auch so, ziemlich krasse Männer, die haben richtig*

### **Kann und will ich selbst politisch bilden?**

Teilweise war die Bereitschaft der Quartiersakteur\*innen, sich mit dem Feld der politischen Bildung auseinanderzusetzen gering. Oft wurden im Sinne einer akzeptierenden, unterstützenden Haltung gegenüber den Teilnehmenden das Wohlbefinden und positive Begegnungen und Gruppenerfahrungen zulasten von Lerneffekten priorisiert. Dabei wurde die Aufgabe politischer Bildung ein demokratischer Kompass zu sein (siehe Seite 61) vernachlässigt. In Einzelfällen wurde aufgrund eigener Erfahrungen dem Feld der politischen Bildung gegenüber sogar Skepsis empfunden, angebotene Austausch- und Weiterbildungsformate wurden nicht wahrgenommen und der Gehalt politischer Bildung blieb schließlich stark eingeschränkt. Es ist also Voraussetzung, dass ein Wille besteht, politisch zu bilden. Ohne die Bereitschaft, politische Bildung machen zu wollen und sich auch eingehend mit dem Konzept zu befassen, verbleiben die Projekte in ihren herkömmlichen Strukturen.

\* Name geändert



*krasse Biographien schon so hinter sich. Und naja, mit dem habe ich richtig krasse Diskussionen und gute Gespräche und wenn dieser Raum hier nicht wäre, dann wäre das ein Mensch, vor dem ich wahrscheinlich sogar Angst hätte, im öffentlichen Raum. Also, irgendwie schafft es dieser Raum und die Atmosphäre und die Leute, die hier so sind, dass doch viel miteinander in Kontakt kommt. Wer eigentlich gesellschaftlich sonst nichts miteinander zu tun hat« (Projektelevaluierung).*

Den Menschen etwas zuzutrauen, bedeutet auch Verantwortung und Entscheidungsgewalt abzugeben – insbesondere in Projekten, die mit Kerngruppen arbeiten (siehe Seite 30). Schließlich sind damit konkrete Lerneffekte in Bezug auf organisatorische und soziale Kompetenzen sowie Praxiserfahrungen der demokratischen Aushandlung für die Teilnehmenden verbunden. Es lohnt sich also langfristig Verantwortung abzugeben, auch wenn bestimmte Prozesse anfangs nicht so funktionieren, als würden sie von der Projektleitung übernommen. In diesem Fall ist konstruktives Feedback wichtig, damit Teilnehmende sich wertgeschätzt fühlen und sich weiterentwickeln können. Weiterhin ist für die übernommenen Aufgaben Anerkennung zu zeigen. Dies kann die Selbstwirksamkeitserfahrungen der Beteiligten stärken. Im Projekt »Integration durch Bildung« (siehe Seite 49) im Piusviertel (Ingolstadt) erhielten z. B. die Mentor\*innen eine Ehrenamtspauschale sowie eine Urkunde.

Mehreren Projektverantwortlichen fiel es jedoch schwer, Verantwortung abzugeben. Die Befürchtung war, dass bestimmte Aufgaben für die Projektgruppe zu kompliziert wären, teilweise sollten die Beteiligten davor ge-

schützt werden, weil sie mit anderen Sorgen beschäftigt seien und entsprechend keine Zeit hätten. Oft handelte es sich bei solchen Begründungen jedoch um Vorannahmen – selten wurden die Beteiligten selbst gefragt. Die Priorität lag dann mehr bei der Effizienz als bei der Förderung von Lernprozessen.

Diese Ergebnisorientierung war in mehreren Partizipationsprojekten zu beobachten. Sie führte auch zu einer wenig ausgeprägten Teilnehmendenorientierung: teilweise wurde bis zum Ende deutlich, dass die eigentlichen Bedarfe der Bewohner\*innen nur eine untergeordnete Rolle spielten. Im Projekt »Unser Haus! – Unser Viertel! – Unsere Nachbarschaft!« wurde das konkrete Ziel, eine Fassade zu gestalten (siehe Seite 31) stets gegenüber möglichen Lernprozessen priorisiert. Wichtigstes Ziel der politischen Bildung ist aber die Mündigkeit der Teilnehmenden. Diese orientiert sich nicht am konkreten Erfolg eines Partizipationsprojektes, sondern an den Lerneffekten (Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend 2020: 345).

### **(Selbst)Reflexion und Auswertungskultur**

Um politische Bildung teilnehmenden- und lebensweltorientiert zu gestalten sowie gute Lerneffekte zu erzielen, ist eine kontinuierliche Reflexion der eigenen Arbeit erforderlich (Müller 2021: 234), nicht zuletzt auch damit die Lehrperson die eigenen Angebote, Kompetenzen und Lehrspielräume weiterentwickeln kann: »Bedeutungsvoll ist nicht nur die Wirksamkeit der Bildungsarbeit bei den Seminarteilnehmern, auch bei den Lehrenden und der Bildungseinrichtung. Wel-

che Veranstaltungen waren erfolgreich, welche Misserfolge lassen sich in Zukunft vermeiden?» (Siebert 2016a: 356) Die Lehrperson begreift und erlebt sich also im Idealfall in den eigenen Angeboten selbst immer gleichzeitig als lernende Person (Siebert 2016b: 343), die von und mit den Teilnehmenden gemeinsam lernt.

### Reflexions-Check für die politische Bildung:

- ▶ Bringe ich allen den gleichen Respekt und das gleiche Wohlwollen entgegen?
- ▶ Sind alle gleich willkommen und können sich auch willkommen fühlen?
- ▶ Erkenne ich die Würde und die Menschenrechte der Teilnehmenden an?
- ▶ Ist dieses Angebot wirklich interessant für die Teilnehmenden? Können sie mit ihrem Erfahrungshorizont und ihren Interessen etwas beitragen und fühlen sie sich dadurch angesprochen?
- ▶ Kann ich als politische\*r Bildner\*in wirklich authentisch über den Inhalt sprechen beziehungsweise verkörpere ich ihn? Wer könnte mich dabei unterstützen?
- ▶ Was ist meine Rolle im pädagogischen Prozess?
- ▶ Kann ich damit leben, »nur« Initiator\*in und Begleiter\*in eines Prozesses zu sein, der im Wesentlichen der Bildungsprozess der Teilnehmenden ist?

Eigene Darstellung nach Gill et al. 2020: 16f.

In den Partizipationsprojekten gab es durch die regelmäßige Begleitung und die damit verbundene Feedbackkultur sowie durch den Austausch mit anderen Projektträgern einen guten Rahmen, um die Projektaktivitäten zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Insgesamt gestaltete sich der Grad an Reflexion in den Projekten jedoch sehr unterschiedlich – vom aktiven Einfordern von Feedback bis hin zu widerwilligen Reflexionsgesprächen.

---

*»Wir gehen einfach wirklich rum.  
Wir haben immer wieder neue Wege  
ausprobiert, unterschiedliche Zeiten.  
Am Anfang waren das Zeiten, die in  
meinen Arbeitsrhythmus hier passten.  
Und dann haben wir das immer  
aufgeschrieben, was jetzt gut war  
und was nicht.«*

---

Viele Träger berichteten, dass Reflexion zwar immer wertvoll, aber im Kontext von Zeitdruck und kurzer Projektlaufzeit nur schwer integrierbar sei. Teilweise folgten die Schlussfolgerungen zudem einer wenig teilnehmendenorientierten Herangehensweise in dem Sinne, dass Misserfolge in einmalig erprobten Formaten oder Methoden auf mangelndes Interesse auf Seiten der Bewohner\*innen oder generelle Aussichtslosigkeit (»Das funktioniert hier nicht.«) zurückgeführt wurden. Die Fehlerhaftigkeit wurde so teils auf die Bewohner\*innen abgeschoben, anstatt die eigenen Formate anzupassen und erneut auszuprobieren.

In anderen Projekten hingegen war die Selbstreflexion sehr stark ausgeprägt. Projektaktivitäten wurden zum Teil angepasst, Konzepte geändert oder der Projektplan umgestellt. So wurde bspw. im Projekt »Unser Haus! –

Unser Viertel! – Unsere Nachbarschaft!« nach einem schlecht besuchten Hausfest eine zweite Phase der Ansprache und Aktivierung durchgeführt (siehe Seite 31).

Eine Möglichkeit, Reflexion in das eigene Projekt einzuspeisen, ist es, externe Bildner\*innen einzubinden oder z. B. mit Kolleg\*innen oder Kooperationspartnern entsprechende Auswertungsgespräche zu führen. Insbesondere für Personen, die bisher nur wenig Erfahrungen in politischer Bildung mitbringen, kann das Perspektiven erweitern.

Neben der ausschließlichen Selbstreflexion ist eine Reflexion mit den Teilnehmenden sinnvoll. Diese stellen ein wichtiges Korrektiv für das eigene Angebot dar (siehe Seite 26). Die Lehrperson beobachtet die Teilnehmenden mit ihren Lernfortschritten und tritt mit ihnen darüber in den Austausch. Das Lernen der Teilnehmenden wird damit selbst zum Thema, wodurch die Lehrperson sowohl die eigene Einschätzung zu den Lerneffekten kontrollieren kann als auch etwas über die Wahrnehmung der Teilnehmenden des Angebots an sich erfährt. So wurde z. B. im Projekt »Zusammen.Zukunft.Denken im Quartier« (siehe Seite 68) in Toitenwinkel (Rostock) mit der Kerngruppe alle Aktivitäten von der Ansprache bis hin zu den Gruppenformaten im Nachhinein besprochen und ausgewertet. Im Idealfall etabliert sich so eine gemeinsame Auswertungskultur, die zu einem wesentlichen Teil des gemeinsamen Bildungsprozesses avanciert (Deichmann 2021: 556).

Übernimmt die Lehrperson in diesem Rahmen die Aufgabe, die Lerneffekte bei den Teilnehmenden zu bewerten und zu spiegeln, können Teilnehmende ihre eigenen Fortschritte reflektieren und womöglich ihren

Lernerfolg überhaupt erst wahrnehmen. So wird auch Selbstwirksamkeit gefördert. Über die Rückmeldungen der Teilnehmenden wiederum, kann die Lehrperson ihre Einschätzungen überprüfen und das eigens Gelernte reflektieren.

Auch in Gruppenformaten kann eine solche Auswertungskultur ausprobiert werden. Ein erster Schritt ist es, z. B. am Ende einer Veranstaltung Feedback der Teilnehmenden einzuholen oder in Einzelgesprächen einen Eindruck zu gewinnen. Eine Auswertung der Veranstaltung kann auch als gezielte Methode eingesetzt werden.

### **Welche Lerneffekte können beobachtet werden?**

Teilnehmende können in Angeboten der aufsuchenden politischen Bildung unterschiedliche Formen von Wissen erwerben. Eine Auswahl ist hier aufgelistet:

- ▶ **Faktenwissen:** Sich inhaltliches/fachliches Wissen zu einem Thema aneignen
- ▶ **Problemwissen:** Lernen, Probleme und Herausforderungen zu erkennen und zu bewerten
- ▶ **Kategoriales Wissen:** Lernen, Inhalte einzuordnen und Überbegriffe zu finden
- ▶ **Strategisches Wissen:** Lernen, wie Ziele strategisch verfolgt werden können
- ▶ **Zukunftswissen:** Sich Vorstellungen von der Zukunft machen können
- ▶ **Handlungsfähigkeit:** Gelerntes in politisches Handeln übersetzen

Eigene Darstellung nach Deichmann 2021: 557

## Zusammen.Zukunft.Denken im Quartier

*Im Projekt wird eine Kerngruppe aufgebaut, die politisches Engagement und demokratische Bildung im Stadtteil stärken will. Durch aufsuchende Ansprache im Quartier werden verschiedene Gruppenformate initiiert, in denen politische Diskussionen ausgehend von den Alltagsthemen, Interessen und Bedarfen der Teilnehmenden angestoßen werden.*

Modellquartier: Toitenwinkel, Rostock

Projektlaufzeit: 01.01.–30.09.2022

ProjektTräger: Sense.Lab e.V.

### Projektidee und Ziele

Das Projekt zielt auf die Befähigung, Selbstaktivierung und Wahrnehmung der partizipativen Möglichkeiten von Bewohner:innen Toitenwinkels ab. Regelmäßige Veranstaltungen, Treffen und Aktionen sollen Menschen für Demokratie begeistern und sie Teil von demokratischen Prozessen werden lassen. Dafür wird eine Kerngruppe aufgebaut, mit der die Aktivierung von Nachbar:innen sowie die Planung und Durchführung von Veranstaltungen organisiert wird.

Der Projektansatz ist prozessorientiert und ergebnisoffen. Es sollen verschiedene Veranstaltungsformate ausprobiert werden, die sich thematisch an den Interessen und Bedarfen der Bewohner:innen richten. Mit dem »Zukunftsladen« steht dafür ein fester Raum im Zentrum des Stadtteils zur Verfügung.

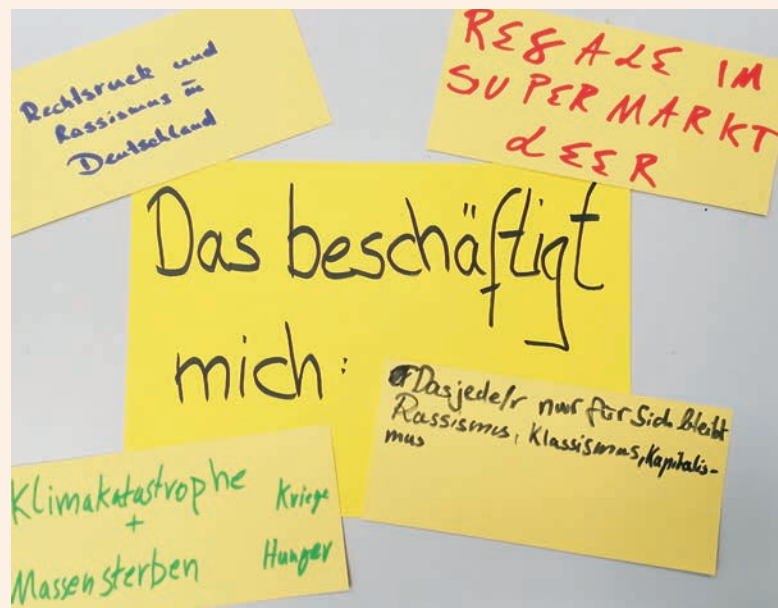
Die Teilnehmenden werden über bestehende Kontakte im Zukunftsladen, über Netzwerke im Quartier und in erster Linie über die »Quartiersrunden«, aufsuchende Ansprache im öffentlichen Raum im Stadtteil, gewonnen.

### Projektumsetzung

In den ersten Monaten besteht der Fokus auf der Suche nach Interessierten für die Kerngruppe. Aufgrund der Fluchtzuwanderung aus der Ukraine wird der Zukunftsladen zum humanitären Hilfszentrum und der Prozess muss einige Zeit pausieren. Jedoch entstehen durch die Hilfsarbeit vielfältige Kontakte, die dem Projekt zugutekommen. Es werden zunächst zwei engagierte Personen für die Kerngruppe gewonnen, mit denen erste Quartiersrunden und erste Veranstaltungen geplant und durchgeführt werden.

### Quartiersrunden

In den Quartiersrunden gehen die Engagierten der Kerngruppe mit der Projektleitung durch den Stadtteil und sprechen Bewohner:innen im Alter von 20 bis 50 Jahren an. Bei der Ansprache werden verschiedene Methoden, Orte und Zeiten ausprobiert. Erfahrungen werden reflektiert und die Ansprache entsprechend angepasst. Die Menschen werden gefragt, was sie im Stadtteil beschäftigt, was sie verändern wollen und ob sie Lust haben, sich mit anderen dazu auszutauschen. Interessierte werden zu einem Auftakt-



**Wichtige Themen der Teilnehmenden des Stammtisches**

© Sense.Lab e.V.

treffen eingeladen, wo die Organisation der Kerngruppe besprochen, Rollen und Aufgaben verteilt und Termine für weitere Quartiersrunden und Veranstaltungen festgelegt werden. Die Reaktionen sind gut, das Interesse zum politischen Austausch gegeben und es können einige Personen für weitere Treffen gewonnen werden.

### Austauschformate und politische Diskussionen

Mit der Kerngruppe werden eine Vielzahl an Veranstaltungen und Treffen, u.a. zu den Themen Gleichberechtigung, NSU, Ukraine-Krieg und heutige Arbeiterbewegung, organisiert und durchgeführt. Hier werden das Angebot von Essen und geselligem Zusammensein mit Austausch zu politischen Themen verbunden. Dabei achten die Projektleitung und die Engagierten stets auf einen wertschätzenden Umgang, moderieren die Diskussionen und setzen Methoden wie Kennenlernspiele und Kartenabfragen ein.

Neben den Veranstaltungen nutzt die Projektleitung immer spontane Gelegenheiten, um mit Menschen über ihre Anliegen zu sprechen und diese in einen gesellschaftlichen Kontext zu stellen. So erfährt die Projektleitung auch von konkreten Bedarfen, wie dem Erhalt eines Kiosks im Stadtteil, den sie mit einer Gruppe von Bewohner:innen und dem lokalen Ortsbeirat erwirken kann.

### Erkenntnisse für die politische Bildung

#### Arbeit mit einer Kerngruppe

Die Arbeit mit einer Kerngruppe hat sich als ein gutes Format herausgestellt. Die partizipative Projektgestaltung garantiert, dass das Projekt an den Teilnehmenden ausgerichtet ist, stärkt Vertrauen anderer Bewohner:innen, ermöglicht vielfältige Lerneffekte für die Engagierten und schafft zusätzliche Kapazitäten. Gleichzeitig sind damit Herausforderungen verbunden. Die Gruppe muss vertrauensvoll begleitet, Verantwortung muss abgegeben werden und es kommt immer wieder vor, dass Engagierte wegfallen oder weniger Kapazitäten haben, sodass neue Engagierte gefunden werden müssen.

### **Kontinuierliche aufsuchende Ansprache**

Die Quartiersrunden sind ein wertvoller Weg, um Menschen zu erreichen und zu aktivieren. Eine lockere, ungezwungene Ansprache hat sich als am erfolgreichsten erwiesen. Im besten Fall etabliert man diese Form der Ansprache als regelmäßiges Format, um immer wieder neue Kontakte zu knüpfen und Interessierte zu gewinnen.

### **Selbstreflexion und Auswertung**

Im Projekt werden die Quartiersrunden und die Veranstaltungen gemeinsam mit der Kerngruppe besprochen und reflektiert. Eine Auswertung der Projektaktivitäten ermöglicht, dass diese kontinuierlich weiterentwickelt und an die Adressierten angepasst werden können.

### **Ergebnisoffenheit und Prozessorientierung**

Das gesamte Projekt ist ergebnis- und themenoffen sowie prozessorientiert angelegt. Dies ermöglicht eine grundlegende Teilnehmendenorientierung und hat zur Folge, dass viele Menschen mit ihren Interessen und Bedürfnissen abgeholt und eingebunden werden.

### **Kompetenzen der Projektleitung**

Die Projektleitung hat im Laufe des Projektes immer wieder betont, wie wichtig es ist, anstrengende Diskussionen inklusive rassistischen und sexistischen Aussagen aushalten zu können und damit umgehen zu lernen. Das erfordert eine ausgeprägte Konfliktfähigkeit und Geduld. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass der Umgang unter Teilnehmenden wertschätzend und nicht ausschließend ist. Die Projektleitung hat hier eine moderierende Rolle im Sinne eines demokratischen Miteinanders inne. Der Fokus auf Gemeinsamkeiten bzw. die Frage »Worauf können wir uns einigen?« haben sich als gutes Mittel zum Austausch unterschiedlicher Perspektiven bewährt. Auch der Zukunftsladen als fester Raum mit bestimmten Regeln bietet hierfür einen sehr guten Rahmen.

## **Über den Träger**

Der Verein Sense.Lab fördert Bildung, nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung, die Vermittlung von ökologischen Zusammenhängen sowie die Verbreitung, Stärkung und Festigung demokratischer und emanzipatorischer Prinzipien.

Der Quartiersentwicklungsprozess in Toitenwinkel STERN.macht.PLATZ wird durch Sense.Lab koordiniert. In diesem Prozess ist eine leerstehende Gewerbefläche durch den Verein angemietet worden – der Zukunftsladen. Dieser ist ein seit 2020 bestehender Anlauf- und Wirkungsort in Toitenwinkel. Durch STERN.macht.PLATZ werden diverse Formate, Aktionen und Mitwirkungsprojekte organisiert und ein stetig wachsendes Netzwerk aus nachbarschaftlichen, lokalen und rostockweiten Initiativen, Vereinen und Institutionen entwickelt.

**Webseite:** [senselab.org/raumagentin-im-quartier](https://senselab.org/raumagentin-im-quartier)

**Projektkontakt:** Maria Schulz | [maria.schulz@senselab.org](mailto:maria.schulz@senselab.org)

# Ausblick

Mit dem Modellprojekt »PartQ – Aufsuchende politische Bildung im Quartier« und ähnlichen Vorhaben<sup>3</sup> ist ein erster Schritt getan, um aufsuchende politische Bildungsarbeit im Quartier (oder im ländlichen Raum) zu erproben und damit den Adressat\*innenkreis politischer Bildung zu erweitern und die Distanz zu politischen Prozessen und Institutionen zu verringern.

Für weitere Schritte hat politische Bildung die Aufgabe an den lokalen Voraussetzungen anzusetzen und sich mit den demokratiefördernden Ansätzen der Quartiersarbeit auseinanderzusetzen, um hier keine – im schlimmsten Fall konkurrierende – Parallelstruktur zu etablieren. Allianzen von Sozial- und Gemeinwesenarbeit sowie politischer Bildung – z. B. in der Form von interdisziplinären Projektteams – erscheinen als sinnvoller Weg, um die macht- und herrschaftskritische Haltung sowie die Erfahrungen der Demokratieförderung für den Quartierskontext nutzbar zu machen und bestehende Konzeptionen zu erweitern. Dadurch kann auch der politischen Bildung im Quartier ein Vertrauensvorschuss, insbesondere über Brückenpersonen, verschafft werden.

Jedoch sind hinsichtlich der Vereinbarkeit von Quartiersarbeit und politischer Bildung noch viele Fragen offen:

- ▶ Wie lassen sich geeignete Allianzen und Netzwerke von Akteur\*innen der Quartiersarbeit und der politischen Bildung aufbauen und ausgestalten?
- ▶ Wie ist aufsuchende politische Bildung mit demokratiefördernden Ansätzen der Sozial- und Gemeinwesenarbeit vor dem Hintergrund unterschiedlicher Traditionen und Selbstverständnisse vereinbar?
- ▶ Wer kann im Quartier politisch bilden und welche Rollenkonflikte müssen dabei beachtet werden?
- ▶ Wie kann interdisziplinär daran gearbeitet werden, politische Mitbestimmung und Teilhabe zu stärken?
- ▶ Wie können demokratiefördernde Ansätze in der Quartiersarbeit flächendeckend etabliert werden?
- ▶ Welche Förderstrukturen und finanziellen und personellen Ressourcen braucht es?

Über diese interdisziplinären Fragen hinaus muss sich die politische Bildung fragen, inwiefern sich ihre fachlichen Ansprüche auf den Quartierskontext übertragen lassen oder welche Anpassungen hier notwendig sind. Im Projekt PartQ konnte gezeigt werden, dass eine aufsuchende Ansprache durchaus Früchte trägt, wenngleich sie zeitintensiv und aufwändig ist. Im aufsuchenden Kontext nimmt der Grundsatz der Teilnehmendenorientie-

3 Zu nennen sind hier z. B. das Modellprojekt »Gleiche politische Teilhabe – Erprobung von Ansätzen einer aufsuchenden politischen Bildung« der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, die Demokratiewerkstätten in Nordrhein-Westfalen und Hessen oder das Projekt »GEHMIT! Aufsuchende Bildungsarbeit für den ländlichen Raum« des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben.

[www.berlin.de/politische-bildung/teilhabe/aufsuchend/gleiche-politische-teilhabe](http://www.berlin.de/politische-bildung/teilhabe/aufsuchend/gleiche-politische-teilhabe)

[www.politische-bildung.nrw.de/wir-partner/projekte/demokratiewerkstaetten-im-quartier](http://www.politische-bildung.nrw.de/wir-partner/projekte/demokratiewerkstaetten-im-quartier)

[www.demokratiewerkstatt.de](http://www.demokratiewerkstatt.de)

[www.arbeitundleben.de/projekte/laufende-projekte/item/geh-mit-2](http://www.arbeitundleben.de/projekte/laufende-projekte/item/geh-mit-2)

zung eine besondere Bedeutung ein und wird ergänzt durch die Lebensweltorientierung: Die Grundlage der Angebote bilden die Menschen selbst mitsamt ihren Interessen, Wünschen, Bedarfen, Expertisen und ihren Erfahrungen.

Solche Angebote zu ermöglichen, ohne Lernziele in den Hintergrund zu rücken, den inhaltlichen Gehalt stark einzuschränken und den demokratischen Kompass zu verlieren, ist eine Herausforderung, die Kompetenzen erfordert.

Alltagsthemen zum Ausgangspunkt zu nehmen und diese nach und nach mit politischen Fragen zu verknüpfen, ist ein gutes Mittel, um Interesse zu wecken und die politische Dimension der lebensweltlichen Themen sichtbar zu machen. Auch an konkreten Beteiligungen anzusetzen und diese proaktiv zu gestalten, kann ein Weg sein, um Quartiersbewohner\*innen in einen politischen Lernprozess einzubinden.

Gerade durch im Quartier verbreitete Frustrationserfahrungen mit dem politischen Feld müssen sich politische Bildner\*innen ihr Vertrauen im Quartier außerdem hart erkämpfen. Beziehungsarbeit spielt daher eine deutlich größere Rolle als in herkömmlichen Formaten. Diese erfordert einen hohen zeitlichen Aufwand, gewisse Kompetenzen und eine Bereitschaft, sich an den Bedürfnissen und Voraussetzungen der Quartiersbewohner\*innen zu orientieren.

Gleichzeitig soll die Frage gestellt werden, was Menschen von einer Teilnahme an Angeboten der politischen Bildung abschreckt. Politische Bildung kommt oft mit einem bestimmten bildungsbürgerlichen Habitus daher, der hinsichtlich der Passung zu den Weltansichten, Haltungen und Erwartungen der Quartiersbewohner\*innen zu hinterfragen ist (Becker 2011: 102ff.). Auch in diesem Sinne ist eine enge Zusammenarbeit mit Quartiersakteur\*innen unerlässlich. Um möglichst breit Erfahrungen zu sammeln, ist eine Pluralität an Ansätzen wünschenswert.

Mit dem Ansatz der aufsuchenden politischen Bildung im Quartier soll die geografische und kulturelle Distanz politischer Bildung zu einer Vielzahl an Menschen verringert werden. Dabei geht es um nicht weniger als das Überleben der Demokratie selbst, denn nur wenn viele Menschen an ihrer Ausgestaltung beteiligt sind, handelt es wirklich um eine demokratische Gesellschaft.

Nicht zuletzt, weil das Repräsentationsdefizit im Mieterbeirat bis zum Bundestag, im Zuge der Diversifizierung und sozialen Polarisierung der Gesellschaft, größer wird, müssen mit einem breiteren Politikverständnis andere Formen demokratischer Partizipation und Teilhabe gestärkt werden. Demokratische Mitbestimmung muss bezogen auf die Lebenswelt da ermöglicht werden, wo die Menschen sind: auf lokaler Ebene. Die Grundlage dafür ist, dass Demokratie auch genau dort gelernt wird.



# Literatur

- Becker, H., 2011:** Praxisforschung nutzen, politische Bildung weiterentwickeln. Studie zur Gewinnung und Nutzbarmachung von empirischen Erkenntnissen für die politische Bildung in Deutschland.
- Beckmann, E., L.P. Goseberg & W. Sondermann, 2022:** Zielgruppenspezifische politische Bildung abseits von Defizitorientierung. Chancen und Herausforderungen mit Zielgruppenbezügen in der politischen Bildung. *Journal für politische Bildung* 12: 28–31.
- Besand, A., 2020:** Politische Bildung unter Druck. Zum Umgang mit Rechtspopulismus in der Institution Schule. *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte* 70: 4–9.
- Bödeker, S., 2012:** Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. OBS-Arbeitspapier 1. Frankfurt am Main.
- Bourdieu, P., 2000:** *Propos sur le champ politique*. Lyon: Presses Univ. de Lyon.
- Bremer, H., 2008:** Das »politische Spiel« zwischen Selbstausschließung und Fremdausschließung. *Außerschulische Bildung* 39: 266–272.
- Bremer, H., 2010:** Zielgruppen in der Praxis. Erwachsenenbildung im Gefüge sozialer Milieus. *Magazin erwachsenenbildung.at*: 04-2–04-11.
- Bremer, H., 2020:** Bildungseinrichtungen als öffentliche Räume. Perspektiven in der politischen Erwachsenenbildung.
- Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend (Hrsg.), 2020:** 16. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe : Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter und Stellungnahme der Bundesregierung. Berlin: Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend.
- Bundeszentrale für politische Bildung, 2011:** Beutelsbacher Konsens.
- Calmbach, M. & S. Borgstedt, 2012:** »Unsichtbares« Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von »bildungsfernen« Jugendlichen. S. 43–80 in: W. Kohl & A. Seibring (Hrsg.), »Unsichtbares« Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von »bildungsfernen« Jugendlichen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Deichmann, C., 2021:** Politische Bildung bewerten: Methoden der Evaluation und Leistungsbeurteilung. ???-??? in: W. Sander & K. Pohl (Hrsg.), *Handbuch politische Bildung*. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag.
- Elsässer, L., S. Hense & A. Schäfer, 2017:** »Dem Deutschen Volke«? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27: 161–180.
- Gies, P. & J. Stephan, 2022:** Gesellschaftliche Resonanz braucht Raum. Begegnungsorte und Resonanzräume als Voraussetzungen für Teilhabe und Zusammenhalt. S. 259–289 in: M. Brodowski & H. Stapf-Finé (Hrsg.), *Sozialen Zusammenhalt stärken: Entstehung von demokratiefernen Einstellungen und Möglichkeiten sozialräumlicher Demokratieentwicklung*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Gill, T., J. Hasse, L. Steenbeck & A. Witzel, 2020:** *Politische Bildung. Ein Überblick*. Berlin.
- Haag, C., 2020:** Orte und Situationen: Vom Suchen und Kontaktaufbau auf der Straße. S. 73–84 in: M. Diebäcker & G. Wild (Hrsg.), *Streetwork und Aufsuchende Soziale Arbeit im öffentlichen Raum*. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS.
- Hannemann, R., 2022:** »Ick wusst nich ma, dit wa sowat wie eene Bürgermeesterin habm.«. »Un-erreichbarkeit« zwischen prekären Lebenswelten und Institutionen der Zivilgesellschaft und kommunalen Politik. S. 59–142 in: M. Brodowski & H. Stapf-Finé (Hrsg.), *Sozialen Zusammenhalt stärken: Entstehung von demokratiefernen Einstellungen und Möglichkeiten sozialräumlicher Demokratieentwicklung*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Helbig, M. & S. Jähnen, 2018:** Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. Discussion Paper P 2018 – 001. Berlin.
- Hofer, M., 2020:** Niederschwelligkeit und Ressourcenorientierung: Soziale Arbeit im Spannungsfeld zwischen Auftrag und Bedarf. S. 205–216 in: M. Diebäcker & G. Wild (Hrsg.), *Streetwork und Aufsuchende Soziale Arbeit im öffentlichen Raum*. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS.
- Hufer, K.-P., 2021:** Politische Bildung in der Erwachsenenbildung. S. 168–175 in: W. Sander & K. Pohl (Hrsg.), *Handbuch politische Bildung*. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag.

- Knabe, J., 2020:** Aktivierung und Selbstorganisation: Ambivalenzen mobilisierender Stadtteilarbeit im Kontext Aufsuchender Sozialer Arbeit. S. 133–149 in: M. Diebäcker & G. Wild (Hrsg.), *Streetwork und Aufsuchende Soziale Arbeit im öffentlichen Raum*. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS.
- Ludwig, F., 2019:** Expertise Aufsuchende politische Bildung. Im Auftrag von ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V.
- Massing, P., 2021:** Politische Bildung in: U. Andersen & W. Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Heidelberg: Springer VS.
- Müller, S., 2021:** Kontroversität. S. 231–239 in: W. Sander & K. Pohl (Hrsg.), *Handbuch politische Bildung*. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag.
- Negt, O., 2016:** Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen: Steidl.
- Overwien, B., 2013:** Bildung und ihre Bereiche: formales – non-formales – informelles Lernen. S. 161–163 in: K.-P. Hufer, Länge, Theo W., Menke, Barbara, B. Overwien & L. Schudoma (Hrsg.), *Wissen und Können. Wege zum professionellen Handeln in der politischen Bildung*. Schwalbach am Taunus: Wochenschau-Verlag.
- Roßteutscher, S. & A. Schäfer, 2016:** Asymmetrische Mobilisierung: Wahlkampf und ungleiche Wahlbeteiligung. *Politische Vierteljahresschrift* 57: 455–483.
- Schäfer, A., 2011:** Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie? S. 133–154 in: E. Bytzeck & S. Roßteutscher (Hrsg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*. Frankfurt/M.: Campus Verlag GmbH.
- Schudoma, L., 2013:** Lernen als Gestaltungsaufgabe: Methoden, Arbeitsweisen und Formenvielfalt als Vorzug der politischen Bildung. S. 151–160 in: K.-P. Hufer, Länge, Theo W., Menke, Barbara, B. Overwien & L. Schudoma (Hrsg.), *Wissen und Können. Wege zum professionellen Handeln in der politischen Bildung*. Schwalbach am Taunus: Wochenschau-Verlag.
- Siebert, H., 2016a:** Didaktik der Erwachsenenbildung. S. 354–358 in: K.-P. Hufer & D. Lange (Hrsg.), *Handbuch politische Erwachsenenbildung*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Siebert, H., 2016b:** Lernvoraussetzungen. S. 335–344 in: K.-P. Hufer & D. Lange (Hrsg.), *Handbuch politische Erwachsenenbildung*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Steinmeier, F.-W., 2019:** Empfang für Aktive der politischen Bildung und Podiumsdiskussion zum Thema »Demokratie ganz nah – Wie gelingt aufsuchende politische Bildung?«. Krefeld.
- Straßburger, G. & J. Rieger:** Die Partizipationspyramide. <http://www.partizipationspyramide.de/> (3.1.2023).
- Sturzenhecker, B., 2015:** Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern – Band 1. Konzeptionelle Grundlagen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Wehling, H.-G., 1977:** Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. S. 173–184 in: S. Schiele & H. Schneider (Hrsg.), *Das Konsensproblem in der politischen Bildung*. Stuttgart: Klett.
- Wehner, M., 2011:** Niedrigschwellig oder nachhaltig: Welche Form der politischen Bildung hätten Sie denn gerne? S. 165–185 in: S. Frech & I. Juchler (Hrsg.), *Bürger auf Abwegen? Politikdistanz und politische Bildung*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Witt, I., 2016:** Teilnehmer/-innen in der politischen Erwachsenenbildung. S. 313–322 in: K.-P. Hufer & D. Lange (Hrsg.), *Handbuch politische Erwachsenenbildung*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Wohnig, A., 2021:** Handlungsorientierung. S. 251–259 in: W. Sander & K. Pohl (Hrsg.), *Handbuch politische Bildung*. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag.
- Wöss, S. & A. Wallentin, 2021:** Aufsuchende Politische Bildung. Eine Bestandserhebung in Deutschland 2021. Berlin.
- Zeuner, C., 2013:** Welchen Kompetenzbegriff sollte man in der politischen Bildung zugrunde legen? S. 82–86 in: K.-P. Hufer, Länge, Theo W., Menke, Barbara, B. Overwien & L. Schudoma (Hrsg.), *Wissen und Können. Wege zum professionellen Handeln in der politischen Bildung*. Schwalbach am Taunus: Wochenschau-Verlag.
- Zeuner, C. & A. Pabst, 2020:** Wirkungen von Bildungsprozessen: messbar oder nachweisbar? *Magazin erwachsenenbildung.at*: 1–9.



Politische Bildung hat zum Ziel, allen Menschen zu ermöglichen, sich selbstbestimmt politisch zu beteiligen. Sie erreicht aber nicht alle – und ausgerechnet nicht diejenigen, die von sozialen Ungleichheiten betroffen sind und deren Interessen unter politischen Entscheidungsträger\*innen wenig Berücksichtigung finden. In Stadtteilen, die überdurchschnittlich von prekären Lebenslagen der Bewohner\*innen geprägt sind, ist der Grad an Teilhabe und demokratischer Mitbestimmung geringer als in anderen Stadtgebieten.

Die aufsuchende politische Bildung im Quartier ist ein vielversprechender Ansatz, um den Adressat\*innenkreis der politischen Bildung zu erweitern, Demokratieförderung in der Quartiersarbeit zu verankern und lokale Teilhabe von Bewohner\*innen zu stärken.

Das Modellprojekt »PartQ – Aufsuchende politische Bildung im Quartier« hat zum Ziel, diesen Ansatz in der Praxis zu erproben. Dazu werden in bundesweit verteilten Modellquartieren Projekte der aufsuchenden politischen Bildung durch lokale Akteur\*innen durchgeführt und durch PartQ begleitet sowie evaluiert.

Wie kann eine aufsuchende Aktivierung von Bewohner\*innen gelingen? Wie können die politischen Dimensionen des Alltags hervorgehoben werden? Welche Kompetenzen sind wichtig, um politische Bildung im Stadtteil zu initiieren? Dieses Working Paper fasst die ersten Erkenntnisse aus elf lokalen Projekten zusammen und gibt Einblicke in die Praxis der aufsuchenden politischen Bildung im Quartier.

